Nummer 38 | Stuttgart, 19. September 1908 | 26. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Nötestr. 16a part.
Telephonruf: Nr. 8892.

Insertionsgebühr pro sechsgespaltene Kolonelzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von 380800 EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Die Wissenschaft und die Arbeiter.

In der Darstellung der kapitalistischen Entwicklungsgeschichte im „Kommunistischen Manifest" wird ausgeführt: „Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheines entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt."

Damit ist ohne alle Schminke und Illusion ausgesprochen, was ist und die klassenbewußte Arbeiterschaft hat sich diese Erkenntnis vollständig angeeignet. Sie durchdringt mit ihr kritisch alle Verhältnisse und so besitzt sie auch völlige Klarheit darüber, daß der in der Fabrik tätige Mann der Wissenschaft, der Kopfarbeiter, trotz alles Scheines und trotz aller Nebel nichts anderes ist als eben auch ein Lohnarbeiter, ein „höhergestellter" und besserbezahlter Lohnarbeiter. Der Ingenieur, der Techniker, der Chemiker, der Kaufmann und weiter abwärts der Meister und Vorarbeiter, diese ohne wissenschaftliche Bildung, sind alle Lohnarbeiter, wie der Schlosser oder Schmied oder Taglöhner in der Fabrik. Daß jene „Gehalt", diese Lohn beziehen, jene monatliche, diese wöchentliche oder zweiwöchentlich Lohnzahlung haben, ist Nebensache; die Hauptsache, worauf allein es ankommt, ist, daß der Mann der Wissenschaft, ebenso besitzlos wie der gewöhnliche Arbeiter, der „Handarbeiter", gezwungen ist, um leben zu können, seine Arbeitskraft dem Unternehmer, dem Besitzer der Produktionsmittel, gegen Entschädigung zu verkaufen.

Im wesentlichen befinden sich Kopf- und Handarbeiter in der gleichen Lage. Sie sind beide gleichermaßen der Unsicherheit der Existenz, dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, der Lohndrückerei, der Ausbeutung durch den Unternehmer, der Überanstrengung während der guten Konjunktur, der Existenzlosigkeit während der Krise unterworfen. Bei dieser Gleichartigkeit der Existenzbedingungen besteht zwischen den beiden Kategorien von Arbeitern auch kein tatsächlicher Gegensatz, wohl aber Interessenharmonie und Solidarität, die jedoch noch keine bewußte klare Gestaltung und Nutzanwendung gefunden haben.

Ein Gegensatz besteht auch nicht zwischen der Hand- und Kopfarbeit an sich, wie überhaupt diese Ausdrücke einseitig und daher ungenügend sind. In der Tat gibt es weder nur Kopf-, noch nur Handarbeit, sondern in der Praxis braucht der Kopf die Hand und die Hand den Kopf, wenn man etwas leisten will. Zutreffend sagt darüber Leopold Jakoby in seiner „Idee der Entwicklung": „Ich nenne Arbeiten in der menschlichen Gesellschaft die ganze Bewegung des menschlichen Körpers, die auf ein für die menschliche Gesellschaft nützliches Ziel gerichtet ist. Eine jede derartige Bewegung, die unmittelbar geschieht, das heißt, die ohne jedes andere Mittel geschieht, als das in den Schädel eingeschlossene und deshalb in seinen Bewegungen sinnlich nicht wahrnehmbare menschliche Gehirn, nenne ich ideelles Arbeiten oder bewußtes Denken; eine jede derartige Bewegung, die mittelbar geschieht, das heißt, die durch einen äußerlich sichtbaren, in seinen Bewegungen sinnlich wahrnehmbaren Mechanismus des menschlichen Körpers, wie zum Beispiel Mund, Arm, Hand oder Fuß geschieht, nenne ich mechanisches Arbeiten oder Betätigung des Denkens. Also ein Ingenieur, der über eine neue Maschine nachsinnt, vollbringt ideelles Arbeiten oder bewußtes Denken; ein Lehrer, der mündlich unterrichtet, vollbringt mechanisches Arbeiten oder Betätigung des Denkens durch seinen Mund; ein Bäcker, der Teig knetet, vollbringt mechanisches Arbeiten oder Betätigung des Denkens durch Arm und Hand; ein Ziegelmacher, der durch Treten Lehm stampft, vollbringt mechanisches Arbeiten oder Betätigung des Denkens durch Bein und Fuß. Halten wir den durch die Natur gegebenen Unterschied zwischen ideell und mechanisch fest, so lassen sich die folgenden, im Verhältnis von Ursache und Wirkung stehenden zwei Sätze als wahr erweisen: das ideelle Arbeiten oder das bewußte Denken ist erzeugend produktiv; das mechanische Arbeiten oder die Betätigung des Denkens ist wiedererzeugend, reproduktiv."

Jakoby mißt die entscheidende Bedeutung der mechanischen Arbeit bei, weil erst sie die Erzeugnisse für die menschliche Gesellschaft möglich macht: „Es sei angenommen, daß ein Mensch existieren könnte, der alle großartigen, wertvollsten Erfindungen und Entdeckungen der Zukunft, das heißt alle und jede Art und Weise durch vollendet bewußtes Denken in seinem Gehirn bereits erzeugt hat, ohne imstande zu sein, durch mechanisches Arbeiten irgend eines davon wiederzuerzeugen. Ein solcher vollendeter Denker, der nicht mechanisch arbeiten kann, wäre für die menschliche Gesellschaft völlig nutzlos und wertlos. Nicht nur der geringste mechanische Arbeiter, sondern jedes Arbeitsmittel, der rohe Stein auf dem Felde wäre für die Menschheit nützlicher als er. Solange der Mensch ideell arbeitet, also produziert, existiert sein Erzeugnis nur für ihn, nur für sein eigenes Bewußtsein, denn er allein weiß, daß es existiert, und zwar daß es in seinem eigenen Gehirn existiert. Erst wenn der Mensch mechanisch arbeitet, also reproduziert, existiert sein Erzeugnis für das Wissen der menschlichen Gesellschaft; denn nun weiß die Menschheit, daß es existiert. Da nun die gesamte fortschreitende Kultur, die gesamte Vorwärtsentwicklung der Menschheit auf Herstellung neuer, neuerfundener, neuentdeckter, für die Gesellschaft nützlicher Dinge beruht, also notwendig den Menschen voraussetzt, der diese Dinge erzeugt und wiedererzeugt, so erhalten wir als natürliche Wahrheit den Satz: Der Mensch ist von Natur zugleich ideeller und mechanischer Arbeiter, zugleich bewußter Denker und Betätiger des Denkens."

Ist es da nicht unnatürlich und lächerlich, wenn die Kopfarbeiter sich unendlich erhaben über den Arbeiter fühlen, auf sie aus der eingebildeten Höhe mit Verachtung herabsehen und sie in der Praxis auch verächtlich und geringwertig behandeln? Die Unternehmer schüren nach ihrem Herrschafts- und Ausbeutungsprinzip: „Teile und herrsche" die Scheidung der „Beamten" und der Arbeiter und verschärfen den künstlich geschaffenen Gegensatz, um dabei als die lachenden Dritten auf Kosten der beiden ausgebeuteten Kategorien die fettesten Gewinne einzusacken. Die Verhetzung der Beamten durch die Unternehmer ist bekanntlich nicht bloß eine theoretische, sondern eine praktisch sehr fühlbare. Der Beamte wird vollständig mit den Unternehmerinteressen und ebenso vollständig mit Unternehmergesinnung erfüllt; sodann wird er in dieser Verfassung auf die Arbeiter losgelassen. Die meisten Arbeiter sind in der unangenehmen Lage, von bitteren Erfahrungen mit solchen Beamten zu erzählen, die sogar in manchen Fällen päpstlicher als der Papst, das heißt schlimmer als der Unternehmer selbst sind. Es kommen denn auch die Fälle gar nicht so selten vor, daß wegen solchen Beamten die heftigsten Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern ausbrechen und dabei das Streitobjekt die Forderung der ersteren auf Entlassung des unerträglichen Schikaneurs bildet.

So war es seit jeher, solange die moderne Industrie besteht und so ist es zum weitaus größten Teil noch heute. Aber der Anfang zur Besserung ist gemacht, und zwar in dem Bund der technisch-industriellen Beamten, der gewerkschaftlichen Organisation der wissenschaftlichen Arbeiter in den kapitalistischen Unternehmungen. Es ist äußerst interessant, im Anfangsstadium seiner Entwicklung die Anfangsperiode der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung sich wiederholen zu sehen und zu beobachten, wie durch die von der Profitwut und Herrschsucht der Unternehmer verursachte Blindheit die vorhandenen, aber so lange geschlummerten Gegensätze geweckt und den Beamten zum klaren Bewußtsein gebracht werden. Und dieses Bewußtsein entwickelt sich vom individuellen im Einzelfalle zum Klassenbewußtsein aller, zum Bewußtsein, daß sie alle in der gleichen unbefriedigenden Lage sind und daher alle die gleichen Interessen haben; daß kein Gegensatz zwischen ihnen in bezug auf das Lebensalter oder Dienstalter oder in bezug auf die Verschiedenheit des Berufs, ob Ingenieur oder Chemiker, ob Techniker oder Kaufmann, ob Konstrukteur oder technischer Korrespondent u. s. w. besteht, sondern daß ein solcher nur zwischen ihnen allen auf der einen und den Unternehmern auf der anderen Seite existiert.

Viele dieser wirtschaftlich gebildeten Arbeiter erhalten weniger an Gehalt als der nur gewerblich gebildete Arbeiter an Lohn; viele andere nicht mehr und es bleibt schließlich nur ein verhältnismäßig kleiner Teil, der ein wirklich schönes Einkommen an Gehalt bezieht. Aber auch dann ist der Gehalt in den meisten Fällen kein genügender Ersatz für die geleistete wertvolle geistige Arbeit und es bleibt davon immer noch dem Unternehmer ein mehr oder weniger großer Mehrwert. Und in allen Fällen ist dem wissenschaftlich gebildeten Arbeiter eine dauernde Existenz so wenig garantiert, wie dem gewöhnlichen Lohnarbeiter; er hat nur gewöhnlich eine etwas längere Kündigungsfrist, ist dafür aber mit der unverträglichen und terroristischen Fessel der Konkurrenzklausel belastet, die ihn an seinem weiteren Fortkommen hindert.

Die ganze verächtliche Geringschätzung als bloßes Ausbeutungsobjekt und reine Handlanger durch das Unternehmertum ist den wissenschaftlich gebildeten Arbeitern durch den unsäglich frechen Beschluß der bayerischen Metallindustriellen, durch den Kauf des hehren und unveräußerlichen Menschenrechtes, des Koalitionsrechtes um 500 ℳ in der Maschinenfabrik Augsburg, zum vollen Bewußtsein gebracht worden. Jetzt handelte es sich um die Wahrung der Menschen- und Manneswürde und der genannte Bund hat sie in anerkennenswert rascher und tatkräftiger Weise geführt. Der Gewinn einer großen Anzahl neuer Mitglieder und die glänzende Betätigung einer entschiedenen und opferwilligen Solidarität beweisen, daß hier wieder wie schon so oft in den Kämpfen zwischen den Herrschenden und Beherrschten der Druck Gegendruck erzeugt und die Unterdrückten sich zusammenschließen und zum Widerstand sich erheben.

Welcher Unterschied soll da noch bestehen zwischen der Stellung des wissenschaftlich gebildeten und des gewerblichen Arbeiters dem Unternehmertum, im weiteren Sinne dem ganzen Kapitalismus gegenüber? Der Kapitalismus behandelt beide gleich niederträchtig, also müssen umgekehrt beide auch die gleiche ablehnende Stellung ihrem gemeinsamen Feinde gegenüber einnehmen. Das ist der Bund der Wissenschaft und der Arbeiter, der das Unternehmertum reinlich isolieren und zielbewußt auf seine gänzliche Abschaffung hinwirken muß.

Der klassenbewußte Kopfarbeiter ist ein neues Element in den Klassenkämpfen unserer Zeit, das geeignet ist, zur Beschleunigung des Sieges der kulturbildenden Arbeit über den kulturfeindlichen, barbarischen Kapitalismus beizutragen und ihm das von allen Unterdrückten heißersehnte baldige Ende zu bereiten.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die badische Staatsbahnverwaltung hat beschlossen, die Strecken Basel-Schopfheim-Zell und Schopfheim-Säckingen für den elektrischen Vollbetrieb einzurichten, ferner vergab die Stadt Schöneberg den Bau einer Untergrundbahn zur Herstellung einer schnelleren und besseren Verbindung mit Berlin. Beide Objekte stellen für die Elektrizitätsindustrie eine Auftragsumme von 14 bis 15 Millionen Mark dar; der größte Teil der Bestellungen fiel dem Siemens-Schuckert-Konzern zu. Für Baden übernehmen die Siemens-Schuckert-Werke die Lieferung eines Umformerwerkes, der Fahr- und Speiseleitungsanlage für die Hauptstrecke Basel-Schopfheim sowie von zehn Lokomotiven von je 1000 PS. Normalleistung. Der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft wurde die Herstellung der Fahrleitungsanlage auf der Strecke Schopfheim-Säckingen übertragen, von den übrigen an der Ausschreibung beteiligten Firmen erhielten Brown, Boveri & Co. den Auftrag auf zwei Probelokomotiven, die Felten-Guilleaume-Lahmeyerwerke haben die Fernleitung von einem bei Augst-Wyhlen am Rhein zu errichtenden Wasserkraftwerk nach Basel zu legen. Es handelt sich hier um die Vergebung zum Teil belangreicher Arbeiten, die gerade unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen doppelt willkommen sind. Doch nur Spekulantenphantasie vermag darin schon den Anbruch einer neuen Blüteperiode der Elektrizitätsindustrie zu erblicken.

Die Großbanken haben die Gelegenheit benutzt, an der Börse ein Kurstreiben in den Aktien der Elektrizitätsgesellschaften zu entfachen, das von folgsamen Börsenblättern wieder einmal als Beweis der heraneilenden Konjunkturbesserung bejubelt wird. Die Großbanken haben in wenigen Tagen an den Elektrizitätsaktien zweifellos Riesensummen verdient, sie haben erreicht, was sie wollten, nämlich ihre großen Aktienbestände, die billig zu Buche standen, dem kapitalistischen Publikum, das sich nach den Börsenverlusten, die es seit 1907 erlitten hatte, von der Beteiligung an der Börsenspekulation unlustig zurückhielt, wieder zu hohen Preisen anzuhängen. Schon im Frühjahr war eine Steigerung der Elektrizitätswerte durch die Banken versucht worden, damals stiegen die Aktien der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in kurzer Zeit von 200 bis 217,50 Prozent, die Schuckertaktien von 104 auf 113 Prozent, die Aktien der Siemens & Halske-Gesellschaft von 172,50 auf 183,50 Prozent. Der Höchststand war etwa Ende April erreicht. Im Juni war der Kurs der Allgemeinen Elektrizitätsaktien wieder auf etwa 206 Prozent zurückgegangen, Schuckertaktien wichen bis 103 Prozent und die Siemens & Halskeaktien auf 170 Prozent. Bei der jetzigen Hausse gelang es den Banken, die Kurse für Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft bis 230, für Schuckert auf zirka 120 und von Siemens & Halske auf zirka 197 Prozent heraufzutreiben. Damit sind die Kurse der Elektrizitätsaktien fast so hoch, wie zur Zeit der glänzendsten Konjunktur. Dieses Kursniveau wird sich jetzt nicht erhalten lassen, der Kursrückgang folgt gewiß schnell, denn die Spekulation ist einer erhofften Zukunft vorausgeeilt. Keineswegs aber ist die gegenwärtige Lage der Elektrizitätsindustrie etwa glänzend. Die vielen Elektrisierungsprojekte, von denen geraunt und gemunkelt wird, dürften nach dem Urteil zuverlässiger Fachleute einmal noch recht lange in der Schwebe bleiben, selbst wenn sie aber verhältnismäßig schnell feste Gestalt annehmen würden, so wird ihre Ausführung nicht mit einem Schlage, sondern langsam erfolgen. Können die großen deutschen Elektrizitätsfirmen für die nächsten Jahre mit ziemlicher Sicherheit auf bedeutende Aufträge rechnen, wenn nicht durch besondere Ereignisse allgemeine Störungen des Wirtschaftslebens eintreten, so ist die Industrie von dem Zeitpunkt einer Anhäufung von Arbeiten oder auch nur einer lebhaften Beschäftigung noch weit entfernt. Das hervorzuheben scheint um so notwendiger, da in der bürgerlichen Presse der Börsentrommel vielfach als Besserung der Wirtschaftskonjunktur ausgegeben wird. Die Arbeiterschaft hat ein ganz außerordentliches Interesse daran, solchen falschen wirtschaftlichen Schilderungen entgegenzutreten, denn sie wird sehr wahrscheinlich in den kommenden Wintermonaten die Folgen der herrschenden Krise erst mit besonderer Schärfe spüren, da eine nennenswerte Belebung der gewerblichen Tätigkeit in diesem Jahre kaum noch eintreten kann, die Lage des Arbeitsmarktes jedoch durch die Abstoßung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft und in dem Baugewerbe eine zunehmende Verschlechterung erfahren dürfte.

Trotzdem kann von der Anbahnung eines wirtschaftlichen Gesundungsprozesses gesprochen werden, nur muß immer daran fest-

gehalten werden, daß der Stillstand der Abwärtsbewegung noch keine Belebung der industriellen Tätigkeit bringt, sondern erst als Vorzeichen des Umschwunges gelten kann. Jetzt setzt man die Hoffnungen auf den kommenden Frühling, nachdem Frühling, Sommer und Herbst des Jahres 1908 vorübergingen, ohne daß die prophezeite stärkere Nachfrage auf den Warenmärkten sich wieder eingestellt hätte. An Übertreibungen fehlt es auch bei der Bewertung der Vorgänge auf den Eisenmärkten nicht. Der amerikanische Roheisenmarkt hat ein freundlicheres Aussehen, auch die englischen Roheisenpreise im rheinisch-westfälischen Absatzgebiet zogen, allerdings nur auf spekulative Einflüsse, leicht an. In Verbindung hiermit stand die Meldung, daß der Preis für deutsches Stabeisen gleichfalls nicht unbeträchtlich gestiegen ist. Es wäre nun eine sehr erfreuliche Tatsache gewesen, wenn diese Besserung des Stabeisenpreises wirklich eingetreten wäre, doch es handelt sich hierbei zumeist nur um fromme Wünsche. Es ist gar nicht ausgeschlossen, vielleicht sogar möglich, daß bei einzelnen Abschlüssen kleine Preiserhöhungen erzielt wurden, denn jeder Kauf in Stabeisen, das bekanntlich nicht durch das Syndikat vertrieben wird, bedingt eine besondere Preisfeststellung, die sich nach der Quantität und der Lieferzeit verändert. So wird wohl eine oder die andere Bewilligung eines um eine Kleinigkeit erhöhten Preises, der durch besondere Umstände bedingt war, den Anlaß zu den eiligst verbreiteten Gerüchten von der Erhöhung der Stabeisenpreise gegeben haben.

Ebensowenig stichhaltig als Beweis für die Besserung in der Montanindustrie ist der Hinweis auf die Preiserhöhung oberschlesischer Walzwerkserzeugnisse. Diese Erhöhung ist lediglich die Folge einer Einigung von zwei bisher konkurrierenden Gruppen, nicht etwa stärkere Nachfrage führte zu dieser Preisaufbesserung.

Traute man den syndikatsoffiziösen Berichten über die Verhandlungen, die zwecks Errichtung eines allgemeinen deutschen Roheisensyndikats geführt wurden, so mußte man annehmen, daß das Jahr 1909 die Eisenwerke in einem wüsten Wettbewerb, der durch keinen Syndikatsvertrag abgeschwächt wird, antreffen würde. Das allgemeine deutsche Roheisensyndikat sollte angeblich schon daran scheitern, daß das Eisenwerk Kraft des Fürsten Henckel Donnersmarck grundsätzlich abgeneigt sein sollte, dem Syndikat beizutreten. Alle Verhandlungen wurden als ergebnislos bezeichnet, dann hieß es, daß auch die bisher bestehenden Roheisensyndikate (Düsseldorfer, Luxemburger, Siegerländer und Oberschlesisches Syndikat) nicht erneuert würden. Je näher der Termin der Entscheidung über die Syndikatsbildung herannaht, um so deutlicher zeigt es sich, daß bisher unter den streitenden Parteien zwar noch keine Übereinstimmung erzielt wurde, daß jedoch der Weg zu einer Einigung geebnet ist. Ziemlich gewiß scheint mindestens das Weiterbestehen der Roheisensyndikate in der alten Form, falls das große deutsche Syndikat noch nicht zustande kommt. Fürst Henckel Donnersmarck gibt den Syndikatsleuten allerdings harte Nüsse zu knacken. Er hat sich bekanntlich auf die Rheinische Bergbau- und Hütten-Aktiengesellschaft den maßgebenden Einfluß gesichert und verlangt für dieses Werk vom Düsseldorfer Roheisensyndikat statt der bisherigen Beteiligung von 80000 Tonnen eine Beteiligungsquote von nicht weniger als 240000 Tonnen. Zugleich sollen die Syndikate der Vereinbarung zustimmen, nach der dem Kraftwerk in Kratzwieck bei Stettin die Lieferung für bestimmte Rayons mit 160000 Tonnen zufällt, ohne daß das Kraftwerk selbst dem Syndikat beitreten will. Bis zum Juli vergangenen Jahres bestand zwischen dem Kraftwerk und dem Syndikat ein ähnliches Vertragsverhältnis. Bei der starken Position des Fürsten Donnersmarck in der Roheisenindustrie wird ihm von dem Syndikat am Ende wohl wieder eine Ausnahmestellung eingeräumt werden.

Während die meisten montanindustriellen Werke für das Jahr 1907/08 zu Ermäßigungen der Dividende schritten oder schreiten mußten, verteilt, wie wir in der letzten Rundschau erwähnten, die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft für das verflossene Geschäftsjahr eine Dividende von 10 Prozent, die der vorjährigen gleicht. Es schien, als ob nach den vielen Reorganisationen für dieses von der Spekulation lange Jahre mißbrauchte Werk eine Zeit ruhigerer Entwicklung gekommen sei. Diese Annahme dürfte sich doch wohl als irrig erweisen. Die Gesellschaft gab schnell nach der Veröffentlichung der günstigen Abschlußziffern bekannt, daß sie ihr Kapital von 24 Millionen auf 42 Millionen Mark erhöhe, und gleichzeitig 8 Millionen Mark Teilschuldverschreibungen ausgebe. Ein Teil des neuen Kapitals soll dazu dienen, das Kohlenbergwerk Louise Tiefbau aufzunehmen, ferner sollen etwa 15 Millionen Bankschulden abgetragen werden. Die Übernahme der zu Louise Tiefbau gehörigen Zechen findet eine wenig günstige Beurteilung, denn bisher hat die Gesellschaft keine finanziellen Erfolge aufzuweisen, eine Besserung ist bisher nur prophezeit. Man führt diese Fusion ausschließlich darauf zurück, daß Herr Hugo Stinnes, der bekannte Großindustrielle, der sowohl im Aufsichtsrat der Luxemburgischen Gesellschaft als der Gesellschaft Louise Tiefbau sitzt, über umfangreichen Besitz an den schwer und schlecht verkäuflichen Louise Tiefbau-Aktien verfügt, den er auf diese Weise schnell und mit Gewinn flüssig machen kann. Auch die Banken werden natürlich angenehm berührt sein, daß die alten Kredite der Deutsch-Luxemburgischen Gesellschaft abgelöst werden; für das Unternehmen selbst bedeutet aber die so durchgeführte Schuldablösung eine nicht zu unterschätzende Belastung. Die Höhe der abzulösenden Schuld beläuft sich auf etwa 15 Millionen Mark, durch die neuen Aktien werden diese Beträge in Form der Dividende zu verzinsen sein. Hält sich die Dividende auf 10 Prozent, so zahlt das Unternehmen höhere Zinsen, als sie die Banken bisher für ihre Kredite bekommen haben, denn es ist nicht anzunehmen, daß die Deutsch-Luxemburg-Gesellschaft von den Finanzinstituten geradezu bewuchert worden ist. Die Kapitalserhöhung unter diesen Umständen kommt lediglich Herrn Stinnes und den beteiligten Banken zugute, die Rentabilität des Unternehmens selbst wird durch dieses Geschäft gehemmt und geschmälert, ein kommender Mehrgewinn ist von den Geldmächten vorweg abgeschöpft worden.

Die Dortmunder Union hat im vergangenen Geschäftsjahre einen Betriebsgewinn von 6,669 Millionen Mark gegen 6,487 Millionen Mark im Vorjahre erzielt. Aus 1906/07 kommt noch ein Gewinnvortrag von 512579 M hinzu, so daß sich ein Gesamtgewinn von 7,182 Millionen gegen 6,725 Millionen Mark im Vorjahre ergibt. Aus den Gewinnergebnissen der einzelnen Abteilungen heben wir hervor, daß die Dortmunder Werke einen Gewinn von 5,206 Millionen Mark (im Vorjahr 5,310 Millionen Mark), die Hörder Werke einen Gewinn von 235622 M (im Vorjahr 468887 M) erbrachten, im Kohlenbergbau wurde ein Gewinn von 1016390 M gegen 577118 M im Vorjahre erzielt. Der Aufsichtsrat beschloß, zunächst 2850456 M (2755932 M im Vorjahr) zu Abschreibungen zu verwenden, eine Rückstellung für Abschlußverpflichtungen in Höhe von 300000 M zu treffen und 97518 M (110977 M im Vorjahr) dem gesetzlichen Reservefonds zuzuführen; sodann auf die Vorzugsaktien D wiederum fünf Prozent Dividende mit 850000 M und die Aktien C eine Dividende von zwei Prozent (im Vorjahr drei Prozent mit 504000 M) in Vorschlag zu bringen, sowie endlich den Rest mit 508250 M (gegen 512579 M im Vorjahr) auf neue Rechnung vorzutragen. Die Preiserhöhungen des Kohlensyndikats haben das Ergebnis außerordentlich günstig beeinflußt, nur der schlechteren Konjunktur wurde die Eisen- und Stahlabteilung zwar schon beeinflußt, doch die Union profitierte von ihrer starken Beteiligung am Schienengeschäft.

Die Daimler Motoren-Gesellschaft Stuttgart-Untertürkheim weist für das Jahr 1907/08 einen Rückgang des Fabrikationsgewinnes von 9,08 Millionen Mark auf 6,36 Millionen Mark aus. Nach Abschreibungen von rund 600000 M gegen etwa 600000 M im Vorjahr ergibt sich einschließlich eines Vortrages aus dem Vorjahr von 171000 M ein Reingewinn von 477487 M gegen 1021186 M im Vorjahr. Der Geschäftsbericht führt den Rückgang des Erträgnisses im wesentlichen auf den ebenso unvermittelt wie heftig eingetretenen Rückgang auf dem Gebiet der Luxusfahrzeuge zurück. Weiter bemerkt die Verwaltung, daß der Verbesserung und dem Ausbau der Werke in Untertürkheim und Marienfelde erhebliche Beträge gewidmet wurden, die geschaffenen Einrichtungen haben sich als solche im Betrieb nunmehr gut bewährt. Natürlich könne aber der Nutzen zahlenmäßig erst in Erscheinung treten, wenn die Absatzverhältnisse wieder eine Vollbeschäftigung der Werke zulassen.

Die Lokomotiv- und Waggonfabriken sind nach den vorliegenden Berichten andauernd gut beschäftigt, neuerdings sind wieder verschiedentliche Neubestellungen eingelaufen. Die Sächsische Maschinenfabrik vorm. R. Hartmann in Chemnitz erhielt von der Buenos Aires-Eisenbahn-Gesellschaft einen Auftrag auf 28 Güterzuglokomotiven zur Lieferung im zweiten Semester des nächsten Jahres. Sie teilt mit, daß der Beschäftigungsgrad ein sehr guter sei, es müsse teilweise mit Nachtschichten (!) gearbeitet werden. Die vorliegenden Aufträge sicherten eine Beschäftigung auf 1½ Jahre. Deutsche Waggonfabriken sollen nach Meldung der Frankfurter Zeitung von der schwedischen Regierung zu Waggonlieferungen herangezogen werden, da die schwedischen Fabriken ungewöhnlich hohe Preisforderungen gestellt haben.

Die Krise in der Metallindustrie Südwestdeutschlands.

VL. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß, so schwer auch die verschiedensten Krisen die deutsche Industrie und mit ihr in erster Linie die deutsche Arbeiterschaft heimgesucht haben, die Wirkungen eines solchen Zustandes eigentlich bis jetzt recht wenig zahlenmäßig nachzuweisen versucht wurden. Mehr oder weniger allgemeine Schilderungen über die trostlose Lage der Arbeiterschaft tauchen jetzt ja vielfach auf, aber dem Sozialpolitiker wie dem tätigen Gewerkschaftler fehlt so ziemlich alles, um auf Grund stichhaltigen Materials behaupten zu können, wie sich in solcher Zeit die Lage der Arbeiter gestaltet. In letzter Zeit wurde dieser Mangel auch von einigen Gewerkschaftsblättern anerkannt und durch entsprechende Hinweise versucht, auf diesem Gebiete Besserung zu schaffen. Die Bezirksleitung des neunten Bezirks (Baden, Württemberg, Elsaß und die bayerische Pfalz) des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat, um einmal in einem bestimmten Landesteil Deutschlands den Umfang und die Wirkungen der seit Mitte 1907 herrschenden Krise festzustellen, diesbezügliches Material gesammelt. Bei der Nachprüfung dieses Materials kann man erst ersehen, welche gewaltigen Änderungen derartige Zustände auf das Einkommen der Arbeiterbevölkerung haben und wie die „gesicherte Existenz des deutschen Arbeiters“ beschaffen ist. Um wieviel eindrucksvoller müßte aber eine solche Zusammenstellung wirken, wenn sie sich über das ganze Deutsche Reich erstreckte und man feststellen könnte, in welcher Weise die Arbeiter einzelner Industrien oder Landesteile von der Krise in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die vorliegende Statistik hat nun auch einen Mangel, sie ist eben auch nur Stückwerk. Sie kann nach Lage der Sache nicht alle in Frage kommenden Betriebe und alle beschäftigten Arbeiter umfassen. Es ist eben nicht möglich, darüber Gesamtzahlen zu bekommen. Aber eines kann man dafür um so sicherer behaupten, daß die geschilderten Verhältnisse von der Wirklichkeit noch weit übertroffen werden, daß die Wirkungen der Krise noch viel verheerender sind, wie sie hier festgestellt sind. Bemerkenswert ist, daß nicht in allen Landesteilen die Wirkungen der Krise in gleicher Weise zu spüren sind, auch wird ein und derselbe Industriezweig nicht überall gleichmäßig davon betroffen. Die Ursachen dieser ungleichmäßigen Beschäftigung genau festzustellen ist leider unmöglich.

Unsere Erhebungen erstrecken sich auf Baden, Elsaß, die Pfalz und Württemberg. Davon entfallen auf:

	Orte	Betriebe
Baden	21	1073
Elsaß	3	530
die Pfalz	9	199
Württemberg	31	967
Zusammen	64	2769

Zum Vergleich über die Zahl der Beschäftigten haben wir bei unseren Feststellungen als Grundlage den Monat Juni genommen. Die Veröffentlichungen der Arbeitsnachweise über den Monat Juli, die vor kurzem in der Presse gemacht wurden, beweisen ebenfalls, daß sich gerade in diesem Monat die wirtschaftliche Konjunktur in einzelnen Gewerben noch wesentlich verschlechtert hat, während von einem „Anziehen“ der Konjunktur in keinem Berufszweige etwas zu bemerken war. Ebenfalls konnte festgestellt werden, daß Entlassungen in größerem Umfang erst von den Monaten Januar und Februar 1908 an datieren.

Die ungünstige Veränderung des Beschäftigungsgrades nur in bezug auf die Zahl der Arbeiter wird durch folgende Zusammenstellung veranschaulicht. Es wurden beschäftigt in:

	Betrieben	Arbeiter 1907	Arbeiter 1908	weniger gegen 1907
Baden	1073	44133	40244	3889
Elsaß	530	12223	10986	1237
Pfalz	199	13379	12494	885
Württemberg	967	51094	44485	6609
Zusammen	2769	120829	108209	12620

Noch wirkungsvoller wird aber das Bild, wenn wir die Wirkungen der Krise auf die einzelnen Industriezweige betrachten:

Art der Industrie	Zahl der von der Statistik erfaßten Betriebe	Zahl der beschäftigten Arbeiter 1907	Zahl der beschäftigten Arbeiter 1908	weniger gegen 1907	weniger in Prozent
Automobilindustrie	5	4296	2990	1306	30
Fahrradindustrie	10	460	438	22	5
Elektrotechnische Industrie	58	2464	2152	312	12½
Eisenmetallgießereien	60	8435	7449	986	11½
Zeigerwerke-Fabriken	27	685	661	24	5
Gelbgießereiindustrie	66	8401	7256	1145	13½
Gold- und Silberindustrie	232	13645	13395	250	2
Kettenschmiedereien	9	995	899	96	9½
Klempnerei, Installation	854	2769	2500	269	10
Maschinenfabriken	249	52074	48872	3202	6
Mechanische Industrie	158	3704	3262	442	12
Schlossereien	801	3538	3183	355	10
Schmiedereien	144	559	508	51	9
Uhrenindustrie	36	7718	6722	996	13
Waggonfabriken	2	2015	1590	425	21
Waffen- u. Munitionsfabriken	5	4542	2234	2308	50
Sonstige Betriebe	53	4539	4108	431	9½
Zusammen	2769	120829	108209	12620	10,44

Unter den 2769 Betrieben haben wir die nicht ausgeschieden, deren Arbeiterzahl im Jahre 1908 größer ist als 1907. Es sind dies im ganzen, soweit wir es feststellen konnten, rund 50 Betriebe, die zusammen 300 Arbeiter mehr beschäftigen. Diese Zunahme ist jedoch bei Berechnung der Verminderung der Arbeiterzahl schon in Betracht gezogen, da die relative Abnahme 12920 beträgt. Hauptsächlich fallen die Betriebe, die diese kleine Zunahme aufzuweisen haben, in das Kleingewerbe und in die Gold- und Silberwarenindustrie.

So sieht die gesicherte Existenz des deutschen Arbeiters aus: auf einem verhältnismäßig kleinen Gebiete und in einer einzigen Industrie werden fast 18000 Arbeiter weniger gebraucht und auf Monate hinaus besteht keine Aussicht, ihnen wieder Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Wenn man dabei in Betracht zieht, daß in anderen Industrien, wie im Bau- und Holzgewerbe, die Arbeitslosigkeit sicher nicht geringer ist und mit dem Fortschreiten der Jahreszeit noch eine bedeutende Steigerung erfahren wird, so wird sich wohl kein Einsichtiger der Ansicht verschließen können, daß dem Staate und den Kommunen hier noch ein großes Feld der Tätigkeit offen steht und daß unsere vielgerühmte „Arbeiterfürsorge“ noch sehr viel zu tun hat, um nur einigermaßen Zustände zu schaffen, die menschenwürdig genannt werden können. Bis heute überlassen Staat und Gemeinden die Sorge für die Arbeitslosen den Gewerkschaften. Zum Danke dafür beengt sie der Staat durch Polizeischikanen und gesetzliche Einschränkungen. Die Gewerkschaften erweisen sich jetzt als wahrhaft kulturfördernd. Viele von diesen Arbeitslosen würden samt ihren Familien in Not und Elend zugrunde gehen, dem Verbrechen in die Arme getrieben werden, wenn nicht die Arbeiter selbst durch ihre Gewerkschaften dafür gesorgt hätten, daß Tausende wenigstens vor der größten Not geschützt werden. Inwieweit dies geschieht, sollen nachstehende Zahlen beweisen. Im Jahre 1907 ist im 9. Bezirk vom Deutschen Metallarbeiter-Verband für Unterstützungen ausgegeben worden:

	M		M
Reisegeld (zusammen)	88298	= pro Kopf	0,91
Arbeitslosenunterstützung (zusammen)	85809	= „ „	0,85
Krankenunterstützung (zusammen)	218871	= „ „	5,22
Zusammen	292978	= pro Kopf	7,—

Dagegen wurden im ersten Halbjahr 1908 ausgegeben:

	M		M
Reisegeld (zusammen)	29882	= pro Kopf	0,72
Arbeitslosenunterstützung (zusammen)	91930	= „ „	2,27
Krankenunterstützung (zusammen)	201283	= „ „	4,96
Zusammen	322545	= pro Kopf	7,95

Aus diesen Zahlen geht zunächst hervor, daß ganz gewaltige Summen von den Gewerkschaften für ihre Mitglieder ausgegeben werden. Dadurch schützen sie nicht nur tausende von Arbeitern vor großer Not, sondern sie entlasten damit ganz wesentlich den Staat und die Gemeinden. Diese Zahlen beweisen aber auch klipp und klar, wie scharf die Wirtschaftskrise im Jahre 1908 eingesetzt hat und heute noch wirkt. Es sind danach allein in Südwestdeutschland die Summen, die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband an Arbeitslose ausgegeben wurden, im ersten Halbjahr 1908 gegenüber den Ausgaben für das ganze Jahr 1907 um das einundeinhalbfache oder um 156,7 Prozent gestiegen. Und auch die Ausgaben an auf der Reise befindliche und kranke Mitglieder sind im ersten Halbjahr 1908 nahezu so hoch gewachsen als im ganzen Jahre 1907. Wer wollte da noch bestreiten, daß die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften die Folgen der Krise mildern.

Aber auch in anderer Weise kann festgestellt werden, daß die Krise in der Metallindustrie Südwestdeutschlands, die Mitte 1907 begann, mit Anfang dieses Jahres noch schärfer eingesetzt hat. Es sind in den vier Quartalen (zweites Halbjahr 1907 und erstes Halbjahr 1908) im 9. Bezirk Mitglieder zugereist respektive abgereist:

	zugereist	abgereist
3. Quartal 1907	2192	3179
4. „ 1907	2070	2777
1. „ 1908	1145	2134
2. „ 1908	1474	3175
Zusammen	6881	11265

Es sind also in den letzten vier Quartalen 4984 Mitglieder mehr ab- als zugereist. Um diese und eine bedeutend größere Zahl unorganisierter Arbeiter ist, da auch anderwärts die Arbeitsgelegenheit schlechter geworden ist, das Heer der Arbeitslosen vermehrt worden, oder ein Teil dieser Leute wurde in andere Berufe, besonders in Beschäftigung in der Landwirtschaft gedrängt. Eine solche industrielle Reservearmee, wie wir sie jetzt haben, würde, wenn sie schutzlos dem Hunger und dem Elend preisgegeben wäre, eine ungeheure Gefahr für die noch arbeitenden Kollegen bedeuten. Die Verzweiflung dieser Scharen von Arbeitslosen würde in kurzer Zeit alles das illusorisch machen, was die Arbeiterschaft sich in Jahren mühsam erkämpft und errungen hat. Das Unternehmertum empfindet dies auch, deshalb ist sein blindwütiger Haß gegen die Gewerkschaften, die jetzt allein der zügellosen Ausbeutung Schranken setzen können, begreiflich.

Jedoch nicht nur nach dieser einen Richtung ist die Krise von Bedeutung für die Arbeiter. Ebenso gefährlich ist ihre Wirkung in bezug auf die Verminderung des Einkommens der noch arbeitenden Kollegen und die damit verbundene verminderte Kaufkraft der erwerbstätigen Bevölkerungsschichten. Dies wollen wir in der folgenden Tabelle feststellen und zugleich nachweisen, inwieweit das Unternehmertum die wirtschaftliche Depression benützt, um auf Kosten der zurzeit weniger widerstandsfähigen Arbeiterschaft die Löhne zu kürzen, respektive die Produktionskosten zu verringern. Die Einschränkungen der Arbeitszeit und der dadurch entstandene Verdienstausfall betrug:

	Zahl der Betriebe	Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug Mitte 1907	Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug Mitte 1908	mithin weniger	Arbeitszeit wurde gekürzt für Arbeiter	Arbeitszeit wurde gekürzt Stunden pro Woche	Verdienstausfall beträgt dadurch für Arbeiter	Verdienstausfall beträgt dadurch M pro Woche	In den letzten 6 Mon. wurden gekürzt die Löhne für Akkordl.	Löhne pro Woche um M	Akkorde für Arbeiter	Akkorde mit einem Verdienstausfall von M p. Woche
Baden	1073	44133	40244	3889	12491	150596	12491	77145	3	9	3298	11202
Württemberg	967	51094	44485	6609	12263	118137	12263	54149	—	—	1722	4810
Elsaß	530	12223	10986	1237	315	3150	315	1215	—	—	230	321
Pfalz	199	13379	12494	885	1347	14958	1347	7245	60	108	174	604
Zus.	2769	120829	108209	12620	26416	286841	26416	139754	63	111	5424	16937

Wir haben oben festgestellt, daß nicht in allen Industriezweigen die Krise sich gleichmäßig bemerkbar macht, daß hauptsächlich die Automobil-, die Waffen- und Munitionsindustrie und die Waggonfabriken verhältnismäßig am schwersten betroffen werden, soweit die Verringerung der Arbeiterzahl in Betracht kommt. Es rührt dies auch zum Teil daher, daß besonders die letzten zwei Industriegruppen bei anziehender Konjunktur ihre Arbeiterbestände leichter ersetzen können, während andere Industrien angewiesen sind, die eingearbeiteten Kräfte sich nach Möglichkeit zu erhalten. Die Automobilindustrie, die zurzeit die gleiche Krisis zu bestehen hat, wie sie die Fahrradfabrikation in früheren Jahren durchmachen mußte, wird die innegehabte Position wohl überhaupt nicht mehr erreichen. Hier war eine Überspannung der Produktion eingetreten, die mit den Bedürfnissen in gar keiner Weise Schritt gehalten hat. Aber auch in den einzelnen Industriezweigen selbst ist die Marktlage eine verschiedene. Eine ganze Anzahl von Betrieben fast aller Industrien

ist an der Einschränkung der Arbeitszeit beteiligt und trotzdem haben sie noch wesentliche Entlassungen in größerem Umfange vorgenommen.

Wir lassen nun eine Tabelle über die Einschränkung der Arbeitszeit und die Schmälerung des Einkommens der Arbeiter in den verschiedenen Industrien folgen:

Art der Industrie	[illegible]	[illegible]	Die Betriebe mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigten Arbeiter, Mitte 1907	Mitte 1908	[illegible] 1908	Die Arbeitszeit in diesen Betrieben wurde verkürzt: insgesamt für Arbeiter	insgesamt Stunden pro Woche	[illegible]	Der entstandene Verdienstausfall beträgt: insgesamt für Arbeiter	insgesamt pro Woche M	[illegible]	Innerhalb der Gesamtzahl der von der Statistik erfaßten Betriebe wurden in den letzten 6 Mon. gekürzt: die Löhne: für Arbeiter	die Löhne: pro Woche M	die Löhne: [illegible]	die Akkorde: für Arbeiter	die Akkorde: pro Woche M	die Akkorde: [illegible]
Automobilindustrie	5	2	3440	2304	1136	2154	19924	9,2	2154	7680	3,56	—	—	—	250	500	2,00
Drahtindustrie	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Elektrotechnische Industrie	58	21	310	210	100	185	1215	6,6	185	908	4,91	—	—	—	—	—	—
Eisen- und Metallgießereien	60	14	1787	1527	260	476	3112	6,5	476	1345	2,82	—	—	—	598	2004	3,37
Feilenhauereien u. Feilenfabriken	27	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gelbmetallindustrie	66	19	6747	5887	860	2610	26715	10,2	2610	12502	4,88	—	—	—	316	955	3,00
Gold- und Silberindustrie	262	102	11779	11379	400	9726	128710	13,2	9726	65481	6,73	3	3	1,00	167	586	3,50
Kesselschmiedereien	9	2	695	599	96	240	3040	12,6	240	1216	5,06	—	—	—	83	139	1,70
Klempnerei und Installation	354	71	144	87	57	87	852	9,5	87	178	4,67	—	—	—	—	—	—
Maschinenfabriken	249	84	12608	11394	1260	7027	70052	9,9	7027	34025	4,84	—	—	—	2050	5508	2,67
Mechanische Industrie	168	7	635	584	51	281	2000	7,3	281	1038	3,70	—	—	—	180	331	2,68
Schlossereien	301	1	20	20	—	20	200	10,0	20	70	3,50	—	—	—	—	—	—
Schmiedereien	144	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Uhrenindustrie	36	14	4348	3558	790	2379	24658	10,3	2379	8938	3,75	—	—	—	630	2020	3,26
Waggonfabriken	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1000	4500	4,50
Waffen- u. Munitionsfabriken	5	2	1523	1220	303	661	7320	11,0	661	3960	5,99	—	—	—	—	—	—
Sonstige Betriebe	58	10	1085	823	262	661	6463	9,8	661	2578	3,90	60	108	1,80	132	399	3,00
Zusammen	2769	389	45171	39567	5584	26416	236841	10,8	26416	139754	5,29	63	111	1,76	5424	16937	3,15

Die Einschränkung der Arbeitszeit ist also eine völlig verschiedene in den einzelnen Industrien. Sie richtet sich zum Teil nach althergebrachten Gepflogenheiten. Teilweise wird am Montag oder noch einigen Tagen anfangs der Woche ausgesetzt, in manchen Geschäften wiederum wird täglich verkürzt gearbeitet, in anderen Betrieben wird am Samstag gar nicht oder nur den halben Tag gearbeitet. In vielen Betrieben wurde die Verminderung der Arbeitszeit im Einverständnis mit den Arbeitern vorgenommen. Das ist auch anzuerkennen, da es für manchen Arbeiter nicht gleichgültig ist, an welchen Tagen oder zu welcher Tageszeit er zu feiern gezwungen ist. Arbeiter, die weite Entfernungen täglich zurückzulegen haben — in unserem Bezirk werden vielfach 1 bis 2 Stunden Weg oder Fahrzeit zur Arbeitsstätte gebraucht —, sind unstreitig besser daran, wenn sie einen vollen Tag in der Woche aussetzen, als wenn die Arbeitszeit jeden Tag um 2 Stunden gekürzt wird. Die beiden letzten Tabellen zeigen die Wirkungen der verkürzten Arbeitszeit auf das Einkommen der Arbeiter auf das deutlichste.

26416 Arbeiter sind gezwungen, wöchentlich 236841 Stunden unfreiwillig zu feiern. Dies macht für den einzelnen Arbeiter im Durchschnitt die Woche 10,8 Stunden. Der Verdienstausfall dafür ist ein ganz gewaltiger. 139754 *M* wöchentlich konnten wir allein feststellen, wobei wir sicher noch eher zu niedrig als zu hoch gegriffen haben. Bei nur halbjähriger Dauer des jetzigen Zustandes und ohne daß eine weitere Verschlechterung der Situation eintritt, bedeutet dies für die in Frage kommende Arbeiterschaft eine Schwächung ihrer Kaufkraft um 3633604 *M*. Welche ungeheuren Summen mögen da erst im gesamten Deutschen Reiche durch die Krise der Arbeiterschaft und damit dem gesamten Erwerbsleben entzogen werden.

Zu dieser gewaltigen Summe kommt aber noch die Minderung des Verdienstes durch Akkordabzüge.

Es kann ja nun nicht behauptet werden, daß die 5424 Arbeiter, deren Akkorde um rund 16937 *M* gekürzt worden sind, nun auch um diese Summe die Woche weniger verdienen. Es ist in einer ganzen Anzahl von Fragebogen festgestellt worden, daß es zum Teil gelingt, die Akkordkürzungen durch intensives Arbeiten ganz oder teilweise wieder hereinzuholen. Bei hunderten von Arbeitern ist das aber nicht der Fall, diese sind doppelt geschädigt, da sie einesteils durch Kürzung der Arbeitszeit und durch Kürzung der Akkorde geschädigt werden. Aber auch die Arbeiter, die die Reduzierung der Akkorde halbwegs wieder hereinbringen, haben keinen Vorteil, sondern direkten Schaden. Es ist ja unbestritten, daß durch kürzere Arbeitszeit die Arbeitsleistung bis zu einem gewissen Grade eine Steigerung erfährt. Sobald aber für diese Arbeiter wiederum die normale Arbeitszeit eintritt, geht ihre Leistung in kurzer Zeit ganz von selbst zurück, die Arbeiterschaft ist dann gezwungen, erneut zur Frage der Erhöhung der Akkorde Stellung zu nehmen.

Aber noch nach einer weiteren Richtung liefern unsere Zahlen durchschlagendes Material. Sie beweisen den unaufhaltbaren Fortschritt der Akkordarbeit. Es ist gewiß bezeichnend, daß Lohnkürzungen nur im verschwindend kleinen Maße eingetreten sind. Dies ist jedoch nicht zurückzuführen auf das gute Herz der Unternehmer, sondern einzig und allein darauf, weil die Lohnarbeit in der Metallindustrie, mit Ausnahme des Kleingewerbes, fast vollständig verschwunden ist. Dort, wo die Lohnarbeit vorherrscht, im Klempner-, Schlosser- und Schmiedegewerbe, ist das Arbeitsverhältnis in allen maßgebenden Orten unseres Bezirkes tariflich geregelt. Dadurch wird die Notwendigkeit und Nützlichkeit des Festhaltens an der Schaffung und dem Ausbau von Tarifverträgen in unzweideutigster Weise nachgewiesen. In allen anderen Zweigen der Metallindustrie herrscht die Akkordarbeit vor. Aber auch da sehen wir bei der Bearbeitung der Statistik, daß das Unternehmertum sich ein Vorgehen gegen die Arbeiter hauptsächlich dort erlaubt, wo die Organisation der Arbeiter nicht den nötigen Einfluß hat und wo die Unternehmer die schlechtesten technischen Produktionseinrichtungen haben. Daß die Unternehmer das Ziel haben, auf dem Gebiete der Verdienstschmälerung der Arbeiter planmäßig vorzugehen, unterliegt keinem Zweifel. Es kommt nur in Frage, inwieweit sie dieses Ziel zu verfolgen in der Lage sind. Schreibt doch die Deutsche Arbeitgeberzeitung in Nr. 49 vom 8. Dezember 1907, Seite 587, in einem der bekannten Hetzartikel gegen die Arbeiterschaft:

„Haben die Sozialdemokraten das Ziel, das Unternehmertum möglichst zu ruinieren und zu beseitigen, so müssen die Unternehmer das Ziel haben, die Sozialdemokraten und deren Gewerkschaften zu Boden zu werfen und zu vernichten. Gehen die Sozialdemokraten namentlich in Zeiten günstiger Konjunktur zum Angriff über, so müssen die Unternehmer in den Zeiten des Arbeiterüberflusses zum Angriff übergehen .... Man muß vielmehr analog Forderungen auf Lohnherabsetzung, Arbeitszeitverlängerung u. s. w. aufstellen."

Damit wird bestätigt, daß die Unternehmer ihre Absicht, sich eine widerstandslose Reservearmee von Arbeitswilligen zu schaffen, durch die Schutzmaßnahmen der Gewerkschaften für ihre arbeitslosen Mitglieder durchkreuzt sehen. Die tausende von Arbeitslosen, die durch die Verminderung der Arbeitsgelegenheit in Krisenzeiten brotlos werden, genügen diesen literarischen Raubrittern des modernen Kulturstaates noch lange nicht. Nein, durch Verlängerung der Arbeitszeit möchten sie noch viel mehr Menschen dem Elend überantworten. Dabei bedenken diese bezahlten Soldschreiber des Kapitalismus nicht, daß die Industrie bei Befolgung dieser Taktik sich selbst den Ast absägt, auf dem sie sitzt. Denn Auspowerung der Massen bedeutet Schwächung ihrer Kaufkraft. Ein Abcschütze der Nationalökonomie würde so etwas begreifen, diesen Leuten hat der Haß das Hirn so verwirrt, daß sie keines logischen Gedankenganges mehr fähig sind.

Es wird aber ferner durch unsere Statistik bewiesen, wie notwendig es ist, gerade bezüglich der Akkordarbeit überall darauf zu dringen, daß bestimmte Grundsätze in allen Betrieben zur Durchführung gelangen, die die Unternehmer daran hindern, bei schlechter Konjunktur schalten und walten zu können, wie es ihnen beliebt. Die Bäume der Unternehmer wachsen nicht in den Himmel, wenn die Arbeiterschaft auf dem Posten ist. Gewiß sind manchesmal die Verhältnisse so gelagert, daß auch vorübergehend die beste Organisation machtlos ist. Aber auch nur vorübergehend. Sie wird aber eine verlorene Position mit Leichtigkeit wieder zurückgewinnen, wenn die Arbeiterschaft zu allen Zeiten an ihr festhält.

Ein Nachweis über die verheerenden Wirkungen der Krise wie der unsere ist gewiß geeignet, auch dem rückständigsten Arbeiter zu denken zu geben. Er sollte aber auch unsere maßgebenden Faktoren an den Stellen der Gesetzgebung zum Nachdenken veranlassen. Damit, daß man ein nach außen zur Schau getragenes Mitleid heuchelt, ist es nicht getan. Sollen solche Zustände wesentliche Milderung oder teilweise Beseitigung erfahren, so müssen andere Register gezogen werden, als daß man den Arbeitslosen Bettelsuppen gibt oder sie Steine klopfen läßt. Die Gemeinden und der Staat könnten hier nach mehr wie zwei Richtungen hin profitieren. Ihre Aufträge belaufen sich in die Millionen, sie würden Arbeitsgelegenheiten für hunderttausende von Arbeitern schaffen und zur rechten Zeit in Auftrag gegeben, auch geeignet sein, solche traurigen Zustände zu mildern.

Endlich auch wäre es an der Zeit, der Räuberpolitik der Kartelle durch entsprechende Gesetze gründlich den Garaus zu machen. Diese Vereinigungen volksausbeutender Schlot- und Kohlenjunker tragen in erster Linie mit die Schuld an den erbärmlichen derzeitigen Zuständen. Unter dem Deckmantel des „Schutzes der nationalen Arbeit" werden alle Bevölkerungsschichten der Nation in unverschämtester Art und Weise ausgeplündert, um einer Handvoll Kapitalmagnaten einen jährlichen Millionensegen zu sichern. Und der Staat selbst ist nicht freizusprechen von einer solchen Politik. Ist es denn nicht bezeichnend, daß unter der Führung eines entschlossenen Bürgermeisters die Städte der Rheinpfalz zurzeit versuchen, sich frei zu machen von der Kohle aus den staatlichen Gruben des Saarreviers, da die vom Staat gelieferte Kohle durch den Kartellpreis sich um zirka 32 *M* pro Tonne teurer stellt als die ebenso gute oder bessere englische Kohle samt der Fracht zu stehen kommt?! Wer treibt denn hier den Käufer in das Ausland und vermindert die Arbeitsgelegenheit? Der Staat selbst, und zwar der preußische, der den Anspruch erhebt, „in der Welt voran zu sein". Gewiß, soweit es sich darum dreht, die wenigste Rücksicht auf die Staatsbürger und Steuerzahler zu nehmen, ist er allen andern voran. Durch eine solche Preispolitik werden aber zugleich Millionen dem Erwerbsleben entzogen, für die andere nützliche Kulturarbeiten in Angriff genommen werden könnten.

Deshalb mag die Arbeiterschaft aus den Zeiten der Krise lernen. Mag sie ersehen, welche ungeheure volkswirtschaftliche Schädigung ein solcher Zustand mit sich bringt und sich klar werden darüber, daß nur starke, alle Arbeiter umfassende, widerstandsfähige Organisationen die Wirkungen derartiger Zustände mildern können. Mag sie aber auch ersehen, wie notwendig die praktische Mitarbeit auf allen Gebieten der Gesetzgebung ist, wie dringend notwendig es ist, Einfluß zu erlangen, um durch geeignete Gesetze das Volk zu schützen vor derartigen Zuständen.

Diese Untersuchung über den Umfang der Krise ist aber auch die beste Widerlegung des blöden Geschwätzes der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinler über den „Rückgang der freien Gewerkschaften". Diese Hirsch-Dunckerschen rudimentären Gebilde gewerkschaftlicher Vereinigung jubeln zurzeit in allen Tonarten darüber, daß die freien Gewerkschaften, darunter auch der Deutsche Metallarbeiter-Verband, im ersten Halbjahr 1908 einen kleinen Rückgang aufzuweisen haben. Bei einer solchen Verminderung der Arbeitsgelegenheit, wie wir sie nachgewiesen haben, kann auch bei der unermüdlichsten Agitationsarbeit nicht verhindert werden, daß die Organisationen einen Stillstand, teilweise einen Rückgang erleiden. Trotz fortgesetzten Zuganges in allen Verwaltungen ist es eben nicht möglich, den Abgang derer, die zu einem Berufswechsel (Landwirtschaft in erster Linie) greifen, oder die zur Abreise gezwungen sind, wettzumachen. Aber gerade die Hirsch-Dunckerschen, diese Schädlinge der deutschen Arbeiterbewegung, die in den Zeiten der Hochkonjunktur tausende von Mitgliedern verloren haben, sind die letzten, die einen in solchen Verhältnissen begründeten, vorübergehenden Rückgang zu glossieren berechtigt und veranlaßt sind. Würde nur ein einziger der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine einmal eine Abrechnung herausgeben, wie sie jede freie Gewerkschaft alljährlich herausgibt, die Arbeiterschaft würde staunen, wie sie fortgesetzt von diesen Leuten beschwindelt wird.

Diese Feststellungen bestätigen wieder aufs neue die Verkehrtheit und Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise. In erster und letzter Linie sind es immer nur die Arbeiter, die an den Folgen dieses gemeinschädlichen Systems zu leiden haben. Der heutige Klassenstaat trifft keine Maßnahmen, die schuldlosen Opfer einer solchen unsinnigen Wirtschaftsordnung zu schützen; im Gegenteil: er schützt die Starken und unterdrückt die Schwachen. Die Raubpolitik, die durch das Zolltarifgesetz und die darauf aufgebauten Handelsverträge von der Regierung getrieben worden ist, hat die heutige Wirtschaftskrise mitverschuldet. War schon in Zeiten der Hochkonjunktur die Teuerung, die dadurch hervorgerufen worden ist, eine gewaltige Last, so ist sie in der gegenwärtigen Zeit mit ihrer Arbeitslosigkeit, Arbeitsbeschränkung und geringem Verdienst, schier unerträglich. Infolge der Unterbindung der Absatzmöglichkeit im Ausland ist auch noch gar nicht abzusehen, wann wieder eine Besserung der Konjunktur eintritt. Der vor der Tür stehende Winter bedeutet noch eine Verschärfung der ganzen Situation. Daraus kann die Arbeiterschaft nur die eine Lehre ziehen, daß ihr von niemand geholfen wird, daß sie sich selbst helfen muß. Eine wirksame Selbsthilfe ist aber nur möglich in Organisationen, die möglichst alle Arbeiter umfassen, die zielbewußt die Interessen der Arbeiter wahrnehmen. Eine solche Organisation ist für die Metallarbeiter der Deutsche Metallarbeiter-Verband. Je einheitlicher und geschlossener sie in demselben alle Kräfte zusammenfassen, desto leichter werden sie die Schäden der Krise mildern, desto eher wird es ihnen gelingen, sich eine Position im Wirtschaftsleben zu schaffen, die ihnen und ihren Angehörigen eine auskömmliche Existenz verbürgt.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1907.

Die letzte Statistik der Generalkommission über den Stand der deutschen Gewerkschaften ist in Nr. 36 des Korrespondenzblattes, also später erschienen als in den früheren Jahren üblich war. Als Grund dafür wurde schon vor etlichen Wochen von der Generalkommission angegeben, daß der Verband der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine seine Statistik noch nicht veröffentlicht habe. Dies ist erst Ende August geschehen. Wir erkennen das Bestreben der Generalkommission, nach Möglichkeit gleich vollständiges zu bieten, gern an, meinen jedoch, daß es besser ist, die Veröffentlichung einer so wichtigen Statistik nicht von einer Körperschaft abhängig zu machen, deren Einfluß auf die Arbeitsbedingungen so lächerlich geringfügig ist. Die Hirsch-Dunckerei hat, wie sich nun ja auch zahlenmäßig nachweisen läßt, offenbar ihren Höhepunkt überschritten. Es hat darum keinen Wert, ihretwegen mit der Veröffentlichung der Gewerkschaftsstatistik zu warten.

Die Statistik beginnt mit einem kurzen, aber wegen seiner Uebersichtlichkeit für spätere Jahre sehr wertvollen Rückblick auf die Konjunktur im vorigen Jahre. Es empfiehlt sich, dies bei den folgenden Statistiken ebenso zu machen. Die Krise hat natürlich ihren Eindruck nicht verfehlt. Sie hat indessen den Fortschritt der Gewerkschaften nur verringern, jedoch nicht hindern können. Während die Zentralverbände ihre Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt um 175 797 erhöhen konnten, nahmen die christlichen Gewerkschaften nur um 27 207 Mitglieder zu. Dagegen gingen die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine um 9619 Mitglieder zurück. Der Gesamtfortschritt der deutschen Gewerkschaftsentwicklung im Berichtsjahr wird also repräsentiert durch die Zentralverbände, — das war bisher so und wird auch in Zukunft so bleiben. Im Jahresdurchschnitt hatten unsere gewerschaftlichen Zentralverbände 1 865 506 Mitglieder, am Ende des Jahres 1907 dagegen 1 873 146. In den lokalistischen Vereinen waren 20 461 Mitglieder vorhanden (davon entfallen auf die „Freie Vereinigung Deutscher Gewerkschaften" nach deren eigener Angabe 17 633 Mitglieder), in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen 108 889, in den christlichen Gewerkschaften 274 323, in den sogenannten unabhängigen christlichen Verbänden 80 437 und in den übrigen unabhängigen Organisationen 96 634 Mitglieder, so daß die gesamten gewerkschaftlichen Organisationen im Deutschen Reiche im Jahre 1907: 2 446 300 Mitglieder zählten, nahezu 2½ Millionen. Rechnet man dazu einen Teil der deutschen Privatbeamtenbewegung, in deren Reihen einzelne Gruppen in die Anfangstadien gewerkschaftlicher Entwicklung eingetreten sind, sowie die katholischen Fachabteilungen, so haben wir in Deutschland nahezu drei Millionen, die sich in den Bahnen der Gewerkschaften bewegen und betätigen.

Die englische Gewerkschaftsbewegung zählt nach amtlicher Statistik Ende 1906 nur 2 105 283 Mitglieder, die französische Anfang 1907: 896 012 Mitglieder, die amerikanischen Gewerkschaften 1 970 700 (einschließlich Kanada etwa 2 300 000) Mitglieder. Deutschland besitzt also unbestritten die größte Gewerkschaftsorganisation der ganzen Erde. Sie könnte vielleicht auch die stärkste sein, wenn sie nicht Jahrzehnte ihrer Entwicklung auf den mühseligen Kampf gegen eine veraltete, feindlich gesinnte Rechtsordnung hätte verwenden müssen und wenn sie imstande wäre, diese drei Millionen Mitglieder zu einheitlicher Aktion zusammenzufassen. Die Zersplitterung in 5 bis 6 Richtungen und noch zahlreichere unabhängige Gebilde ist eine der wesentlichsten Ursachen gewesen, die unsere Gewerkschaftsbewegung gehemmt haben und noch heute in ihrer Aktionsfähigkeit hemmen.

Die Entwicklung der Gewerkschaften ist sowohl der der politischen Organisation der Sozialdemokratie als auch der der modernen Genossenschaften weit vorausgeeilt. Es zählten an Mitgliedern:

	1906	1907	+ Zunahme
Sozialdemokratische Vereine	384327	530466	+ 175797
Gewerkschaften	1689709	1865506	+ 146139
Konsumgenossenschaften	781369	885074	+ 103705

Die Gewerkschaften haben nicht nur mehr als doppelt so viele Mitglieder als die Konsumvereine und 3½ mal soviel als die sozialdemokratischen Vereine. Sie haben auch die größte absolute Zunahme. Diese Zahlen zeigen, daß ein großer Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft die Bedeutung der politischen und der genossenschaftlichen Organisation noch recht wenig begriffen hat. Würden alle Gewerkschaftsmitglieder ebenso wie in ihrer Berufsorganisation, so auch in der Partei und in der Genossenschaft ihre Pflicht erfüllen, so würden nicht nur alle die kleinlichen Differenzen und Reibungen, die zwischen diesen verschiedenen Armeen der Arbeiterbewegung sich von Zeit zu Zeit bemerkbar machen, völlig verschwinden, sondern die Stoßkraft der Arbeiterbewegung würde dadurch sicherlich vervielfacht werden. Das Beispiel der Einigkeit und Einheit im eigenen Lager würde, verstärkt durch größere Erfolge, auch seine Rückwirkung auf die außenstehenden Arbeitermassen nicht verfehlen und den Zersplitterungsbestrebungen der bürgerlichen Parteien und der gelben Nährväter bald den Boden entziehen.

Die Mitgliederzunahme der Gewerkschaften vom Jahresschluß 1906 bis Ende 1907 blieb hinter der Zunahme im Jahresdurchschnitt zurück; sie betrug nur 73 853. Dies erklärt sich daraus, daß die zweite Jahreshälfte 1906 einen starken Aufschwung, dagegen die zweite Jahreshälfte 1907 einen kleinen Rückgang zeigte. Die Zentralverbände zählten Ende 1906: 1 799 293 Mitglieder. Das erste Quartal 1907 schloß mit 1 823 881 ab (+ 24 588), das zweite Quartal mit 1 882 665 (+ 58 784), das dritte Quartal mit 1 882 363 (— 302) und das vierte Quartal mit 1 873 146 (— 9217). Der Zuwachs der Gewerkschaften fällt also in die Zeit von Mitte 1906 bis Mitte 1907, danach trat ein Rückgang ein. Es ist charakteristisch, wie sehr diese Entwicklung mit der Statistik der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsnachweise übereinstimmt. Daraus zu folgern, daß die Gewerkschaften völlig von der Lage des Arbeitsmarktes abhängig seien, wäre zwar verfehlt, aber es sind sicher zu einem großen Teil die gleichen Ursachen, die sich in der Lage des Arbeitsmarktes wie in den Schwankungen der Entwicklung der Gewerkschaften widerspiegeln, vor allem der wirtschaftliche Niedergang, der die Stoßkraft der Gewerkschaften lähmt und einen Teil ihrer Mitglieder entmutigt. Und doch sollte gerade die Wirtschaftskrise die Mitglieder fester denn je an ihre Organisationen kitten, die ihnen nicht nur Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit zc. gewähren, sondern auch den Stand der Arbeitsbedingungen gegen Verschlechterung sichern. Denn wie ohne das Wirken der Gewerk-

schaften selbst bei günstiger Konjunktur keine nennenswerte Verbesserung der Lage der Arbeiter erreicht wird, so könnte ohne den Widerstand der Gewerkschaften nichts von den Errungenschaften der Arbeiter festgehalten werden. Der Rückgang trifft allerdings nur einen Teil der Gewerkschaften und wurde bei diesen durch besondere Umstände verursacht. Von den 61 Verbänden, die die Statistik umfaßt, haben 40 eine Zunahme von 100 005 Mitgliedern (von Ende 1906 bis Ende 1907) zu verzeichnen, während 21 eine Abnahme von 26 919 angeben. Die größte Zunahme (24 805) hatte wieder der Deutsche Metallarbeiter-Verband, die geringste (11) der der Kupferschmiede. Die stärkste Abnahme (11 147) finden wir bei den Bauhilfsarbeitern, die geringste (36) bei den Notenstechern. Bei den Bauarbeitern fällt der größte Verlust in das erste Quartal 1907, das ihnen eine Abnahme von 20 670 Mitgliedern brachte. Veranlaßt wurde dieser Rückgang durch eine enorme Arbeitslosigkeit infolge der Krise im Baugewerbe, die Zehntausende dieser ungelernten Arbeiter in andere Berufe drängte.

Daß die Zahl der Zentralverbände, die 1906 noch 66 betrug, sich auf 61 vermindert, erklärt sich aus dem Uebertritt von fünf kleineren Verbänden zu größeren verwandten Berufsorganisationen. Es schlossen sich die Konditoren dem Verband der Bäcker, die Buchdrucker Elsaß-Lothringens dem Deutschen Buchdrucker-Verband, die Graveure und Ziseleure dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, die Vergolder dem Holzarbeiter-Verband und die Wäschearbeiter dem Schneider-Verband an. Von den 61 Verbänden zählten im Jahresdurchschnitt 6 über 100 000 Mitglieder, 4 zählten 50 000 bis 100 000, 5 30 000 bis 50 000, 8 20 000 bis 30 000, 10 10 000 bis 20 000, 10 5000 bis 10 000, 10 3000 bis 5000, 8 2000 bis 3000, 8 1000 bis 2000 und 7 weniger als 1000 Mitglieder.

Nach der Höhe der Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt ergibt sich nachstehende Reihenfolge der Gewerkschaften: Metallarbeiter 355 386, Maurer 192 582, Holzarbeiter 149 501, Fabrikarbeiter 134 233, Textilarbeiter 121 265, Bergarbeiter 110 888, Transportarbeiter 87 259, Bauhilfsarbeiter 71 268, Zimmerer 54 395, Buchdrucker 52 364, Maler 39 009, Schneider 38 159, Schuhmacher 37 188, Brauereiarbeiter 31 612, Tabakarbeiter 30 676, Hafenarbeiter 25 168, Gemeindearbeiter 24 997, Buchbinder 21 200, Steinarbeiter 19 176, Schmiede 18 797, Maschinisten 17 008, Bäcker und Konditoren 16 264, Glasarbeiter 15 818, Lithographen 15 777, Porzellanarbeiter 14 725, Buchdruckereihilfsarbeiter 13 961, Töpfer 11 914, Steinsetzer 10 403, Tapezierer 8604, Stukkateure 8293, Böttcher 7989, Lederarbeiter 7874, Seeleute 7720, Handlungsgehilfen 7531, Sattler 7011, Hutmacher 6947, Gastwirtsgehilfen 6728, Dachdecker 6403, Gärtner 4952, Glaser 4762, Mühlenarbeiter 4744, Bildhauer 4603, Kupferschmiede 4069, Portefeuiller 3955, Handschuhmacher 3846, Schiffzimmerer 3762, Hoteldiener 3152, Fleischer 3035, Zigarrensortierer 2802, Barbiere 2229, Kürschner 2193, Lagerhalter 1846, Bureauangestellte 1305, Zivilmusiker 1188, Asphalteure 498, Xylographen 489, Schirmmacher 487, Photographen 467, Formstecher 437, Blumenarbeiter 430, Notenstecher 424.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften betrug im Jahresdurchschnitt 1906 in 37 Verbänden 118 908; sie stieg 1907 in 35 Verbänden auf 136 929 oder um 18 019. Die Zunahme beträgt 15,1 Prozent gegenüber 10 Prozent Zunahme der männlichen Mitglieder. Von den 136 929 weiblichen Mitgliedern gehörten zum Verband der Textilarbeiter 44 277, Metallarbeiter 14 693, Tabakarbeiter 14 182, Fabrikarbeiter 12 121, Buchbinder 8841, Buchdruckereihilfsarbeiter 8333, Schuhmacher 5364, Schneider 4983, Handlungsgehilfen 4167, Holzarbeiter 3457, Transportarbeiter 3158, Hutmacher 2059, Porzellanarbeiter 1938, Bäcker und Konditoren 1199, Zigarrensortierer 798, Handschuhmacher 765, Brauereiarbeiter 735, Gastwirtsgehilfen 671, Glasarbeiter 548, Portefeuiller 468, Gemeindearbeiter 388, Kürschner 326, Sattler 228, Schirmmacher 228, Blumenarbeiter 143, Lederarbeiter 135, Hafenarbeiter 100, Tapezierer 100, Lagerhalter 72, Maler 59, Bureauangestellte 57, Gärtner 36, Fleischer 11, Photographen 11, Steinsetzer 1.

Die günstige Entwicklung der Finanzen der Gewerkschaften hat auch im Berichtsjahr angehalten. Die Gesamteinnahmen stiegen seit 1906 von 41 602 939 M. auf 51 396 784 M. oder von 24,62 M. bis 27,55 M. auf das einzelne Mitglied, die Gesamtausgabe von 36 963 413 M. auf 43 122 519 M. oder von 21,88 M. auf 23,12 Mark und die Vermögensbestände von 25 312 634 M. auf 33 242 545 Mark oder von 14,98 M. auf 17,82 M.

Von den Gesamteinnahmen entfallen 11 556 849 M. auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband, der natürlich nach der Größe der Summen an erster Stelle steht. Bei zwei Verbänden (Blumenarbeiter und Schirmmacher) erreichte die Jahreseinnahme noch nicht 10 000 M. Anders gestaltet sich natürlich die Reihenfolge, wenn man die Beitragsleistung der einzelnen Mitglieder feststellt. Da stehen die Lithographen mit 63,13 M. nach wie vor obenan, die Metallarbeiter erscheinen mit 32,52 M. an achter Stelle, während die Schirmmacher mit 10,52 M. die Reihenfolge beschließen. Bei dieser Zusammenstellung sind jedoch auch die teilweise erheblichen Extrabeiträge mit in Betracht gezogen worden, die einzelne Organisationen besonders zur Führung bedeutender Kämpfe erheben mußten. Infolge solcher außerordentlicher Kraftanstrengungen sind die Holzarbeiter, die im Jahre 1906 an erster Stelle standen, diesmal an die fünfte Stelle gerückt. In den letzten Jahren sind jedoch immer mehr Gewerkschaften dazu gekommen, die Beiträge nach Staffeljätzen abzustufen. Seit einigen Jahren werden darüber genaue Feststellungen gemacht. Danach zahlten regelmäßigen Jahresbeitrag (ohne Extra- und Lokalsteuern)

M.	Mitglieder	M.	Mitglieder
bis 7,20	11514	20,90 bis 22,70	67797
7,80	4994	23,40	59770
9,60 bis 10,20	257	24 bis 25,25	68653
10,40	73068	26	132985
12	21941	28	26255
13	29435	28,60	50048
14 bis 15,10	27860	31,20	385119
15,60	113673	32 bis 34	32451
16 bis 18	25077	36,40	18634
18,20	92389	36,60 bis 41,60	20877
18,25 bis 20	67898	44,20 = 49,40	6178
20,30	257846	54,60 und mehr	107827

Die Beiträge unter 7,80 M. werden jedoch nur von weiblichen und jugendlichen Mitgliedern geleistet, denn schon seit 1902 hat keine der Generalkommissionen angehörende Organisation einen Wochenbeitrag von weniger als 15 ₰ für männliche Mitglieder. Im Jahre 1907 betrug der Wochenbeitrag für männliche Mitglieder in 1 Organisation 15 bis 20 ₰, in 7 Organisationen 21 bis 30 ₰, in 15: 31 bis 40 ₰, in 23: 41 bis 50 und in 15 mehr als 50 ₰.

Die Ausgaben stiegen — hauptsächlich infolge der größeren Arbeitslosigkeit — von 36 963 413 M. im Jahre 1906 auf 43 122 519 M. Obwohl die Ausgaben für Streik und Aussperrungen zurückgegangen sind, stehen sie indessen mit 13 196 263 M. immer noch an erster Stelle. Für andere Unterstützungszwecke stieg der Gesamtaufwand von 10 957 279 M. auf 15 885 127 M. Die weitaus größte Zunahme hat die Arbeitslosenunterstützung, die 1906 nur 2 653 296 M., 1907 dagegen 6 527 577 M. Ausgaben erforderte, ein Mehr von 3 874 281 M. In dieser bedeutenden Steigerung spiegelt sich nicht allein die ungünstige Lage des Arbeitsmarkts wider, unter der die Gewerkschaften und ihre Mitglieder zu leiden hatten, sondern auch die hohe Bedeutung der Gewerkschaften für das öffentliche Wohl. Längst wäre es Aufgabe des Reiches gewesen, den Gewerkschaften die Last der Arbeitslosenversicherung, an der doch die Arbeiter sicherlich die allergeringste Schuld tragen, dadurch zu erleichtern, daß es ihnen nach dem Beispiel Frankreichs, Dänemarks und Norwegens Beihilfen gewährt. Dadurch würden auch die Gewerkschaften, die die Arbeitslosenunterstützung bisher noch nicht einführen konnten, in die Lage versetzt, sich dieser Aufgabe zuzuwenden. Es ist beschämendstes für das Reich, zusehen, wie die organisierte Arbeiterschaft von Jahr zu Jahr einen mühe- und opfervollen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit führt, ohne für diese Arbeiter etwas anderes als behördliche Schikanen übrig zu haben. — Auch für Krankenunterstützung haben die Gewerkschaften gewaltige Summen aufgewendet; 3 482 622 M. wurden für diesen Zweck ausgegeben. Die Reiseunterstützung beanspruchte 860 148 M., die Unterstützung Gemaßregelter 1 010 045 M., die Beihilfe in Not- und Sterbefällen 1 385 808 M., die Invalidenunterstützung 384 562 M. und der Rechtschutz 346 778 M. Die Verbandszeitschriften erforderten 1 878 592 M., Bibliotheken 276 568 Mark und Unterrichtskurse 48 195 M., im ganzen 2 198 175 M. Seit 1891 kostete die Unterhaltung der Verbandsorgane den Gewerkschaften nicht weniger als 12 860 740 M. Diese Leistungen stellen das wohltätige und vorbildliche Wirken der deutschen Gewerkschaften außer jeden Zweifel und es gehört zu den schönsten Ruhmestiteln der deutschen Arbeiterklasse, daß sie allen polizeilichen, gerichtlichen und großindustriellen Verfolgungen zum Trotze sich in ihren Gewerkschaften ein solches Kulturwerk geschaffen hat.

Die Vermögensbestände der Gewerkschaften haben im Jahre 1907 die Höhe von 33 242 545 M. erreicht. Davon entfallen 6 282 090 M. auf die Buchdrucker, 5 606 906 M. auf die Maurer, 4 791 098 M. auf die Metallarbeiter, 2 712 300 M. auf die Holzarbeiter, 2 013 720 M. auf die Bergarbeiter, 1 610 282 Mark auf die Zimmerer und 1 311 648 M. auf die Fabrikarbeiter. Von den übrigen Verbänden hatten 5 ein Vermögen von 500 000 bis 1 Million Mark, 5 ein solches von 250 000 bis 500 000 M. und 15 ein solches von 100 000 bis 250 000 M., die anderen blieben hinter 100 000 M. zurück. Für die Beurteilung der Widerstandskraft einer Gewerkschaft kommt freilich nicht die absolute Höhe des Verbandsvermögens allein in Betracht, sondern auch die Aufgaben, für deren Erfüllung dieses Vermögen angesammelt ist und der auf das einzelne Mitglied durchschnittlich entfallende Betrag. Danach entfiel auf jedes Mitglied der Notenstecher 185,24, Buchdrucker 119,59, Xylographen 68,14, Formstecher 53,99, Lithographen 45,13, Hutmacher 39,60, Portefeuiller 37,06, Kupferschmiede 30,64, Zimmerer 29,60, Zigarrensortierer 28,72, Schiffzimmerer 25,68, Maurer 24,88, Steinarbeiter 24,72, Stukkateure 22,72, Steinsetzer 20,89, Handschuhmacher 20,26, Lagerhalter 19,54, Bergarbeiter 18,16, Holzarbeiter 18,14, Bildhauer 18,07, Kürschner 17,84, Sattler 16,74, Maler 15,97, Metallarbeiter 15,78, Porzellanarbeiter 14,66, Buchdruckereihilfsarbeiter 14,53, Tapezierer 14,37, Photographen 14,33, Brauereiarbeiter 14,30, Asphalteure 14,17, Mühlenarbeiter 13,84, Hoteldiener 13,21, Schuhmacher 12,99, Bauhilfsarbeiter 12,48, Buchbinder 12,03, Böttcher 10,57, Zivilmusiker 10,54, Gastwirtsgehilfen 10,52, Schirmmacher 10,18, Gemeindearbeiter 9,79, Glaser 9,79, Fabrikarbeiter 9,77, Lederarbeiter 8,51, Bäcker und Konditoren 8,33, Blumenarbeiter 8,33, Schmiede 8,10, Dachdecker 7,94, Maschinisten 7,90, Bureauangestellten 7,84, Glasarbeiter 6,66, Transportarbeiter 6,55, Töpfer 6,50, Barbiere 4,88, Textilarbeiter 4,87, Hafenarbeiter 4,52, Tabakarbeiter 3,98, Gärtner 3,85, Seeleute 3,81, Fleischer 2,44, Schneider 2,21, Handlungsgehilfen 1,86 M.

Auf dem Gebiet des Unterstützungswesens hat besonders die Einführung der Erwerbslosenunterstützung Fortschritte gemacht.

Es zahlten:

	Verbände 1904	1905	1906	1907
Reiseunterstützung	46	49	49	46
Arbeitslosenunterstützung	38	41	43	40
Krankenunterstützung	31	40	44	48
Invalidenunterstützung	5	6	7	6
Sterbeunterstützung	39	42	46	48

Der Mitgliederbestand der Lokalorganisationen wurde von deren Vorständen mit 20 461 angegeben. Die Metallarbeiter stehen mit 6800 verzeichnet. Dagegen gab der Vorstand der „Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften" in ihrem Geschäftsbericht zu dem im vorigen Jahre abgehaltenen achten Kongreß nur eine Gesamtzahl von 17 633 an (Metallarbeiter 2010). Infolge den vom Parteivorstand angebahnten Einigungsverhandlungen ist natürlich inzwischen auch diese Zahl bedeutend zurückgegangen.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine haben im Jahre 1907 einen erheblichen Rückgang erlitten, der um so schwerer wiegt, als er gerade ihre festgefügtesten Gewerkvereine am schlimmsten betraf. Diese Gruppe zählte an Mitgliedern

1886	52162	1894	67059	1902	101329
1887	53691	1895	67236	1903	110025
1888	56655	1896	71767	1904	111889
1889	62686	1897	79553	1905	117097
1890	62643	1898	82905	1906	118508
1891	65588	1899	86777	1907	106889
1892	57797	1900	91661		
1893	61153	1901	95077		

Der Rückgang beträgt also 9619; er trifft in erster Linie den Gewerkverein der Maschinenbauer, dessen Mitgliederzahl sich um 7499 verminderte; ferner nahmen ab die Fabrik- und Handarbeiter um 1287, die Holzarbeiter um 1189, die Lederarbeiter um 46, Textilarbeiter um 192, die Bauhandwerker um 206, Graphische Berufe und Maler um 313, Tabakarbeiter um 320, Töpfer um 102, Bergarbeiter um 396, Bildhauer um 77, Konditoren um 163, Kellner um 36 und die Frauen um 94. Eine Zunahme von Mitgliedern verzeichnen nur 4 Gewerkvereine, nämlich die Kaufleute um 1310, die Schneider um 484, die Brauer um 192 und die Schiffzimmerer um 63. Der Rückgang war also ein fast allgemeiner und von solcher Stärke, daß er eine erhebliche Erschütterung des Vertrauens der Mitglieder beweist. Weder die vielgerühmte Selbsthilfe noch die soziale Programmrevision haben den Mitgliederverlust aufhalten können, der wohl in erster Linie auf das Verhalten der Gewerkvereine in Lohnkämpfen und sodann auf die gelben Werkvereine zurückzuführen ist. Aber nicht nur in Mitgliederkreisen macht sich diese Demode bemerkbar, — auch die Verwaltung der Gewerkvereine scheint davon ergriffen zu sein. Wie anders wäre es sonst zu erklären, daß der Verband der Gewerkvereine, nachdem er die Veröffentlichung der Statistik schon um drei Monate verzögerte, auch jetzt noch nicht einmal imstande ist, die Ausgaben nach einzelnen Posten spezialisiert wiederzugeben, wie dies in früheren Jahren geschah.

Die christlichen Gewerkschaften haben ihre Mitgliederzahl von 247 116 (1906) auf 274 323 erhöht. Neu hinzugekommen ist ein Verband der Telegraphenarbeiter mit 1861 Mitgliedern; im übrigen zählten die Gewerkschaften der Bergleute 74 700 (+ 1158), Textilarbeiter 40 764 (+ 5815), Bauhandwerker 40 135 (+ 2059), Metallarbeiter 28 090 (+ 3346), Eisenbahner 24 112 (+ 1957), Transportarbeiter 14 636 (+ 1613), Holzarbeiter 11 239 (+ 1017), Lederarbeiter 8352 (+ 1321), Tabakarbeiter 6549 (+ 112), Heimarbeiterinnen 4966 (+ 1366), Lederarbeiter 4203 (+ 953), Schneider 3758 (+ 634), Maler 3352 (+ 775), Buchdrucker 2812 (+ 98), Graphische Gewerbe 1409 (+ 359), Krankenpfleger 1114 (+ 472), Salinenarbeiter 893 (+ 70) und Gärtner 728 (+ 58). Die Zahl der weiblichen Mitglieder in den christlichen Gewerkschaften ist 24 122; davon entfallen 12 628 auf die Textilarbeiter, 4966 auf Heimarbeiterinnen und 2422 auf die Tabakarbeiter. Am Jahresschluß betrug die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften 281 649. An Jahreseinnahmen verzeichnet die christliche Statistik 4 311 495 M., an Jahresausgaben 3 193 978 M. und an Vermögensbeständen 3 487 735 M. Von den Jahresausgaben entfallen auf die Verbandsorgane 361 711 M., auf Agitation 355 115 M., auf Streik- und Gemaßregeltenunterstützung 743 270 M., auf Krankenunterstützung 443 035 M., auf Reise- und Arbeitslosenunterstützung 51 743 M., auf Sterbegeld 99 284 M., auf Rechtschutz 81 442 M., auf sonstige Unterstützungen 32 974 M., auf Bildungszwecke 25 618 Mark, auf Gehälter 96 545 M. und auf andere Verwaltungsausgaben 143 591 M. Charakteristisch ist die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften zu Kampforganisationen. 1900 gaben sie für Streikende und Gemaßregelte 49 820 M. aus, 1907 dagegen 743 270 M.; 1905 waren die Ausgaben dafür sogar schon auf 1 000 320 M. gestiegen.

Von allen Mitgliedern entfielen 76,9 Prozent (1906: 76,8 Prozent) auf die Zentralverbände, 11,2 Prozent (11,2 Prozent) auf die christlichen Gewerkschaften, 4,5 Prozent (5,3 Prozent) auf die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und 6 Prozent (7,2 Prozent) auf die übrigen Gruppen. Von den Einnahmen kommen 89,5 Prozent, von den Ausgaben 90 Prozent und von den Vermögensbeständen 81,1 Prozent auf die Zentralverbände. Ein eingehender Vergleich der Leistungen ist diesmal zwar nur möglich zwischen den Zentralverbänden und den christlichen Gewerkschaften, da die Gewerkvereine ihre Ausgaben für Kampfes- und Unterstützungszwecke nicht nachweisen. Aber auch dieser bestätigt die wachsende Ueberlegenheit unserer Gewerkschaften. Es zahlten im Jahre 1907

	Mitgliederzahl	für Rechtschutz und Unterstützungen insgesamt M	pro Kopf d. Mitgl. M	für Aussperrungen, Streiks und Gemaßregelte insgesamt M	pro Kopf d. Mitgl. M
Zentralverbände	1865500	12996690	6,97	14206408	7,62
Christl. Gewerkschaften	274323	696178	2,55	743270	2,71

Ein Vergleich der Kampferfolge der beiden Gewerkschaftsgruppen ist nicht möglich, nicht nur wegen der Mangelhaftigkeit der christlichen Streikstatistik, sondern auch deshalb, weil die christlichen Gewerkschaften an vielen Orten stille Teilnehmer an den Erfolgen unserer Gewerkschaften waren. Indes ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die Zentralverbände die unbestrittene Führung sowohl in den Lohnkämpfen als auch in der tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen haben, daß alles, was an gewerkschaftlichen Erfolgen dem Unternehmertum abgerungen wird, im wesentlichen der Initiative, dem entschiedenen Vorgehen und der Energie unserer Gewerkschaften zu danken ist. Die christlichen Gewerkschaften haben aus dem Beispiel der Zentralverbände manches gelernt, sie sind unseren Kampfesbahnen, wenn auch mit innerem Widerstreben, gefolgt. Aber sie werden das Vorbild niemals erreichen, weil sie an inneren Widersprüchen kranken, die ihre Entwicklung hemmen. Sie verwerfen prinzipiell den Klassenkampf und müssen doch notgedrungen Klassenkämpfe führen; sie wollen das Interesse des Arbeiters vertreten, ohne dem Unternehmer wehe zu tun, sie wollen den Arbeitern zu Einfluß und Macht verhelfen und schwächen sie durch ihre Organisationszersplitterung. In dieser Zwitterstellung schwanken sie ständig zwischen Streiklust und Streikverrat hin und her und nehmen mit dem fürlieb, was bald bei den Erfolgen der Unternehmer für sie abfällt. Das bleibt selbst den rückständigsten Arbeitern nicht verborgen, weshalb auch drei Viertel aller für die Gewerkschaftsbewegung Neugewonnenen den freien Gewerkschaften zuströmen und nur ein Neuntel den christlichen Gewerkschaften. Mögen unsere Mitglieder auch künftig in der geeigneten Aufklärung der Außenstehenden nicht erlahmen, mögen sie die Arbeiterschaft darauf hinweisen, daß jede Unterstützung der christlichen oder sonstigen Sonderorganisationen eine Verminderung der Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse gegen soziales Elend, gegen Ausbeutung und Unterdrückung nach sich zieht, daß es den jahrzehntelangen Kampf für die Stärkung und Festigung der Arbeiterorganisation und für die materielle und rechtliche Sicherung der Lage der Arbeiter endlos wiederholen heißt, wenn schlechtgerüstete Sondergruppen die Bewegungen der geschulten Arbeiterheere ständig stören. Dann wird allmählich das Bewußtsein Allgemeingut der Arbeiterklasse werden, daß eine einzige Gewerkschaftsbewegung der Unternehmerklasse gegenüber nottut und diese einheitliche Gewerkschaftsbewegung allein die Arbeiter zum Siege führen kann.

Die Berliner Rohrleger-Bewegung.

Gegenwärtig befinden sich die Berliner Rohrleger und Helfer im Streik. Wie schon in Nr. 31 der Metallarbeiter-Zeitung berichtet wurde, haben die Unternehmer den im Jahre 1905 vereinbarten Tarif, der in diesem Jahre mit dem 1. September abgelaufen ist, gekündigt. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern unseres Verbandes und den Unternehmern, die nach großen Schwierigkeiten zustande kamen, haben zu keiner Verständigung geführt. Die Unternehmer haben mit allen Mitteln versucht, ihre Tarifvorlage, die eine ganz bedeutende Verschlechterung gegenüber den bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen bedeutet, den Kollegen so schmackhaft wie möglich zu machen. Jedoch wurde von uns eine Annahme mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Es wurde den Unternehmern vorgeschlagen, daß sie die Tarifkündigung zurückziehen sollen, aber auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt, und so waren die Kollegen gezwungen, in den Streik zu treten. Was sich aber bei dieser Gelegenheit abspielte, das steht wohl einzig in der Geschichte der Arbeiterbewegung da. Der „Allgemeine Metallarbeiter-Verband", der nicht radikal genug sein konnte, hat es fertig gebracht, die streikenden Rohrleger und Helfer zu verraten. Denn erstens haben die Mitglieder vom Allgemeinen Metallarbeiter-Verband den Tarif der Unternehmer auf Vorschlag von Wiesenthal angenommen, zweitens arbeiten diese Leute auf Veranlassung von Wiesenthal und seinem Vorstand ruhig weiter, wo unsere Kollegen streiken, und drittens werden von der Leitung des Allgemeinen Metallarbeiter-Verbandes Arbeitswillige zu den Firmen gesandt, wo unsere Kollegen die Arbeit niedergelegt haben.

Um die Haltung des Wiesenthalverbandes richtig würdigen zu können, ist folgendes hervorzuheben. Dieser Verband hatte Ende Juni mehrere Versammlungen von Rohrlegern und Helfern abgehalten, in denen eine sogenannte neue Tarifvorlage aufgestellt wurde. Danach wurden ganz gewaltige Forderungen gestellt, unter anderem folgende: Der Mindestlohn für Rohrleger beträgt 75 ₰ pro Stunde, bisher 65 ₰. Am 1. September 1908 erhält jeder Rohrleger 7½ ₰ Zulage pro Stunde. Der Mindestlohn für Helfer beträgt 60 ₰ pro Stunde, bisher 47½ ₰. Am 1. September 1908 erhalten alle Helfer 5 ₰ Zulage pro Stunde. Jedoch schon nach einiger Zeit erklärte Wiesenthal, daß es ihm und einer Kommission von seinem Verband nur möglich gewesen wäre, eine Lohnerhöhung von 2½ ₰ pro Stunde zu erreichen, und zwar erst vom 1. April 1909 an. Demnach konnte man annehmen, daß die Unternehmer einer Lohnerhöhung zustimmen würden. Jedoch es sollte anders kommen. Die Schlichtungskommission vom Deutschen Metallarbeiter-Verband hatte mit den Vertretern der Unternehmer auch Verhandlungen gepflogen und ihnen einen Tarif, der eine ganze Reihe von Verbesserungen enthielt, zur Annahme vorgelegt. Bei einer dieser Verhandlungen stellte es sich heraus, daß die von Wiesenthal verbreitete Behauptung, die Unternehmer hätten in eine Lohnerhöhung von 2½ ₰ pro Stunde eingewilligt, nicht den Tatsachen entsprach. Die Vertreter der Unternehmer hatten sich nur bereit erklärt, für die Erhöhung des bestehenden Minimallohnes um 2½ ₰ pro Stunde in der Versammlung der Unternehmer einzutreten, weiter nichts. Von einer Zustimmung war keine Rede, denn die Unternehmerversammlung hatte diese Erhöhung abgelehnt. Also dadurch ist der Beweis erbracht, daß die von Wiesenthal behauptete Lohnerhöhung niemals von den Unternehmern bewilligt war. Im übrigen lehnte der Unternehmerverband jede Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ganz entschieden ab. Nun machten die Vertreter vom Deutschen Metallarbeiter-Verband den letzten Versuch, um den Frieden im Rohrlegergewerbe aufrecht zu erhalten. Es wurde von ihnen der Vorschlag gemacht, die Unternehmer sollten die Kündigung des Tarifs zurückziehen, so daß derselbe auf ein Jahr weiter bestehe. Die Vertreter der Unternehmer versprachen, sich diesen Vorschlag zu überlegen und in ihrer Versammlung darüber zu beraten. Dieses war am 21. August. Eine Versammlung der Rohrleger und Helfer, die vom Kupferschmiede-, Schmiede- und Deutschen Metallarbeiter-Verband zum 23. August einberufen war, erklärte sich damit einverstanden, daß der gegenwärtige Tarif bis zum 1. September 1909 weiter bestehen soll. So hatten die Ver-

treter dieser drei Organisationen und die Arbeiter selbst alles getan, um den Frieden möglich zu machen.

Am Freitag den 20. August war wiederum eine Sitzung zwischen Unternehmervertretern und Vertretern vom Deutschen Metallarbeiter-Verband. Vordem hatten die Unternehmer eine Sitzung mit Wiesenthal und einer Kommission vom Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verband gehabt. Es wurde nun den Vertretern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von den Unternehmern erklärt, daß die Unternehmerversammlung den Vorschlag, die Tarifkündigung zurückzuziehen, abgelehnt habe, dagegen einen neuen, von ihnen ausgearbeiteten Tarif zur Annahme empfehle. In diesem „Tarif" waren eine ganze Reihe Verschlechterungen enthalten. Keinen Pfennig Zulage. Zum besseren Verständnis sei mitgeteilt, daß der bisherige Stundenlohn für Rohrleger 65 ₰, für Helfer 47½ ₰, wenn auf Bauten gearbeitet wurde, 2½ ₰ Zulage pro Stunde beträgt. Nun heißt es in § 6 des von den Unternehmern vorgelegten Tarifs allerdings: Der Stundenlohn beträgt auf Bauten, wenn der Arbeiter zu Beginn der Arbeitszeit auf dem Bau antritt, für selbständig arbeitende Rohrleger 67½ ₰, für Helfer nicht unter 50 ₰.

Aber in § 9 der Tarifvorlage der Unternehmer heißt es: Der Stundenlohn ist um 2½ ₰ niedriger, wenn die Arbeitszeit in der Werkstatt angetreten wird und (zum Beispiel bei Reparaturen) der Gang oder die Fahrt nach der Arbeitsstelle in der bezahlten Arbeitszeit zurückgelegt wird.

Also hierdurch ist doch bewiesen, daß eine Verbesserung des Stundenlohnes gar nicht gegeben ist, sondern der Stundenlohn derselbe wie bisher ist.

Dagegen soll die Gültigkeit des Lohntarifs beschränkt werden, es sollen Hilfsmonteure, außer den Junggesellen, geschaffen werden, die 10 ₰ beziehungsweise 5 ₰ pro Stunde weniger erhalten, als der Rohrleger und Monteur. Diese sollen also als Konkurrenten gegen ihre Arbeitsgenossen gebraucht werden. Ferner soll nach § 55 der Tarifvorlage der Unternehmer der Stundenlohn für auswärtige Arbeiten der „freien Vereinbarung" unterliegen. Das heißt: Bei auswärtigen Arbeiten ist der bisherige Stundenlohn für die Monteure nicht mehr garantiert. Die Tarifdauer ist bis zum 1. April 1910 festgesetzt. Zu letzterem sei noch bemerkt, daß alle Tarifverträge im Baugewerbe auf Beschluß der Unternehmerorganisationen von den Unternehmern nur bis 1. April 1910 abgeschlossen werden. Also auch in der Feststellung der Tarifdauer sollten sich die Rohrleger und Helfer dem willkürlichen Machtspruch der Unternehmer fügen. Die Vertreter vom Deutschen Metallarbeiter-Verband erklärten, daß sie einen solchen Tarif niemals empfehlen können. Da wurde von den Unternehmern erklärt, daß Wiesenthal und die übrigen Kommissionsmitglieder vom Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verband diesen neuen Tarif zur Annahme empfehlen werden. Dies erschien unglaublich. Doch es sollte bittere Wahrheit werden.

Am 30. August fanden zwei Versammlungen der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend statt. Die eine war im Lokal Friedrichshain von dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, dem Verband der Kupferschmiede und dem Verband der Schmiede einberufen, die andere, welche der Allgemeine Deutsche Metallarbeiter-Verband einberufen hatte, war bei Keller in der Koppenstraße. Da den drei Verbänden mitgeteilt wurde, daß Wiesenthal und sein Anhang in ihrer Versammlung den Tarif zur Annahme empfehlen werden, so hatten die Vorstände der genannten drei Verbände in dieser Versammlung, die von 600 bis 700 Personen besucht war, ein Flugblatt verbreitet, das auf die Verschlechterungen des neuen Tarifs hinwies und unter anderem folgende Aufforderung an die Kollegen richtete:

„Kollegen! Ob eure Vertreter den Mut haben und euch dieses Ansinnen der Arbeitgeber zur Annahme empfehlen, wissen wir nicht. Aber nach dem, was bisher vorgekommen ist, kann man auch erwarten, daß man euch vorreden wird, daß diese Vorlage eine „Verbesserung" bedeutet. Dann aber ist es eure Pflicht, von den leitenden Personen Auskunft zu verlangen über die allgemeine Lohnerhöhung von 2½ ₰ pro Stunde vom 1. April 1909 an. Es ist doch immer gesagt worden, daß dieses die Arbeitgeber schon zugestanden haben.

Verlangt aber auch, daß man euch den Tarif, den ihr anerkennen sollt, vom Anfang bis Ende bekannt gibt, und laßt euch durch keine Redensarten täuschen.

Kollegen! Wenn ihr heute entscheiden sollt, ob dieser Tarif angenommen oder abgelehnt werden soll, dann bedenkt, daß die Interessen eurer gesamten Berufsgenossen auf dem Spiele stehen.

Und wenn ihr dann erfahren solltet, daß die Kollegen, welche eurem Verband nicht angehören, wegen der Abwehr dieser Verschlechterung, gezwungen durch die Haltung der Arbeitgeber, die Arbeit niederlegen, dann erwarten wir von euch, daß ihr euch Mann für Mann den streikenden Kollegen anschließt, und die Solidarität in jeder Weise und zu jeder Zeit betätigen werdet."

Während nun aber in der Versammlung am Friedrichshain mit 701 gegen 108 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen beschlossen wurde, als Antwort auf die rücksichtslose Haltung der Unternehmer am 1. September die Arbeit nicht mehr aufzunehmen, hatte die Versammlung bei Keller vom Allgemeinen Metallarbeiter-Verband auf Vorschlag Wiesenthals beschlossen, den neuen Tarif der Unternehmer anzunehmen, ganz gleich, ob die anderen Kollegen streiken oder nicht. Also hatte es hier in diesem Fall die Leitung einer Arbeiterorganisation, die stets behauptet hat, sie wäre radikaler, kampfesmutiger, wie die Mitglieder von den Zentralverbänden, fertig gebracht, eine Anzahl Arbeiter, die auch Parteigenossen sein wollen, zum Verrat an ihren eigenen Arbeitsgenossen zu veranlassen. Wohl haben verschiedene Mitglieder vom Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verband diesen Verrat nicht mitgemacht, sondern sind mit den anderen Kollegen in die Streikversammlung am 1. September gekommen. In dieser Versammlung waren 1300 Rohrleger und Helfer versammelt, die sich gelobten, in diesem Kampf auszuhalten, trotz Verrat und trotz dem Übermut der Unternehmer. So ist auch die Situation für die Streikenden günstig, die von dem besten Mute beseelt sind.

* * *

Der Verrat der Wiesenthaler, die sich der eifrigen Fürsprache und Unterstützung der Hirsch-Dunckerschen, „Christlichen" und Gelben erfreuen, veranlaßte die Berliner Gewerkschaftskommission zur Einberufung von zehn Versammlungen am Montag den 7. September. In diesen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 7. September 1908 stattfindende öffentliche Gewerkschaftsversammlung spricht ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß es dem schändlichen Treiben einiger gewissenloser Demagogen gelungen ist, einen Teil der Berliner Rohrleger und Helfer vom geraden Wege abzubringen und sie zum Verrat an ihren Berufsgenossen zu verleiten.

Die Versammlung erblickt in dem Verhalten der Wiesenthaler, der Hirsch-Dunckerschen, der Christlichen und der Gelben eine schwere Schädigung der allgemeinen Arbeiterinteressen, wie es schlimmer bisher in der Arbeiterbewegung noch nicht zu verzeichnen war. Die Versammelten verpflichten sich, jeden Rohrleger und Helfer, der zurzeit ohne die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, dem Verband der Schmiede und dem Kupferschmiede-Verband ausgegebenen Berechtigungskarten arbeitet, an seine Pflicht zu mahnen, die darin besteht, sich den zurzeit streikenden Rohrlegern und Helfern anzuschließen, und damit den gemachten Fehler wieder gut zu machen.

Diejenigen Rohrleger und Helfer, welche dieser Aufforderung nicht folgen, laden mit Recht den Vorwurf des Streikbruchs auf sich und müssen sich gefallen lassen, daß sie dementsprechend von jedem ehrlichen Arbeiter behandelt werden.

Die Versammlung spricht auch ihr Bedauern darüber aus, daß der Vorsitzende des Berliner Gewerbegerichts bei dem schädlichen Treiben der oben bezeichneten Vereinigungen mitgewirkt hat."

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 20. September der 39. Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. bis 26. September 1908 fällig ist.

* * *

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Augsburg:**

Der Former Louis Geist, geb. am 24. Mai 1878 zu Lindau, Lit. A. Buch-Nr. 327075, wegen Sperrebruch.

* * *

Wieder aufgenommen wird:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Penig:**

Der Former Paul Volke, geb. am 6. Juni 1882 zu Penig.

* * *

Gewarnt wird:

Auf Antrag des Schweiz. Metallarb.-Verband., Sekt. **Schaffhausen:**

Vor dem Hilfsarbeiter Gottl. Ott, geb. am 1. Oktober 1882 zu Zell, Kanton Zürich, wegen Unterschlagungen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Biberach:**

Vor dem Schlosser Hans Auer, geb. am 11. September 1876 zu Unter-Hallau, Schweiz; Buch-Nr. 913271.

* * *

Anzuhalten und an den Vorstand einzusenden sind folgende Mitgliedsbücher:

Buch-Nr. 422144, lautend auf den Former Heinr. Albers (Barmen).
Buch-Nr. 801459, „ „ „ „ W. Beckmann „
Buch-Nr. 866166, „ „ „ Heizer J. Magas (Bremerhaven).
Buch-Nr. 902710, „ „ „ Schlosser F. Ramisch (Götzdorf) N.
Buch-Nr. 975487, „ „ „ „ Wilh. Wolfmaier. (E. M.)
Lit. A. „ 258036, „ „ „ Fräser Friedr. Kuhnle. (E. M.)

* * *

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Hagen:**

Der Metallarbeiter Albin Fischer, geb. am 26. November 1881 zu Kleinreinsdorf, Lit. A. Buch-Nr. 248504, wegen Betrügereien.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Merseburg:**

Der Schlosser Frz. Ronz, geb. am 24. Juni 1875 zu Bern, Lit. A. Buch-Nr. 318521, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **München:**

Der Schlosser Adolf Mayer, geb. am 26. Mai 1889 zu Memmingen, Lit. A. Buch-Nr. 307165, wegen Schädigung des Verbandes.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Sangerhausen:**

Der Former Herm. Körnig, geb. am 8. Juli 1875 zu Primbenau, Buch-Nr. 720826, wegen Betrügereien.

* * *

Alle für den Verband bestimmten **Geldsendungen** sind nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Röte-Straße 16b** zu richten; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

Druckfehler-Berichtigung.

Öffentlich gerügt werden soll Bernh. Laumann und nicht, wie in Nr. 36 bekannt gegeben ist, Bernh. Baumann.

Zur Beachtung! ◆ Zuzug ist fernzuhalten:

von **Drahtziehern** nach Hohenrhein-Niederlahnstein (Drahtgewebe- und Geflechtwerk) R.;

von **Feilenhauern** nach Augsburg D.; nach Budapest, St.;

von **Formern, Eisengießereiarbeitern** und **Kernmachern** nach Augsburg, D.;

von **Gold- und Silberarbeitern** nach Upsala i. Schw. (Firma K. G. Markström) St.; nach Paris;

von **Goldschlägern** nach Großschönau; nach Nürnberg und Schwabach;

von **Instrumentenmachern (chir.)** nach Brüssel (A. Fischer) D.;

von **Klempnern, Flaschnern, Spenglern** und **Installateuren** nach Eisleben, L.; nach Ingolstadt, St.; nach Kassel; nach Naumburg (Firma Ritter) D.; nach St. Moritz u. Samaden (Schweiz);

von **Metallarbeitern** aller Branchen nach Dillingen a. S. (Firma Pierre Bodinet, Eisen- u. Metallg.) Mi.; nach Düren (Fa. Fischer) D.; nach Gießen (Karolinenhütte) M.; nach Güstrow (Stahlw.); nach Heinrichs (siehe Suhl); nach Lollar (Eisenwerk) R.; nach Paris; nach Pößneck (Berger & Weiser) M.; nach St. Johann (Armaturenfabrik Keuth & Zenner) M.; nach Suhl i. Thür. (Waffen-, Fahrrad- und Kriegsfahrzeugfabrik Simson & Co.); nach Tuttlingen (Aktiengesellschaft für Feinmechanik vormals Jetter & Scheerer) D.; nach Villingen (Richard Marx, Feinmechanische Werkstätte) Mi.;

von **Schlossern** nach Eisleben, L.; nach St. Moritz und Samaden (Schweiz);

von **Schmieden** (Huf- und Wagen-) nach Essen L.;

von **Walzwerkarbeitern** nach Haßlach i. Schwarzw. (Fr. Wilh. Haiß, Eisen- und Stahlwerk) M.;

von **Zinkschmelzern, Rosthüttenarbeitern** u. s. w. nach Dortmund, Aktiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation;

von **Ziseleuren** nach Hanau (Fa. Zimmermann).

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, **die überhaupt zu meiden sind**; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungstelle, der das Mitglied angehört, abstempeln zu lassen. Anfragen über Orte wo keine Verwaltungstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem seitherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Aus den Agitationsbezirken.

Siebter Bezirk.

Aus einer dunkeln Ecke. Ins Wespennest haben wir gegriffen, indem wir uns kürzlich einmal in einem Flugblatt an die Arbeiter des Siegerlandes wandten und die dortigen Verhältnisse besprachen. Dank der verschiedenen Organisationsrichtungen und der Verhetzung, die dort von den „Staatserhaltenden" betrieben wird, sind die Arbeiter dort machtlos. Selbst die „christlichen" Organisationen bekämpfen sich dort einander in einer Art und Weise, die nur an die niedrigsten Instinkte der Massen appelliert. Durch unser Flugblatt sind das Stöckersche Volk, die christlich-soziale Partei und auch der christliche Metallarbeiter-Verband rein aus dem Häuschen geraten. Aber gerade dadurch wird bewiesen, daß wir in unserem Flugblatt das Richtige getroffen haben. Man versucht nun alles abzustreiten. Der Herr Buchner, früher in Siegen, jetzt in Goslar „christlicher" Leiter, zeigt, daß er als Schüler auf der Galoppschule der „christlichen" Organisation im Verdrehen etwas gelernt hat. Alles mögliche und unmögliche Zeug stellt er im Volk (Organ der Stöckerschen Richtung) auf. Aber auch der Abgeordnete Behrens macht eine Tour durchs Siegerland, um sich zu verteidigen. Mit allen Mitteln wurde bis jetzt von „christlicher" Seite gegen unser Eindringen dort gearbeitet und die Behörde leistete unseren Gegnern auch alle Unterstützung. Und doch wäre eine stramme einheitliche Arbeiterorganisation gerade im Siegerland so notwendig. Vor einiger Zeit lobte man noch die dortigen Unternehmer, sie seien nicht so scharf und schlimm wie anderswo. Oft genug ist uns dies vorgehalten worden. Wir erinnern nur an die Ausführungen des Abgeordneten Stöcker bei der Hüttenarbeiterdebatte im Reichstag. Doch ist dem Manne in unserer Zeitung ja gedient worden.

Die Siegerländer Unternehmer sind bisher einig gewesen und sind es jetzt erst recht. Eine Anzahl Firmen haben sich nun auch geeinigt, daß sich die Arbeiter nicht so leicht eine andere Arbeitstelle suchen können, sie werden, wenn sie ein Werk verlassen, auf einem anderen des Bezirks nicht eingestellt, außer sie haben in der Zwischenzeit vier Monate außerhalb gearbeitet. Selbst die Eisenbahnwerke haben sich diesem Abkommen angeschlossen. Die Siegerländer Arbeiter dürfen dem Staate wohl Steuern zahlen, tun sie es jedoch nicht, kommt der Exekutor und treibt die Steuern ein. Aber wenn die Arbeiter auf staatlichen Werken arbeiten wollen, so erleben sie, daß diese Werke mit den Privatunternehmern im Bunde sind und auch die Freizügigkeit aufheben helfen. Die Behörde hilft den Unternehmern noch dadurch, daß sie mit allen Mitteln gegen die freien Gewerkschaften mit ankämpft. Wir erinnern nur daran, wie die Behörde eine Werksversammlung der Geisweider Eisenwerke auflöste und dafür sich am Gericht eine Blamage holte, als man die Übeltäter angezeigt hatte. Ferner ist am 21. Dezember 1907 in Hagen vor der Strafkammer bewiesen worden, daß die Polizei sogar alles versucht hat, um den Arbeitersekretär Gogowski aus der Wohnung zu vertreiben, trotzdem man ihm nicht nachweisen konnte, daß er ungesetzliche Handlungen vorgenommen oder begangen habe. Am 11. April 1908 wurde auch in einer Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer in Arnsberg in einem Termin, in dem die wundervolle Praxis der Siegener Polizei im Kampfe gegen die freien Gewerkschaften beleuchtet wurde, von dem Zeugen Wachtmeister Müller gesagt:

„Von seiten der Führer der christlichen Gewerkschaften sei mitgeteilt worden, daß in mehreren Wirtschaften sozialdemokratische Versammlungen stattfinden; darauf habe ich die Beamten angewiesen, solche Versammlungen zur Anzeige zu bringen u. s. w."

Alle diese Tatsachen möchte man gern ableugnen, aber es läßt sich nicht daran rütteln. Aber am ärgsten regen sich die „Christlichen" und die Stöckerpartei darüber auf, weil wir die Haltung des Abgeordneten Behrens beim Sprachenparagraphen mit erwähnt hatten. Die Haltung des Behrens versucht man zu verteidigen, trotzdem der Ausschuß des Gesamtverbandes der „christlichen" Gewerkschaften erklärte: „Daß er die taktische Haltung des Herrn Behrens aufs entschiedenste mißbilligt." Herr Behrens würde klug handeln, wenn er seine Rechtfertigungsversuche einstellte, dann blamierte er sich wenigstens nicht weiter, denn seine eigenen Freunde haben ausgesprochen: „Daß im Vereinsgesetz Ausnahmebestimmungen gegen Volksminderheiten enthalten seien, die auf keinen Fall die Zustimmung eines christlichen Gewerkschaftsführers finden durften."

Nicht nur Behrens, sondern auch sein Freund Dr. Burckhardt suchte alles Unangenehme hinwegzureden. Dr. Burckhardt sagte nach dem Stöckerschen Volk in Geisweid:

„Es sei unwahr, wie im Flugblatt behauptet werde, daß nach dem Auftreten des Abgeordneten Behrens ‚es den fremdsprachigen Arbeitern unmöglich gemacht sei, in ihrer Muttersprache im freien Deutschland sich über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszusprechen'. Das Gegenteil sei die Wahrheit. Gerade den Bemühungen des Abgeordneten Behrens und seiner Fraktion, der Wirtschaftlichen Vereinigung, die in Arbeiterfragen geschlossen hinter ihm stände, sei es zu verdanken, daß in gewerkschaftlichen und Berufsfragen über Lohn und Arbeitszeit u. s. w. das Vereinsgesetz in Preußen keine Anwendung finde, sondern der Sprachenparagraph gelte nur für politische Versammlungen und an solchen haben die Italiener, Polen u. s. w. im Siegerland gar kein Interesse, und sei es deshalb eine Irreführung der öffentlichen Meinung, solches den Arbeitern vorzureden. Hätte die Wirtschaftliche Vereinigung und Behrens nicht durch ihre 19 Abgeordneten bei allen Blockgesetzen die Entscheidung, so wäre es nicht gelungen, so aber habe Behrens und seine Fraktion das große Verdienst, die Arbeiterinteressen besser vertreten zu haben als die Sozialdemokratie. Wäre es nach der Opposition gegangen, hätte sich die Wirtschaftliche Vereinigung ihr angeschlossen, so wäre wohl der Block in die Brüche gegangen, der Reichskanzler gestürzt — aber auch kein freiheitlicheres Vereinsgesetz gekommen."

Wie schlau doch die Herren sind. Es ist aber ein starkes Stück von Dr. Burckhardt, uns der Unwahrheit zu zeihen, wo wir so leicht in der Lage sind, ihm die Unwahrheit seiner Ausführungen nachzuweisen. Verfolgt Dr. Burckhardt als Politiker nicht, was in der Öffentlichkeit vorgeht, dann allerdings kondolieren wir ihm, dann kann er noch oft zurechtgewiesen werden. Die polnischen Berufsorganisationen in Westfalen und Rheinland hatten sich doch an die Regierungen in Düsseldorf, Arnsberg und Münster gewandt mit der Bitte, in den gewerkschaftlichen Versammlungen sich der polnischen Sprache bedienen zu dürfen. Welche Antworten erhielten die Vorstände? Von Münster war die Antwort: „Ihrem Antrag, in öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen die polnische Sprache neben der deutschen zuzulassen, vermag ich nicht zu entsprechen. Der Regierungspräsident (Name unleserlich)." Von Arnsberg (dazu gehört auch Siegen) lautete die Antwort: „Dem Antrag vom 20. Mai auf Zulassung der polnischen Sprache in öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen kann nicht entsprochen werden. Der Regierungspräsident (Name unleserlich)." Von Düsseldorf kam auch die Ablehnung. Nun, Herr Dr. Burckhardt, wer hat die Unwahrheit gesagt? Wir im Flugblatt oder Sie in der Versammlung in Geisweid? Also so sieht das große Verdienst des Herrn Behrens und seiner Fraktion bei Licht besehen aus.

Doch weiter; der Herr Abgeordnete Mumm, auch ein Freund von Behrens, hat auch in einer Versammlung im Siegerland mitgeteilt, daß Herr Behrens vor der Abstimmung über den Sprachenparagraphen zu ihm (Mumm) gekommen sei, um sich bei ihm Rat zu holen, wie er stimmen solle. Mumm hatte ihm gesagt, er solle nach seiner Überzeugung und nach bestem Gewissen stimmen. Also ein Gewerkschaftsführer weiß nicht einmal, wie er bei einem solchen Strangulierungsparagraphen stimmen sollte. Da können die christlichen Organisationen ausrufen: Um stilles Beileid wird gebeten. Aber wir wundern uns nicht, daß man es immer noch versucht, unter allerhand Redewendungen Tatsachen abzuleugnen.

Mögen die Siegerländer Arbeiter aus dem Vorstehenden lernen und auch ersehen, auf welcher Seite Wahrheit oder Unwahrheit zu finden ist. Wir wissen allerdings, daß die freien Gewerkschaften am meisten bekämpft werden, wir stehen auch nicht mit den Unternehmern in so innigem Verhältnis wie Herr Behrens, aber wir sind davon überzeugt, daß wir auch im Siegerland Fortschritte machen werden, wenn unsere Kollegen uns in der Agitation unterstützen. Wie von den Unternehmern die augenblickliche Situation eingeschätzt wird, zeigt aus Anlaß der Abzüge auf dem Geisweider Eisenwerke und den danach abgehaltenen Versammlungen der Ausspruch eines Betriebsführers von dem Werk, er sagte nämlich: „Er verurteile keine Organisation, vor allen Dingen die Freien nicht, die freien Gewerkschaften sind aber im Siegerland um 100 Jahre zu früh. die

Arbeiter der hiesigen Gegend begreifen ihre eigenen Aufgaben in der jetzigen Zeit noch nicht. Wenn wir hundert Jahre weiter sind, dann verhandeln wir auch mit diesen Organisationen, heute haben wir es noch nicht nötig."

Metallarbeiter des Siegerlandes! Zeigt selbst, daß es keine 100 Jahre mehr dauert, bis daß ihr eure Rechte wahren könnt. Wenn man auch alle Minen springen läßt, um uns in der Entwicklung zu hemmen, wenn man auch so und so viel mal versucht, uns zu verdächtigen, unablässig werden wir die Aufklärung in die Reihen der Arbeiter tragen, dann triumphiert schließlich doch die gute Sache. -n.

Korrespondenzen.

Drahtarbeiter.

Braunschweig. Bei der Firma L. W. Grimm (Drahtwarenfabrik), bekannt durch ihre zeitweiligen Arbeitergesuche in der Metallarbeiter-Zeitung, sind in vergangener Woche Differenzen ausgebrochen. Den Kollegen in der Verzinnerei wurde ein Nadler namens Ernst Rudolf Hergt aus Ondschütz zugesellt. Dieser Hergt legte jedoch sofort das Bestreben an den Tag, an dieser Arbeit möglichst allein beschäftigt zu werden. Zu diesem Zweck begab er sich eines Tags einmal mit der Arbeit eines Mitarbeiters und der seinen ins Kontor, um sich da in empfehlende Erinnerung zu bringen und zu zeigen, was er für ein Künstler sei. Darüber wurden ihm nach seiner Rückkehr von seinen Mitarbeitern Vorhaltungen gemacht, ein Wort gab das andere, wodurch auch der Buchhalter Klages herbeigelockt wurde. Kurze Zeit nach diesem Vorfall wurde dem Kollegen M. vom Chef gekündigt. Grund: er hätte den Hergt terrorisiert, in den Verband einzutreten. Nun war aber H. zur fraglichen Zeit bereits vier Wochen organisiert. Daraufhin hielten die Kollegen eine Werkstattversammlung ab, in der gegen die Kündigung des Kollegen M. protestiert wurde, die man auf Hergt zurückgeführe. Hierauf kam Hergt zum Bureau, um sich abzumelden, er wolle ins Ausland. Als Hergt aufgehört hatte, wurde der Kollege E. plötzlich entlassen mit der Bemerkung, auch er habe den H. terrorisiert. Bei dieser Gelegenheit redete dann Herr L. W. Grimm noch so verschiedenes von wegen „Säuberung seines Betriebes von Verbandsbrüdern" und Nichteinstellung von solchen u. s. w. Dies ging den Kollegen denn doch zu weit, und sie wählten eine Kommission, die vorstellig wurde. Dieser Kommission gegenüber kehrte Herr Grimm den „Herrn im Hause" heraus, er sagte dem Verband offen die Fehde an. Aus diesem Grunde haben die Kollegen beschlossen, die Anerkennung der Organisation und die Abstellung dieser unwürdigen Zustände durch einen Streik zu erzwingen. In Frage kommen 20 Mann, die sämtlich organisiert sind. Die auswärtigen Kollegen werden gebeten, in diesem Betrieb vorläufig keine Arbeit anzunehmen. Zuzug ist fernzuhalten

Former.

Essen a. Ruhr. Die Maschinenfabrik von Emil Wolf ist ständige Inseratenkundin des deutschen „Arbeitsmarktes". Auf diese Inserate fallen leider noch so viele Kollegen herein. Der Firma Wolf ist es doch nur darum zu tun, recht viele Former vor dem Fabriktor zu sehen, damit der nötige Druck auf die noch arbeitenden Kollegen ausgeübt werden kann. An arbeitslosen Formern mangelt es in Essen nicht, deshalb geben wir den auswärtigen Kollegen den gutgemeinten Rat, nicht auf den Wolfschen Zauber hereinzufallen, denn dadurch verschlechtern sie nur die Position der hiesigen Former.

Magdeburg. Als im Juni die neue Gießerei der Firma R. Wolf eröffnet wurde, begrüßten auch wir das. Eine neuerbaute Gießerei von solcher Größe bietet nicht nur für Hunderte Arbeitsgelegenheit, sie muß auch in hygienischer Beziehung einwandfreier sein als die Gießereien, die vor 20, 30 und mehr Jahren in Betrieb gesetzt wurden. Auch die technischen Hilfsmittel, Kräne ꝛc., sind natürlich in solchem Betrieb besser und geeigneter. Das sind auch vom Standpunkt des Formers und Gießereiarbeiters recht erfreuliche Dinge. Was aber sonst von dieser Gießerei mitgeteilt werden muß, ist wohl so ziemlich das Schlimmste, was in bezug auf die Behandlung von Arbeitern in den letzten Jahren mitgeteilt werden konnte. Der Gießereiarbeiterberuf ist schwer und gefahrvoll; er verlangt einen hohen Grad von Verantwortung und bürdet den Formern auch noch ein bedeutendes Risiko auf. Diese Eigenschaften haben die Leute selbständiger gemacht, und den Zusammenschluß schneller herbeigeführt als bei den übrigen Gruppen, so daß sie eine bessere Behandlung schon weit früher als diese erfuhren. Eine Ausnahme machte in dieser Beziehung von den hiesigen Gießereien die Kruppsche Eisengießerei, und lange hat es gedauert — wiederholt war es so weit, daß die Arbeitsniederlegung großer Teile der Arbeiter dieses Betriebs bevorstand —, ehe die Denecke, Fahn und andere dort beschäftigte Beamte so weit „erzogen" waren, in den Formern, Kernmachern, Putzern und sonstigen Gießereiarbeitern auch sozusagen Menschen zu sehen, die menschliche Behandlung mit Recht verlangten. Zu der Mißhandlung der Arbeiter sind sie aber kaum so weit gegangen, als daß jetzt von den frischgebackenen Leitern der Wolfschen Gießerei, Betriebsleiter Denecke und Formermeister F. Schumm geschieht. Beide sind Zöglinge des vorgenannten Formermeisters Denecke bei Krupp; der eine ist der Sohn, dem wohl der Vater die Behandlung von Arbeitern einexerziert hat, der andere ist als Former viele Jahre bei Krupp gewesen, um alle jene Handlungen des alten D. kennen zu lernen, durch die die Former in schwerster Weise gekränkt und verletzt wurden; er kopiert dessen Handlungen nicht nur, nein er überbietet jenen noch, um sich die Zufriedenheit beider Deneckes, des alten wie des jungen, zu sichern. Der Formermeister Denecke von Krupp scheint nämlich im Nebenamt Oberbetriebsleiter der Wolfschen Gießerei zu sein. Von Zeit zu Zeit erscheint er während der Arbeitszeit, auch des Abends und Sonntags, wohl aus dem Grunde, weil die Sachkenntnis der beiden anderen viel zu wünschen übrig läßt. Aber trotzdem ist der Ausschußguß, von welchem ohne weiteres feststeht, daß eine Schuld der Arbeiter nicht vorliegt, erheblich. Die dadurch entstehenden Verluste sollen dem „höheren" Auge verborgen bleiben. Statt aber bessere Sachkenntnis anzuwenden und durch eine anständige Behandlung der Arbeiter diese für das Gelingen des Ganzen, für den Ruf der Tüchtigkeit der Gießerei zu engagieren, glaubt man durch eine nicht mehr zu übertreffende Rücksichtslosigkeit in der Behandlung der Arbeiter die Scharte auszuwetzen, erreicht aber, wie das nur zu natürlich ist, das Gegenteil und die Verluste werden größer. Fast scheint es auch, als hätte die Gießereileitung Ursache, sich den Ruf der Tüchtigkeit bei der Direktion dadurch zu schaffen, daß die Arbeiterschaft in Versammlungen oder in der Volksstimme die heftigsten Angriffe gegen sie erhebt; nach dem Ausspruch sehr vieler Vorgesetzter soll dies ein unfehlbares Mittel sein, das allerdings ein sehr bezeichnendes Licht auf die Zustände in der Metallindustrie wirft. Wie sieht es nun in Wolfs Gießerei aus? Den Formern sind monatelang 45, 40 und 35 ₰, den Kernmachern und Putzern 35, 34 und 22 ₰ Lohn gezahlt worden. Im städtischen Arbeitsnachweis soll es in der Abteilung für ungelernte Arbeiter eine große Seltenheit sein, daß Unternehmer weniger als 35 ₰ bieten. Es wird daher begreiflich, daß sich für die obige jammervolle Bezahlung nur wenig Leute finden, besonders wenn man beachtet, daß von ihnen auch noch Gesinnungslumperei verlangt wurde. Nicht nach der Tüchtigkeit werden die Arbeitsuchenden gefragt, sondern ob sie bereit sind, Verrat an ihren Arbeitsbrüdern zu begehen; dann besitzen sie in den Augen dieser Gießereileitung auch die Fähigkeit eines tüchtigen Formers, Kernmachers u. s. w. Doch solche Verräter findet man in Magdeburg nicht, und wenn wirklich einige aus Not die Unterschrift leisten, dann machen sie sehr schnell einen Strich durch diese Unterschrift, die ihnen abgezwungen wurde in der Ausnutzung ihrer Not. So mußte sich die Firma denn nach auswärts wenden. Sie inserierte in Berlin und anderen Orten und versprach hohen Verdienst, hohe Löhne. 45 ₰ für Kernmacher stand da geschrieben. Kamen dann die Leute, so erhielten sie 22 bis 25 ₰. Auf Beschwerde wurde ihnen erklärt, das müsse in dem Inserat ein „Irrtum" gewesen sein. Schumm verlangte obendrein, daß die Kernmacher zum Schwärzen der Kerne ihre eigenen Pinsel gebrauchten und als sie dies ablehnten, nicht nur mit Rücksicht auf den niedrigen Lohn, sondern auch, weil das nirgends verlangt wird, wies er ihnen in gröbster Weise die Türe. Andere Leute ersuchten den Betriebsleiter D. um Zulage und bekamen zur Antwort: „Was? Drei Wochen sind Sie erst hier und wagen es, mir mit Zulage zu kommen? Unter sechs Wochen gebe ich keine!" Ehe aber sechs Wochen um sind, wird den Leuten der Betrieb verekelt, andere sehr tüchtige Leute gehen von selbst, es werden neue Leute zu denselben erbärmlichen Bedingungen eingestellt, und mit ihnen wird dann in der gleichen Weise experimentiert. Eine tiefe Erbitterung setzte durch solche Behandlung schon vor Wochen ein; die Kernmacher ließen schon einmal geschlossen die Arbeit ruhen und nur durch das sofortige Einlenken der Betriebsleitung gelang die Beilegung des Konflikts. In einer Gießereiversammlung wurde dann der Arbeiterausschuß gebeten, Beschwerde bei der Direktion zu führen. Diese versprach Besserung; die Former sollten Akkord bekommen und damit den gleichen Verdienst wie in anderen Gießereien; auch die Bezahlung der übrigen Gruppen sollte nicht schlechter sein als bei anderen hiesigen Gießereien. Doch was kümmert sich die Gießereileitung um Versprechen der Direktion! Gehalten hat sie von dem Versprochenen nur die Einführung der Akkordarbeit; damit ist aber eine neue Qual für die Former geschaffen. Die tägliche Verteilung der Modelle und die Preisfestsetzung geschieht unter anderem in dieser Weise: „Sie sind wohl verrückt", „Sie sind wohl von der Kette los". Und schlimmere Beschimpfungen leistet sich als Meister derselbe Mann, der als Former bei Krupp seine Mitarbeiter wegen ihnen zugefügter ganz ähnlicher Behandlung zur Empörung aufstachelte. Eine große Anzahl der Leute wird auf solche Weise fortgesetzt vor den Kopf gestoßen und verliert jede Arbeitslust; eine vernünftige Aussprache mit diesem Mann über die Ausführung der Arbeit, die Vorbedingung eines gesunden Arbeitsverhältnisses, ist unmöglich. Die lächerlich niedrigsten Preise werden angesetzt; heute für ein Stück 40 Prozent weniger gegeben als gestern, obgleich der sehr tüchtige Mann schon bei dem höheren Preise kaum zurechtkam. Dagegen ist es schon vorgekommen, daß einem der Nichtverbandsmitglieder (es sind bei den 60 Formern drei) ein höherer Preis bezahlt wurde, obgleich die übrigen Former sehr gut zurechtkamen. So schürt man den Groll, so nimmt man den Leuten die Arbeitsfreude. Immer wieder versucht ferner die Betriebsleitung die Nichtbezahlung des Ausschußgusses, an dem die Arbeiter schuldlos sind. Erklären die Former dann, sie würden sich beim Ausschuß und bei der Direktion beschweren, dann werden sie angeschrien: „Meinetwegen beschweren Sie sich doch sonstwo." Bei der Frage des Fehlgusses möchten wir der Direktion übrigens die Stellung in Erinnerung bringen, die bei der Gießereiarbeiterbewegung 1906 der Vorstand des hiesigen Verbandes der Metallindustriellen eingenommen hat. Sie lautet: „Fehlguß, der ohne Verschulden des Formers entstanden ist, wird in den hiesigen Betrieben ohne weiteres bezahlt, und zwar teils nach dem vereinbarten Stundenlohn des betreffenden Formers, teils nach dem Durchschnittsverdienst desselben. Es empfiehlt sich, in Zweifelsfällen zugunsten des wirtschaftlich Schwächeren, das heißt des Formers, zu entscheiden und überhaupt diese Angelegenheit in möglichst liberaler Weise zu behandeln." Es kann konstatiert werden, daß die Gießereien sich durchweg diese Stellung zu eigen gemacht haben und es mußte auch hierin erst die Wolfsche Gießerei die Kritik herausfordern. Die Folge solcher Behandlung ist natürlich ein erheblicher Arbeiterwechsel, denn auf die Dauer läßt sich ein Mann von Charakter auch in der Krise solche nicht gefallen. Die Gießereileitung arbeitet mit allen Mitteln daran, die verbleibenden Leute charakterlos zu machen. Gelb sollen sie werden, des Schutzes der Organisation entzogen werden. Dazu bedient sie sich eines jungen Schreibers namens Hepke, der es fertigbringt, alten ehrlichen Arbeitern seine beleidigenden Zumutungen zu machen. Gelingt ihm das nicht, dann hilft die Leitung nach. Ein Beispiel für viele: Ein Former aus Werder a. H. bewirbt sich um Arbeit und bekommt von der Firma Wolf die bestimmte Zusage, anfangen zu können mit Angabe des Lohnes und der Aufforderung, sofort zu kommen. Er kündigt seine Arbeitsstelle, fährt nach hier und wird nunmehr von dem jungen Menschen gefragt, ob er gelb werden wolle, das heißt Mitglied des Werkvereins. Als er dies verneint, erklärt ihm der Schreiber, daß er nicht eingestellt werde. Eine Beschwerde an die Vorgesetzten wurde vereitelt, sie hätte auch keinen Zweck gehabt. Der Mann ist Familienvater und hatte nun seine Arbeit verloren, unnütz das Geld verfahren und andere Ausgaben gemacht, wie das natürlich ist, wenn man auf Wochen von der Familie getrennt leben soll. Leute werden eingestellt als Kernmacher. Weigern sie sich, gelb zu werden, so hat Meister Schumm plötzlich keinen Platz mehr für einen Kernmacher. Der Mann muß in die Kolonne, wird, wenn er auch schwächlich ist, dennoch zum schweren Eisentragen bestimmt und, wenn er auch dadurch nicht mürbe wird, in die Mühle geschickt. Alle diese Arbeiten werden schlechter bezahlt. Ein Putzer hat zu seinem jammervollen Lohne 2 ₰ Zulage erhalten; in der folgenden Woche scheidet er aus dem Werkverein aus, in den man ihn hineingelistet hatte. Bei der nächsten Lohnzahlung fehlen die 2 ₰ wieder. Eine Anzahl Leute haben bei der Einstellung unterschrieben, Mitglied des Werkvereins zu werden. Als ihnen einige Tage darauf die Mitgliedsbücher zugestellt werden, verweigern sie die Annahme derselben, worauf ihnen erklärt wird, daß die Betriebsleitung dann jedenfalls ihre Entlassung wieder verfügen werde. Und trotzdem behauptet die Betriebsleitung, der Werkverein ginge sie nichts an! Das stärkste Stück ist aber wohl das folgende: Ein längere Zeit bei R. Wolf beschäftigter Former bittet um einige Tage Urlaub zur Regelung von Familienangelegenheiten. Meister Schumm gibt ihm jedoch seine Papiere mit, versichert ihm aber, daß er bestimmt wieder anfangen könne, und auch der Betriebsleiter bestätigt dies. Nach fünf Tagen kommt er wieder; ein Bote erklärt ihm da, seine Einstellung erfolge nur dann, wenn er Mitglied des Werkvereins würde. Der Former rechnet dem Boten vor, daß er den Deutschen Metallarbeiter-Verband sehr notwendig gebraucht habe und auch jetzt wieder brauche. Wenn er von Leipzig umziehe, bekäme er 40 ℳ; würde er arbeitslos, bekäme er Unterstützung und in einer Reihe anderer Fälle gleichfalls. Da mochte dem Boten wohl doch einleuchten, daß dem Former ein solches Opfer nicht zugemutet werden könne, und er begab sich nochmals zu Schumm. Als er wieder kam, machte er folgenden „vornehmen" Vorschlag: „Nutzen Sie doch den Verband erst noch ordentlich aus, ziehen Sie erst um und lassen sich Ihre Unterstützung zahlen u. s. w., dann scheiden Sie aus, werden Mitglied unseres Werkvereins und können dann wieder von uns beschäftigt werden." Pfui Teufel! sagte sich der Proletarier, nahm seine Papiere und ließ den Betrieb hinter sich, in dem man ehrliche Arbeiter zu Lumpen machen will. Daß sich solches Vorgehen rächen muß, dürfte einleuchten, und kein anständiger Mensch wird sich wundern, daß solche Behandlung Haß erzeugt, dessen Folgen sich früher oder später einstellen müssen. Alle die Schikanen machen die Former und Gießereiarbeiter nicht irre; sie wissen, was für sie auf dem Spiele steht. Sie werden aber die Fußtritte nicht vergessen, die man glaubte, in der Zeit der Krise ihnen verabfolgen zu können. Mangels einer Vertretung im Krankenkassenvorstand bestimmte die letzte Gießereiversammlung drei ihrer Kollegen, in Differenzfällen vermittelnd zu wirken. Ob mit Erfolg, muß abgewartet werden. Zum Schlusse ist wohl die Frage am Platze: Will die Direktion der Weltfirma R. Wolf diese Handlungen ihrer Beamten decken? —

Gold- und Silberarbeiter.

Gmünd (Schwäbisch). Mit der Kleinsilberwarenfabrik von Xaver Straubenmüller müssen wir uns notgedrungen befassen. Es ist das einer jener Betriebe, in denen es nie zur Ruhe kommt. Dafür sorgt der Unternehmer selbst, der zu den unauskömmlichen Stundenlöhnen auch die Preise für Stückarbeit stets derart beschneidet, daß der Verdienst als ungenügend bezeichnet werden muß. Deshalb besteht seine Arbeiterschaft seit Jahren schon meist aus fluktuierenden Elementen, die schon alle Betriebe durchlaufen haben und die, obwohl schon öfter im Krach von ihm geschieden, immer wieder in der Stunde der Not den Weg zu ihm gefunden haben. Natürlich ist keine Regel ohne Ausnahme; es soll diese Schilderung keinen Bezug auf Leute haben, die dort mit dem Vorsatz Arbeit genommen haben, bei der nächsten Gelegenheit wieder ein besseres Arbeitsverhältnis aufzunehmen. Straubenmüllers Maximen haben ihn auch schon öfter mit dem Gewerbegericht in Verbindung gebracht. Wochenverdienste von 12, 8 und 7 ℳ sind in Akkord zu verzeichnen. Mit den Arbeitern wird überhaupt ein Preis nicht gemacht, kommt es deshalb zu Auseinandersetzungen, dann erhebt Straubenmüller ein Geschrei und schimpft, als wäre man auf einem Kasernenhof. Daß die Polisseusen an Samstagen über halb 6 Uhr hinaus beschäftigt werden und am Montag dann aussetzen müssen, daß der schlechte Sommer dazu benützt wurde, Preisreduzierungen und auch Abzüge an Arbeiten vorzunehmen, wenn unverschuldete Mangelhaftigkeit eintrat, darauf kann Herr Straubenmüller durchaus nicht stolz sein. Der Herr Straubenmüller sollte doch bedenken, daß er auch nur durch besondere Zufälle aus dem Arbeiterstande emporgehoben wurde und daß die jüngst stattgehabte Erweiterung seines Privatbesitzes nur durch die Lohnabzüge u. s. w. möglich geworden ist.

Heizungsmonteure.

Düsseldorf. (Heizungsmonteure.) Am 30. August fand im Restaurant Greulich eine Versammlung statt, zu der auch die Kölner Kollegen in der Zahl von 15 Mann erschienen waren. Nach einem Referat des Kollegen Jäker über die Krise und ihre Einwirkung auf die Lebenslage der Arbeiter fand unter Punkt Branchenangelegenheiten eine eingehende Aussprache über die gegenwärtige Lage im Beruf, speziell hier im Rheinland, statt. Die Organisationsverhältnisse haben sich in letzter Zeit wieder gebessert. Namentlich in Köln gehören jetzt fast alle Kollegen dem Verband an. Auch in Essen ist das Organisationsverhältnis ein gutes zu nennen. Nur in Düsseldorf lassen die Verhältnisse sehr zu wünschen übrig. Es war den Unternehmern im Jahre 1906 gelungen, durch die leidige Beamtenfrage einen Keil in die Bewegung zu treiben. Die Aussicht, „Beamter" mit Monatsgehalt zu werden, schien damals den meisten Kollegen so verlockend, daß sie die vorgelegten Verträge unterschrieben. Naturgemäß wurde dadurch die Situation bedeutend erschwert, denn die neuen „Beamten" konnten nur noch an vier Tagen im Jahre kündigen, sechs Wochen vor jedem Quartalschluß. Wenn einer den Tag verstreichen läßt, ist er auf 4½ Monate gebunden. Es zeigte sich auch bald, daß die Erwartungen, die von den Kollegen an den Vertrag geknüpft wurden, nicht in Erfüllung gingen. Der Beamte wurde eben nach wie vor als Arbeiter angesehen und dementsprechend behandelt. Die Unternehmer hatten es verstanden, in raffinierter Weise ihren Vorteil zu wahren und die Monteure sind die Geprellten. Auch über die leidige Helferfrage entspann sich wieder eine Debatte. Diese ergab aber, daß auch hier die rückständigen Anschauungen mehr und mehr in den Hintergrund treten. Die meisten Kollegen haben sich bereits zu der Überzeugung durchgerungen, daß eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Heizungsgewerbe nur möglich ist in Gemeinschaft mit den Helfern. Ein Kollege aus Köln machte auf die Verhältnisse bei der Firma Kraus in Köln-Braunsfeld aufmerksam. Diese Firma hat ganz bedeutende Abzüge gemacht und zahlt nach dem Pauschalsystem für eine Leitung 200 ℳ, für die es sonst 300 ℳ gab. Diese Herabdrückung der Lohnverhältnisse ist ein neuer Beweis dafür, daß gerade die bessergestellten Kollegen ihren negierenden Standpunkt aufgeben müssen, wenn anders nicht die Verhältnisse bergab gehen sollen. Auch ein von einem Kollegen bekannt gegebenes Akkordpreisverzeichnis des Verbandes der Heizungsindustriellen liefert den Beweis, daß die Herren bestrebt sind, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse möglichst herunterzudrücken. Nachdem die Düsseldorfer Kollegen zugesagt hatten, einen Gegenbesuch in Köln abzustatten, nahm die Versammlung, die sehr anregend verlief und zweifellos zur Hebung der Organisationsverhältnisse beitragen wird, folgende Resolution einstimmig an: „Die am 30. August in Düsseldorf tagende gemeinschaftliche Versammlung der Heizungsmonteure von Köln und Düsseldorf erklärt nach eingehender Aussprache, daß die Beamtenfrage einen Keil in die Organisation getrieben hat. Die Erwartungen der in Beamtengehalt gestellten Kollegen sind nach jeder Richtung hin getäuscht worden. Die Versammlung verwirft deshalb alle Verträge, die eine längere als vierzehntägige Kündigung enthalten. Es muß das Bestreben der Kollegen sein, die Verträge zu beseitigen, um freie Bahn zu bekommen für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Heizungsgewerbe."

Mechaniker.

München. (Die optische Fabrik von Rodenstock und das Koalitionsrecht.) Der Chef der durch ihre marktschreierische Reklame in vielen Blättern Deutschlands bekannten Firma Rodenstock bildet sich schon seit Jahren ein, ein Vater seiner Arbeiter zu sein und ein hohes sozialpolitisches Verständnis zu besitzen. Er hat sich auch nicht gescheut, wiederholt in Versammlungen seinen Standpunkt, der alles andere eher als väterlich oder sozialpolitisch ist, zu vertreten. In dem Betrieb selbst herrschen die größten Mißstände, weshalb sich die Organisation neuerdings veranlaßt sah, sich mit der Firma in Werkstättenversammlungen zu beschäftigen. In einer dieser Versammlungen war der Werkmeister im Auftrag der Firma erschienen. Da dieser dem Chef jedenfalls nicht schneidig genug auftrat, erschien in der zweiten Versammlung der Sohn des Chefs, der sich selbst als ein Arbeiter der Firma bezeichnete, wenn er auch Beamter sei. Überdies habe er sich, da auch ihm ein Einladungszettel in die Hand gekommen sei, für verpflichtet gehalten, zu erscheinen. Der junge Herr bemühte sich nun recht eifrig, die ihm gewährte Redefreiheit auszunützen. Es wurde ihm aber gebührend heimgeleuchtet. Diese beiden Versammlungen müssen nun dem „Vater seiner Arbeiter" auf die Nerven gegangen sein, denn am Tage nach der letzten Versammlung erließ er ein Rundschreiben, in dem er in einigen Wutausbrüchen gegen die „gewerbsmäßigen Hetzer" seinen Arbeitern und Arbeiterinnen bei Strafe der sofortigen Entlassung verbot, an einer Versammlung jemals wieder teilzunehmen, was er zur Bekräftigung unterschreiben ließ. Das Koalitionsrecht wollte der Herr nach seiner eigenen Redensart damit nicht unterbinden, er könne nur niemand beschäftigen, der in solche Versammlungen gehe und sich verhetzen lasse. Die bayerischen Metallindustriellen sind mit ihrem Anschlag auf die Techniker und Kaufleute nicht einmal so weit gegangen, als der sozialpolitisch so sehr verständige Herr Rodenstock. Um aber nun die Sache möglichst kräftig zu machen und ein warnendes Exempel zu statuieren, wurde eine Arbeiterin ohne weiteres entlassen. Sie war bereits neun Jahre zur Zufriedenheit dort beschäftigt, ihr Mann hat sich in dem Betrieb die Schwindsucht und den Tod geholt; sie gehörte keiner Organisation an, sondern hatte nur ein Interesse an der Versammlung und besuchte sie deshalb, aber als ältere Arbeiterin hätte sie die übrigen von der Versammlung abhalten sollen. Brutaler ist noch nie der Herrenstandpunkt der Unternehmer zum Ausdruck gekommen, gründlicher noch nie den Indifferenten gezeigt worden, wie wenig ihre Gleichgültigkeit gegen die Organisation beachtet und bewertet wird. Die ganze Affäre ist ein typisches Beispiel von Unternehmerbrutalität, das „hohe Lied von der Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter in der mechanischen Industrie", das Herr Dr. Krüß auf dem letzten Verbandstag der Gesellschaft für Mechanik und Optik in München sang, wird dadurch am besten illustriert. Herr Rodenstock lebt in dem Wahne, die Organisation aus seinem Betrieb gebannt zu haben. Zum Schlusse dürfte er sich aber doch sehr täuschen, denn auch seine Arbeiter und Arbeiterinnen werden sich nicht zu Heloten degradieren lassen.

Metallarbeiter.

Berlin. Die hiesige Verwaltungstelle hielt am 31. August in Kellers Festsälen ihre ordentliche Generalversammlung für das zweite Quartal ab. Kollege Henning erläuterte den zur Verteilung gelangten Kassenbericht für das zweite Quartal. Einnahme und Ausgabe bilanzieren in dieser Abrechnung für die Hauptkasse mit 548820,11 ℳ. Die Ausgaben waren unter anderem: für Reisegeld 5855 ℳ; Umzug 1295 ℳ; bei Krankheit 136349,75 ℳ; bei Arbeitslosigkeit 241507,65 ℳ; Streikunterstützung 31490,65 ℳ; bei Maß-

eingänge 36277,10 M; Ausgaben nach § 2e 2200 M; Sterbegeld 5100 M. Der Rechtsschutz erforderte 5774,50 M. Gegenüber dem ersten Quartal hat sich die Ausgabe für Erwerbslosenunterstützung um zirka 43600 M vermindert. Die Totalkasse schließt ab mit 654914,29 M, am 30. Juni war ein Bestand von 658770,49 M vorhanden. Anschließend hieran teilt Henning namens der Verwaltung mit, für die Zahlstelleninhaber könne keine Garantie gegeben werden, daß bei etwaigem Verkauf der Geschäfte auch die Zahlstelle dem Geschäftsnachfolger verbleibt. Die Verwaltung ist zu dieser Erklärung und Maßnahme genötigt, da anscheinend bei einigen Geschäftsverkäufen das Vorhandensein der Zahlstelle zur Preissteigerung benützt worden ist. In solchen Fällen wäre Handel mit der Zahlstelle getrieben worden, was die Interessen der Organisation zu fördern nicht geeignet ist. Nach kurzer Diskussion über den Bericht beantragte Kollege Gutschmidt namens der Revisoren Entlastung für den Rendanten. Die Entlastung wurde einstimmig erteilt. Als zweiter Punkt stand zur Beratung ein Antrag der Kollegen von Rixdorf, der dahin geht, daß außer den Funktionären der Organisation noch Delegierte an den Generalversammlungen teilnehmen sollen, und zwar soll jeder Bezirk berechtigt sein, bis zu 5 Delegierte hierzu zu wählen. Wie Kollege Handke einleitend mitteilte, hat dieser Antrag bereits zwei Generalversammlungen beschäftigt und ist in den einzelnen Bezirksversammlungen ausgiebig diskutiert worden. Die Mehrzahl der Bezirke hatte sich auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt. In der Diskussion wurde von einigen Rednern der Antrag unter anderem damit befürwortet, daß äußerst intelligente und tüchtige Kollegen durch das gegenwärtige System leider verhindert sind, an den Beratungen der Generalversammlungen teilzunehmen, da sie nicht Funktionäre der Organisation sind und auch nicht alle in den Kommissionen unterkommen können. Demgegenüber wird von anderen Rednern festgestellt, daß fast in allen Kommissionen und Bezirksleitungen immer noch eher Mangel als Überfluß an tüchtigen Kollegen ist und somit die Kollegen, die man etwa durch den Antrag im Auge habe, zu jeder Zeit Gelegenheit haben, für die Organisation als Funktionär zu wirken, sofern sie den Willen hierzu besitzen. An Stelle der beantragten Delegierten solle vielmehr dahin gewirkt werden, daß das Vertrauensmännersystem noch mehr ausgedehnt wird, damit ein jeder Betrieb, auch der kleinste, seine Vertretung in der Generalversammlung habe. In der darauf folgenden Abstimmung wurde alsdann der Antrag mit großer Majorität abgelehnt. Kollege Cohen teilte darauf mit, daß die Verwaltung sich auch noch mit einem Antrage beschäftigt habe, „für den Bezirk 22 (Köpenick 2c.) eine Kontrollmeldestelle für Arbeitslose und kranke Kollegen und hierzu ein Bureau mit einem besoldeten Beamten einzurichten." Die Verwaltung hat den Antrag einstimmig abgelehnt. Die Generalversammlung stimmte diesem Beschlusse zu. Bei den darauf vorgenommenen Neuwahlen zur engeren Verwaltung wurden wieder gewählt: zum zweiten Bevollmächtigten Kollege Handke, zum ersten Kassierer Kollege Henning, als Revisoren die Kollegen Gräwe und Scharf und zum Beisitzer Kollege Stopsack wiedergewählt. Zum dritten Revisor wählte die Generalversammlung neu hinzu den Kollegen K. Schmidt (Kernmacher). Kollege Handke wies alsdann auf den Abwehrkampf hin, der den Rohrlegern und Helfern durch die Unternehmer jetzt aufgezwungen ist. Er bedauert, daß durch die Zersplitterung unter den Rohrlegern, besonders durch das Verhalten der Vertreter des sogenannten Allgemeinen Metallarbeiter-Verbandes in dieser Tariffrage — das ein Verrat der Arbeiterinteressen sei —, sich jetzt hier am Orte vielleicht ein Bruderkampf abspielen werde, dem seinesgleichen in der Arbeiterbewegung bisher nichts an die Seite gestellt werden kann. Redner bespricht die einzelnen Vorkommnisse bei den Beratungen in der Tariffrage mit den Unternehmern und das Verhalten und Auftreten von Wiesenthal, wie es von den Unternehmern selbst geschildert worden ist und spricht die Erwartung aus, daß die irregeleiteten Rohrleger im Allgemeinen Verband nicht den Verrat an ihren Interessen soweit mitmachen werden, daß sie ihren eigenen Arbeitsbrüdern und Kollegen gegenüber Arbeitswilligendienste leisten. Anschließend hieran teilte Kollege Cohen noch mit, daß in diesem Kampfe Berechtigungskarten ausgegeben werden, worauf die Kollegen auf den Bauten, wo Rohrlegerarbeiten ausgeführt werden, achten sollten. Zum Schluß ersuchte er die Kollegen, dafür zu sorgen, daß diese gerechte Bewegung zu einem für alle Rohrleger und Helfer befriedigenden guten Ende geführt werden kann.

Braunschweig. In der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt läuft die Tätigkeit der sogenannten „Kalkulatoren" am letzten Ende immer wieder auf die Schröpfung der Arbeiter hinaus. Diese Firma sucht fortwährend in auswärtigen Blättern Arbeitskräfte bei „sehr hohem Lohn" und ausreichender Beschäftigung, obwohl die ansässigen, im Betrieb beschäftigten Arbeiter über mangelhafte Beschäftigung und unzureichenden Verdienst klagen. Wenn nun einer auf eine solche Annonce hineingefallen ist, geht in der Regel das Lamento los: hier müsse doch dagegen eingeschritten werden. Derartige Kollegen vergessen aber in der Regel, daß sie selbst die Schuld haben, da sie sich nicht vorher bei der Verbandstelle erkundigten. Wie übrigens in diesem Betrieb kalkuliert wird, zeigt recht drastisch folgendes: Der Formermeister F. Steinecke wurde nach 20jähriger Tätigkeit entlassen und an dessen Stelle ein Herr Albrecht aus Elberfeld-Barmen engagiert. Dieser neue Herr war ehrlich genug, bei seinem Antritt zu erklären, daß er zu dem Zweck angenommen sei, billiger zu produzieren; wie bisher könne es nicht mehr weiter gehen. Nach diesen Worten könnte man annehmen, daß die Arbeiter unter Meister Steineckes Regiment im Fett geschwommen seien. Das war aber keineswegs der Fall. So sah man denn mit ziemlich gemischten Gefühlen den Dingen entgegen, die da kommen sollten. Albrecht wagte es nun, Preise zu bieten, worüber Fachleute mit dem Kopf schütteln mußten. Um diesen ungläubigen Thomasen zu beweisen, wie's gemacht werden muß, sollten Arbeiter aus Elberfeld-Barmen ihre Künste der staunenden Welt zeigen. Allerdings bedurfte es erst eines süßlichen Schreibens, um eines dortigen Kollegen habhaft zu werden. Aber dessen Gastrolle hat dem Meister alles andere gebracht als einen Beweis für seine Kalkulation. Ähnlich wie in der Gießerei, geht es auch in den anderen Abteilungen her, worüber kürzlich in einer Werkstattversammlung berichtet wurde.

Durlach. Die gegenwärtige Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse wird vom Unternehmertum weidlich dazu ausgenützt, die „hohen" Löhne der Arbeiterschaft zu „regulieren". Insbesondere glaubt die Badische Maschinenfabrik Durlach, vorm. Sebold & Neff, sich hierbei besonders hervortun und ihre Arbeiterfreundlichkeit wieder einmal zeigen zu müssen. Es ist ja nicht das erstemal, daß sich die Arbeiterschaft dieser Firma zu wehren hat. Aber mit besonderer Kühnheit geht man gegenwärtig ans Werk. Man zieht gleich bis zu 38 Prozent des bisherigen Verdienstes ab. Dabei bewegten sich die Akkordpreise anerkanntermaßen schon bisher auf der untersten Grenze. Wenn nun infolge dieser rigorosen Abzüge die Arbeiter auch beim besten Willen nicht ihren dürftigen, festgesetzten Stundenlohn erreichen, so bekommen sie nach den neuesten Vorgängen nicht einmal diesen ausbezahlt. Und dies, obwohl bei den letzten Differenzen im vergangenen Winter die Direktion das Gegenteil versprochen hat und obwohl die Arbeitsordnung eine Bezahlung des Stundenlohnes in diesen Fällen vorsieht. So halten Unternehmer ihr Wort. Jedenfalls glaubt die Firma, daß die Arbeitsordnung nur für die Arbeiter gemacht wurde, während sie in despotischer Selbstherrlichkeit glaubt machen zu können, was sie will. Nicht vergessen wollen wir, einen Kalkulator namens Koch zu erwähnen, der im Abziehen Hervorragendes leistet; jedenfalls glaubt er sich dadurch unentbehrlich machen zu können. Im übrigen ist die Firma für gute Finanzierung der Strafkasse bedacht und stellt die Polizei mit ihrem eigenen Strafsystem weit in den Schatten. Wie wir ferner von der Fabrik nahestehenden Kreisen vernommen haben, tragen sich die maßgebenden Faktoren — darunter auch ein Herr, der immer meint, die Arbeiter könnten mehr verdienen, wenn sie nicht so viel herumstehen würden — mit dem Gedanken, nächstens das Husten, Gähnen und die unnötigen, nicht direkt zur Arbeit gehörenden „Verrichtungen" zu verbieten und im Wiederholungsfalle exemplarisch zu bestrafen. Die Lage der Arbeiter dieser Fabrik fängt an, unerträglich zu werden. Auf allen Gebieten herrschen Mißstände, die zwar schon wiederholt abgestellt werden sollten, aber nach wie vor bestehen bleiben. Das wird solange nicht anders werden, solange ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft gleichgültig und abgestumpft in den Tag hineinlebt, zu Hause wohl einmal über die nicht mehr erträglichen Verhältnisse schimpft, aber dann wieder ruhig weiterschläft. Das mögen die, die es angeht, sich merken und ihren Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband baldigst vollziehen.

Solingen. Wie schwer der Kreis Solingen durch die hereingebrochene Krise in Mitleidenschaft gezogen ist, zeigt ein Gang durch die einzelnen Ortschaften und Gehöfte des Kreises. Wir bemerken da ein stetes Wandern und Suchen nach Arbeit. Auf der ganzen Linie unserer heimischen Produktionswerkstätten, namentlich aber in der Stahlindustrie, finden wir Arbeitseinschränkungen oder aber gänzliche Stillegung von Betrieben. Die Hoffnung, daß sich im Laufe des Sommers die Konjunktur heben und bessern würde, hat sich nicht bewahrheitet. Im Gegenteil, die Krise hat sich verschärft und durch den Zusammenbruch der Solinger Bank sind mehrere Firmen, die als sehr solvent galten, in einer sehr bedrückten Lage, einige sogar zur Bankrotterklärung gekommen. Augenblicklich werden die verzweifeltsten Anstrengungen gemacht, um einen Abgang für die fertige Ware herbeizuführen. Es wäre kein Wunder, wenn die Schneidwaren obendrein noch einem Preissturz ausgesetzt wären, der in erster Linie die Arbeiterschaft schwer schädigen würde. Wie furchtbar die Arbeitslosigkeit in den Reihen der Solinger Arbeiter eingerissen hat, zeigen folgende Zahlen. Nach einer von uns aufgenommenen Statistik waren Ende Juli zirka 1900 Personen arbeitslos; davon gehörten zirka 1000 den hier bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen an. Dazu kommt, daß ein großer Teil der hier beschäftigten Arbeiter ein, zwei, drei oder vier Tage die Woche aussetzen muß. Danach ist zu ermessen, welche Fülle von Elend sich im hiesigen Bezirk bemerkbar macht. Aber auch hier bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß die Krise, dieses furchtbare gefahrbrohende Gebrechen der Gesellschaft, durch die Gewerkschaftsbewegung Linderung finden kann. So sehen wir denn trotz allebem mit der größten Zuversicht in die Zukunft.

Metalldrücker.

Dresden. Die Firma A. G. Pöschmann in Dresden-A., Freibergerstraße 101, sucht fortwährend in in- und ausländischen Blättern tüchtige Metalldrücker. Das ist in dem zahlreichen Wechsel der Arbeiter begründet, da die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht rosig zu nennen sind. Einem Drücker aus Schlesien wurden statt der versprochenen 55 ₰ die Stunde nur 52 gezahlt, einem anderen aus Österreich statt 50 nur 47 ₰. Das gleiche ist auch bei den Akkordarbeiten zu verzeichnen. Für Arbeiten an einem Teeservice wurden 1,45 M vereinbart, aber nur 45 ₰ gezahlt, da ein Irrtum des Meisters vorlag. Der Gehilfe verdiente hierbei zirka 22 ₰ die Stunde. Für Kugeln aus Kupfer von 12 bis 16 Zentimeter bot die Firma 7 ₰, während überall bis zu 20 Zentimeter 1 ₰ pro Zentimeter gezahlt wird. Die maschinellen Einrichtungen sind nicht besser, als in anderen Betrieben. Bei diesen niedrigen Akkordsätzen müssen die Arbeiter meist auch noch das Futtermachen mit besorgen. Auf Reklamationen und Vorstellungen der Arbeiter erfolgt stets die Antwort: „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie ja gehen, ich habe viele Angebote und bekomme jeden Tag andere tüchtige Arbeiter." Dann bemüht sich der betreffende Kollege um bessere Arbeit, um einem anderen dieselbe Enttäuschung erleben zu lassen. Die Handlungsweise der Firma wird aber erklärlich aus einer Notiz, die die Runde durch die gesamte Tagespresse machte. Die Nr. 25 der „Illustrierten Zeitung für Blechindustrie" brachte eine Submissionsblüte anläßlich der Eindeckung der Michaeliskirche in Hamburg. Das Höchstangebot von Gebrüder Cammerer in Erfurt war 178792 M, das niedrigste der Firma Pöschmann in Dresden war 87724,74 M. Das ist eine Differenz von 91067,26 M. Danach ist es verständlich, daß diese Firma auch unter ihresgleichen keine große Sympathie besitzt. Die Drücker werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich vor Arbeitsannahme bei der Firma A. G. Pöschmann erst Informationen bei der Verwaltung Dresden des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einzuholen.

Schmiede.

Gmünd (Schwäbisch). In dem Spezialbetrieb für Bauartikel des Schmiedmeisters Groß herrscht ein starker Wechsel des Personals. Bei ihm sind 2 Gehilfen und 2 Lehrlinge beschäftigt, 10 bis 12 Gehilfen haben aber seit Jahresfrist dort die Stelle gewechselt. Die Ursache liegt in der langen Arbeitszeit und in der Behandlung, besonders durch die Frau Meisterin. Da kommandieren der Meister, die Meisterin und der Sohn unter allen möglichen Zumutungen und Titulaturen, so daß jeder Eingestellte nur das Bestreben kennt, möglichst bald wieder den Staub der Bude von den Pantoffeln zu schütteln. Vor allem kann die Frau Meisterin die Organisation nicht leiden, aber im steten Geschimpf über die Sozialdemokratie vergißt sie ganz, daß sie doch eigentlich eine sehr gut katholische Frau ist. Den häufigen Wechsel würde man sicherlich auch unter den Lehrlingen zu verzeichnen haben, wenn diese nicht durch Lehrvertrag gebunden wären. Es versteht sich am Rande, daß da, wo die Gehilfen es nicht aushalten können, auch die Behandlung der Lehrlinge eine entsprechende ist. Die Arbeitszeit dauert von früh 6 Uhr bis abends 7 Uhr, auch für den jüngsten Lehrling, der erst im Januar 16 Jahre alt wird. Die Lehrlinge erhalten Kost und Logis und laut Vertrag ein Sonntagsgeld. Dieses beträgt bei dem jüngsten Lehrling 1 M, in Wirklichkeit bekommt er aber bloß 60 ₰ mit dem Bemerken, daß er gar nichts bekommt, wenn er das nicht will. Die Mittagspause währt nur so lange als gegessen wird. Wenn der Löffel weggelegt ist, muß wieder gearbeitet werden. Selbst am Sonntag müssen die Lehrlinge bis zu Beginn des Gottesdienstes geräuschlose Arbeit verrichten. Die täglichen Vesperpausen existieren nur dem Namen nach. Da heißt es: „Schaffet nur, daß ihr etwas lernet." In der Hauptsache werden sie auch zum Draufschlagen, Anheben, an den Bahnhof fahren u. s. w. verwendet. Werden die Lehrlinge durch diese Erziehung und Behandlung etwas störrig, dann bekommen sie zu hören: „Wir schlauchen euch, daß ihr am Amboß umfallet." Die Familie des Schmiedmeisters Groß genießt einen guten katholischen Ruf. Gegenüber dem Personal und speziell gegenüber den Lehrlingen dürfte daher die Behandlung eine wesentlich bessere werden, wenn sie sich diesen Ruf erhalten will. Es ist auch durchaus nicht christlich, mit dem Arbeitspersonal auf die angeführte Art und Weise zu verfahren. Auf die Bestimmungen der Gewerbeordnung §§ 105b und 135 dürfte Schmiedmeister Groß durch die Polizeibehörde wohl aufmerksam zu machen sein, denn die sofortige Abstellung der angeführten Mißstände sind der eigentliche Zweck dieser Zeilen.

Rundschau.

Eine „Reform" der Arbeiterversicherung.

Von einer solchen ist schon wiederholt die Rede gewesen. Neuerdings war das Zentralblatt für das Baugewerbe in der Lage, die Grundzüge der „Reform", wie sie von der Regierung geplant ist, mitzuteilen und die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, das bekannte offiziöse Organ der Reichsregierung, weiß nichts anderes zu tun, als einen Auszug aus dem Entwurf abzudrucken. Man weiß nun immer noch nicht, ob die Regierung genau solche Pläne hegt, wie ihr zugeschrieben werden; unmöglich ist es jedoch nicht, denn das, was das Zentralblatt für das Baugewerbe mitzuteilen weiß, schaut reaktionär genug aus. Danach sollen die vorhandenen Arten der Krankenkassen, die sich „bewährt haben" und in den Rahmen der neuen Organisation „hineinpassen", zwar beibehalten werden, dafür soll aber die als notwendig erscheinende Zentralisation einmal durch weitgehende Erleichterung und Förderung der freiwilligen Verschmelzung mehrerer Einzelkassen und sodann durch die allgemeine gesetzliche Einführung des Zusammenschlusses sämtlicher Kassen eines Bezirkes zu einem Verband erreicht werden. Dementsprechend bleiben neben den Ortskrankenkassen die besonderen Kassenarten des Krankenversicherungsgesetzes: Betriebs-, Bau-, Innungssowie Knappschaftskassen, nach wie vor zugelassen. Statt der Gemeindekrankenversicherung soll eine Landeskrankenversicherung Platz greifen. Die Kassenleistungen hinsichtlich der Unterstützungen sollen gleichwertig sein und gleichgestellt werden. Für die Ortskrankenkassen, deren Zusammenschluß veranlaßt werden soll, ist grundsätzlich der Abgrenzung nach Bezirken der Vorzug vor der bisherigen, überwiegend beruflichen Gliederung zu geben. Landarbeiter werden, wo keine Landkrankenkasse errichtet wird, der allgemeinen Ortskrankenkasse zugewiesen. Für die innere Organisation soll bestimmt werden, daß die Beiträge von den Unternehmern und den Arbeitern zur Hälfte geleistet werden. Die Arbeiter sollen bei der Beschlußfassung über Kassenunterstützung und Beiträge zwei Drittel der Stimmen haben. Den Vorsitz führt ein Kommunalbeamter, dessen Bestellung dem Kommunalverbande übertragen wird. Er gibt bei Stimmengleichheit den Ausschlag. Bei den Landeskrankenkassen werden die Geschäfte des Vorstandes in der Regel vom Vorsitzenden allein wahrgenommen. Seine Wahl erfolgt durch den Kreistag.

Sämtliche Krankenkassen der verschiedenen Arten innerhalb des Bezirkes jeder unteren Verwaltungsbehörde bilden zusammen kraft des Gesetzes einen Kassenverband. Diesem liegt zunächst die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben ob, die alle ihm angehörenden Kassen gemeinsam berühren. Er dient aber zugleich als die Grundlage derjenigen Stelle, die das verbindende örtliche Glied für alle Zweige der Arbeiterversicherung darstellt. Diese Stelle vereinigt in sich die Obliegenheiten eines gemeinsamen Unterbaues der Unfallversicherung, der Invalidenversicherung und der Hinterbliebenenversicherung, der Aufsichtsbehörden der Krankenkassen sowie der regelmäßigen Spruch- und Beschlußbehörde erster Instanz in den Streitsachen aus dem gesamten Gebiet der Arbeiterversicherung. Überdies übernimmt sie im allgemeinen noch ferner die Obliegenheiten, die nach der geltenden Gesetzgebung Sache der unteren Verwaltungsbehörden und sonstigen örtlichen Behörden sind. Für den geschäftsführenden Beamten wird der Besitz der Fähigkeit zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst nicht erfordert. Dieser Beamte wird ebenso wie das Hilfspersonal vom Kommunalverband bestellt. Die örtliche Stelle soll Versicherungsamt, der geschäftsführende Beamte Versicherungsamtmann heißen. Zur Besetzung der Spruchausschüsse wird die gleiche Zahl von Vertretern der Arbeitgeber und Versicherten gewählt. Die Wahl erfolgt im wesentlichen in derselben Weise, wie es zurzeit in Sachen der Invalidenversicherung mit den Vertretern der beiden Gruppen bei den unteren Verwaltungsbehörden der Fall ist, und zwar erfolgt sie durch die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen, wobei, wie bisher, die Vertreter der Unternehmer und der Versicherten ihre Vertreter je gesondert wählen, während der unparteiische Vorsitzende ein Stimmrecht nicht ausübt. Die weiteren Instanzen sollen rein staatliche Behörden und ihre Beamten durchweg staatliche Beamten werden. Sie bestehen aus dem Oberversicherungsamt, das aus den jetzigen Schiedsgerichten gebildet wird, und dem Reichsversicherungsamt.

Wir dürfen schon darauf gefaßt sein, daß der Entwurf so ähnlich aussehen wird. Möglicherweise ist das, was das Zentralblatt für das Baugewerbe mitzuteilen wußte, nur eine Art Versuchsballon, der den Zweck hat, die öffentliche Meinung erst ein wenig an die reaktionären Pläne der Regierung zu gewöhnen. Wir haben alle Ursache, dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Das ist notwendiger als manches andere, was bei einem Teil der Arbeiterschaft gegenwärtig die Köpfe erhitzt.

Von den „vaterländischen Arbeitervereinen".

Unter der Überschrift: Eine gewerkschaftliche Filiale des Reichslügenverbandes berichteten wir im vorigen Jahrgang der Metallarbeiter-Zeitung (Seite 195) von der in Hamburg auf Kosten „unbekannter Gastgeber" erfolgten Gründung eines „Bundes vaterländischer Arbeitervereine". Hauptmacher waren dabei ein gewisser Ermert, der früher bei den christlichen Bergarbeitern war, dann zu dem Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie überging und nunmehr in Waldenburg als „Arbeitersekretär" des sogenannten reichstreuen Bergarbeiterverbandes „wirkt", und ferner Ludwig Schaper, Geschäftsführer eines Hamburg-Altonaer Unternehmerverbandes. Die Herren erschienen also als besonders geeignet, „Arbeiter zu organisieren". Schaper ist von seinen „Arbeitgebern" inzwischen unter eigentümlichen Umständen plötzlich abgesägt worden (siehe Metallarbeiter-Zeitung 1907, Seite 355) und seitdem aus der Öffentlichkeit verschwunden. Ermert setzte jedoch seine „segensreiche Tätigkeit" fort, hat aber geschehen lassen müssen, daß die Bergarbeiter-Zeitung von sehr schlimmen unehrlichen Handlungen berichtete, die er sich hatte zuschulden kommen lassen und daß vor Gericht der Wahrheitsbeweis erbracht wurde (siehe Metallarbeiter-Zeitung 1907, Seite 402). Die Nachläufer dieser Herren traten am 4. September in Waldenburg zu einer „Generalversammlung" zusammen. Die in Breslau erscheinende Volkswacht war in der Lage, dieser famosen Veranstaltung eine sehr geeignete Begrüßung zu widmen. Sie veröffentlichte nämlich mehrere Schriftstücke aus Unternehmerkreisen, woraus unwiderlegbar hervorgeht, daß Ermert Unternehmer um Hergabe von Geldern für die „Generalversammlung" und die freie Bewirtung der „Delegierten" angebettelt hat. Dies ging dem Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens, zu dessen Mitgliedern ein Teil der Angeschnorrten gehörte, denn doch zu weit. Er erklärte sich bereit, 1500 M zu bewilligen, verlangte aber dafür ein Mitbestimmungsrecht über die Verwendung des Geldes. Den Wortlaut dieser Schriftstücke brauchen wir nicht abzudrucken, weil sie schon in der Parteipresse veröffentlicht worden sind und unsere Kollegen dadurch Gelegenheit erhalten haben, sie kennen zu lernen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß es sich hier nicht um Gelbe handelt, wie in der Parteipresse irrtümlicherweise angegeben wird. Die „Vaterländischen" sind allerdings kein Haar besser oder schlechter als die Gelben. Es sind Leute von derselben Sorte, nur eine andere Etikette.

Es sollen 46 Delegierte 75 Vereine mit 10000 Mitgliedern vertreten haben. Die Delegierten müssen jedoch recht brave Leute im Sinne des Unternehmertums gewesen sein, denn am Schlusse der „Generalversammlung" wurden sie doch noch einmal auf Unternehmerkosten satt gemacht. Die Verhandlungen sind sorgfältig geheim geführt worden. Der Öffentlichkeit wurden nur folgende „Resolutionen" übermittelt:

„I. Der einzelne Arbeiter ist den Drohungen und Gewalttätigkeiten der Sozialdemokratie immer ausgesetzt. Jeder vorkommende Fall muß sofort beim Vorsitzenden des Vereins und beim Arbeitersekretariat zur Anzeige kommen, damit diese gegen die betreffenden Personen vorgehen können. Wo mehrere nichtsozialdemokratische Arbeiter zusammen energisch auftreten, werden Belästigungen nicht vorkommen. Die Betriebe, über welche die Sperre verhängt ist, müssen sofort Arbeiter erhalten, welche dann auch dort bleiben. So müssen sich allmählich immer mehr Betriebe mit reichstreuen Arbeitern bilden, dann wird sich bald herausstellen, welcher Betrieb besser arbeitet, der mit sozialdemokratischen oder mit reichstreuen Arbeitern.

II. Die Hauptversammlung gibt ihrer Ansicht Ausdruck, daß die Bundesvereine ihrer ganzen Zusammensetzung und ihren Bestrebungen nach eine Gemeinschaft von Männern darstellen, die es nicht nur mit der Treue zu Kaiser und Reich, sondern auch mit ihrer Stellung zur Kirche ernst meinen. Die Hauptversammlung bedauert deshalb, daß einzelne Geistliche die idealen wie die wirtschaftlichen Zwecke des Bundes verkennen und einseitig für bestimmte Arbeiterberufsvereine und gegen den Bund Stellung nehmen und damit die Einigkeit in der kirchlichen Gemeinschaft in Frage stellen.

III. Die Hauptversammlung billigt das bisherige, auf den Frieden unter den antisozialdemokratischen Berufsvereinen gerichtete Bestreben des Vorstandes und der Geschäftstelle, erwartet aber auch, daß der besondere Standpunkt des Bundes stets entschieden gewahrt werde."

Also weiter nichts als die alte Komödie. Wir brauchen keine Worte mehr darüber zu verlieren. Nur eine Kleinigkeit möge noch kurz festgestellt werden. Sowohl die Gelben als auch die „Vaterländischen" werden von den Hirsch-Dunckerschen ingrimmig bekämpft, weil sie deren Konkurrenz (nur bei den Arbeitern oder auch bei den Unternehmern?) fürchten. Im Hirsch-Dunckerschen Zentralorgan Der Gewerkverein wurde nach der Gründung des „Bundes" (Nr. 48 vom vorigen Jahr) geschrieben: „Auf die ‚Schaperei' werden sich ...

die Gewerkvereiner nicht einlassen." Nunmehr hat sich aber doch herausgestellt, daß der Waldenburger Ortsverein des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins der Fabrik- und Handarbeiter offiziell an den Beratungen teilgenommen hat. Warum auch nicht? Die Leute passen gut zusammen.

„Christlicher" Schwindel über Terrorismus.

Am 10. Januar wurden in Aschaffenburg die Gebrüder Gabriel und Christian Höflich zu 3 Monaten 25 Tagen und ferner ein gewisser Adam Zengel zu 55 Tagen Gefängnis verurteilt. Die drei waren Ortsverwaltungsmitglieder im „christlichen" Schneiderverband und hatten den Schneider Ludwig in Großostheim bei Aschaffenburg in ganz barbarischer Weise verprügelt, weil er nicht dem „christlichen" Verbande beitreten wollte. In Nr. 10 des „christlichen" Metallarbeiters (vom 7. März) wurde dies als „plumper Schwindel" bezeichnet. Dabei stützte er sich auf eine „Erklärung" des Mißhandelten, die im „christlichen" Schneiderblatt veröffentlicht worden war. In dieser „Erklärung" sollte Ludwig zugegeben haben, daß er von den Verurteilten niemals durch irgend eine verletzende Handlung (Beleidigung, Drohung oder dergleichen) angegangen worden sei, dem „christlichen" Schneiderverband beizutreten. Die „Erklärung" Ludwigs wurde von der „christlichen" Presse weidlich ausgenützt. Bei diesem sauberen Geschäfte durfte, wie gesagt, der schwarze Metallarbeiter nicht fehlen. Aber — o Pech! — schon am 24. Februar hatte die Münchener Post eine zweite Erklärung von Ludwig veröffentlicht, worin dieser bekannte, daß ihm die erste Erklärung von dem „christlichen" Bezirksleiter Becker abgenötigt worden sei, daß ihm bei der Unterschrift der Sinn der Erklärung nicht bekannt gewesen sei und daß er sie widerrufe. In Nr. 11 der Metallarbeiter-Zeitung rieben wir dies dem schwarzen Metallarbeiter ausführlich unter die Nase, der aber erst in Nr. 14 davon Notiz nahm. Er wußte zu berichten, daß der „christliche" Bezirksleiter Becker Klage erheben wolle wegen der in der zweiten Erklärung enthaltenen Bemerkung, die erste Erklärung sei Ludwig „abgeschwindelt" worden. Daran knüpfte der schwarze Metallarbeiter unter anderem folgende Bemerkung:

„Bis die gerichtliche Klarstellung erfolgt ist, wird sich hoffentlich auch die rote Stuttgarter Tante gedulden."

Das ist ebenso „christlich" wie geschmackvoll. Schon damals fiel es auf, daß nur wegen des Wortes „abgeschwindelt" geklagt werden sollte. Damit war schon zugegeben worden, daß das übrige der Wahrheit entsprach. Vor einigen Wochen ist die Sache vor Gericht verhandelt worden. Nach dem, was der schwarze Metallarbeiter in seiner Nr. 35 davon zu „berichten" weiß, sollte nun nicht die erste Erklärung Ludwigs „erschwindelt" worden sei, „sondern die zweite der Sozialisten". Es heißt ferner in dem schwarzen Blättchen:

„Diese ‚christliche Terrorismusgeschichte' ist somit als eine raffinierte sozialdemokratische Lüge entlarvt. Ob die Metallarbeiter-Zeitung nun ehrlich genug sein wird, ihren Lesern den wahren Sachverhalt mitzuteilen?"

Dieser „christlichen" Ermahnung hätte es nicht bedurft. Nur haben wir den schwarzen Metallarbeiter leider schon öfters dabei ertappen müssen, daß er die Wahrheit krummbog. Er durfte deswegen nicht verlangen, daß wir ihm aufs Wort glauben sollen. Obendrein fiel es uns schon gleich auf, daß der schwarze Metallarbeiter über die Gerichtsverhandlung und das Urteil selbst so gut wie gar keine Andeutung machte, obwohl der Verfasser der in ihm enthaltenen Notiz doch sicher schon mehr darüber gewußt haben muß. Wie wir nun aber aus Nr. 36 der Fachzeitung für Schneider sehen, hatte dies seinen guten Grund.

Das Gericht hat nämlich den von Ludwig angebotenen Wahrheitsbeweis für gelungen erachtet und ihn lediglich wegen formaler Beleidigung zu 10 M Geldstrafe verurteilt. Aus der Begründung des Urteils wurde folgendes mitgeteilt:

„Die Konfektionsschneider Gabriel und Christian Höflich sowie Adam Zengel sind Mitglieder des vom Kläger (Becker) geleiteten christlichen Schneiderverbandes. Die Genannten wurden am 10. Januar 1908 vom Schöffengerichte Aschaffenburg wegen gefährlicher Körperverletzung, begangen an dem Angeklagten (Ludwig), zu erheblichen Freiheitsstrafen verurteilt. Weil dieselben vor der Mißhandlung mit Ludwig stets in Frieden lebten, wurde die Mißhandlung zurückgeführt auf die Weigerung des Ludwig, dem christlichen Verband beizutreten. Es wurde behauptet, daß die Verurteilten die Mißhandlung nur deshalb begangen hätten, weil Ludwig trotz wiederholter Aufforderung dem Verband nicht beitreten wollte; das Vorgehen der Verurteilten, für welches bis zu einem gewissen Grade Becker als Leiter des Verbandes verantwortlich gemacht wurde, wurde als Terrorismusakt bezeichnet und in verschiedenen Zeitungen, vergleiche Münchener Post vom 5. Februar 1908, Nr. 29, Fränkische Volkstribüne vom 14. März 1908, Nr. 6, Arbeiterzeitung vom 22. Januar 1908, Nr. 18, als christlicher Terrorismus einer Kritik unterzogen.

Daß Ludwig des öfteren aufgefordert wurde, dem Verbande beizutreten, ist durch die Aussagen des Zeugen Fäth bestätigt, wird übrigens auch vom Kläger (Becker) ohne weiteres zugegeben. Daß der Mitverurteilte Höflich dem Ludwig gegenüber auch Gehässigkeiten an den Tag legte und ihn öfters reizte durch die Worte: ‚Du bist keiner, weil du nicht beitrittst', steht fest. Dagegen kann die Behauptung des Zeugen Fäth, daß die Körperverletzung des Ludwig ihre Ursache habe in seiner Weigerung, dem christlichen Verbande beizutreten als wahrscheinlich richtig gelten. Das Gewicht einer objektiven Tatsache muß ihr jedoch mangels anderer Anhaltspunkte versagt bleiben.

Kläger (Becker) fühlt sich beleidigt:

1. Durch den nach seiner Ansicht gegen ihn erhobenen Vorwurf der Nötigung, darin bestehend, daß behauptet ist: ‚Kläger habe dem Angeklagten gegenüber geäußert, falls er, Ludwig, nicht unterschreibe, daß er, Kläger, an der Körperverletzung nicht schuld sei, werde er klagen.'

2. Durch die Behauptung, der Kläger habe dem Ludwig die Erklärung, es handle sich um seine Person, ‚abgeschwindelt'.

a) (Zu 1) liegt eine Beleidigung nach Ansicht des Gerichts überhaupt nicht vor, sondern lediglich die Wiedergabe des Gespräches, dessen wesentlicher Inhalt richtig ist, denn es ist nachgewiesen, durch die Zeugen Höflich und Ehefrau Ludwig, daß Becker bei der Besprechung, nachdem er betont hatte, daß seine Person in der sozialistischen Presse herumgezogen werde, gesagt hat: ‚er gehe gegen Ludwig gerichtlich vor, wenn er keine Ruhe kriege in den Zeitungen, er klage, wenn Ludwig keine Abhilfe schaffe'. Diese Drohung des Klägers und die Behauptung des Angeklagten stimmen also ihrem wesentlichen Inhalte nach überein. Die zweitige Behauptung des Angeklagten enthält aber ebensowenig wie die Drohung des Klägers den Vorwurf einer strafbaren Handlung. Der Vorwurf der Nötigung, § 240 des Strafgesetzbuches, ist also nicht beleidigend, nur der unwahre Vorwurf einer unehrenhaften oder strafbaren Handlung ist beleidigend.

In jedem Falle kann sich Angeklagter (Ludwig) mit Erfolg auf § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) berufen, indem er geltend macht zum einen, daß er durch das eigenartige, den Grundsätzen von Treu und Glauben zuwiderlaufende Verhalten des Klägers (Becker) moralisch gezwungen gewesen sei, mit einer berichtigenden Erklärung an die Öffentlichkeit zu treten, zum anderen, daß er in der Verteidigung seines Rechts, sowohl hinsichtlich der Form der Äußerung als auch hinsichtlich der die Äußerung begleitenden Umstände die zulässige Grenze nicht überschritten habe.

b) (Zu 2) ist nach Ansicht des Gerichts einwandfrei festgestellt, daß die vom Kläger (Becker) verfaßte, von dem Angeklagten unterschriebene Erklärung vom 6. Februar 1906 tatsächlich im Widerspruch steht mit den, was in der sogenannten Vorbesprechung zwischen den Parteien verhandelt wurde. ... Hätte Becker dies (daß er nicht schuld sei, daß Ludwig Schläge bekam, sondern der christliche Verband) in die Erklärung vom 6. Februar 1906 aufgenommen, so wäre er der Öffentlichkeit gegenüber gerechtfertigt gewesen und hätte erreicht, was er dem Ludwig gegenüber vorgab, erreichen zu wollen.

In Wirklichkeit aber hat Becker in die Erklärung nichts von alledem aufgenommen und hat die Erklärung vielmehr benützt zur Widerlegung der Behauptung, der Verband sei an der Körperverletzung beteiligt gewesen.

Die Erklärung hat durch die Schuld des Becker einen ganz anderen Inhalt bekommen, als sie bekommen sollte. Daß Ludwig keinen Einspruch erhoben hat beim Vorlesen, entschuldigt die Handlung des Becker nicht, abgesehen davon, daß Ludwig den Sinn der Erklärung nicht voll erfaßte und auf Becker vertraute. Es ist anzunehmen, daß Ludwig, wenn er den wahren Sachverhalt gekannt hätte, die Unterschrift verweigert hätte, denn ihm war doch darum zu tun, vor der Öffentlichkeit festgestellt zu sehen, daß der Verband an der Mißhandlung schuld sei.

Hieraus ergibt sich, wenn Angeklagter (Ludwig) behauptet, die Erklärung habe einen von ihm nicht gewollten Inhalt bekommen, Becker habe dies gewußt und ihn dennoch zur Unterschrift veranlaßt, so hat er die Wahrheit gesagt. Der Wahrheitsbeweis ist also gelungen."

Über die Vernehmung des „Entlastungszeugen" Schneider wird noch folgendes berichtet:

„Nach dem fein gesponnenen Plane Beckers sollte dieser Zeuge, den er vorsorglich mit zu Ludwig genommen hatte, bestätigen, daß Ludwig die Erklärung Beckers vorher gelesen habe. Die Hilflosigkeit dieses Zeugen war geradezu mitleiderregend. Als er auf Befragen des Vorsitzenden, zu welchem Zwecke er denn überhaupt mitgegangen sei, erklärte, daß wisse er selbst nicht, und die weitere Frage, ob Ludwig die Beckersche Erklärung gelesen, verneinte und unter der Heiterkeit des Hauses aussagte, daß Becker dieselbe dem Ludwig im schnellen Tempo vorgelesen, was bringestanden, wisse er nicht, da war der Zusammenbruch vollständig, dann mußte man das Gefühl haben: hier war nicht Ludwig der Angeklagte, sondern der christliche Bezirksleiter Becker von Aschaffenburg."

Das Mitgeteilte wird hoffentlich hinreichen, um den schwarzen Metallarbeiter zu beruhigen — für diesmal. Nach der christlichen Lehre ist das Lügen eine große Sünde. Die Redaktion des schwarzen Metallarbeiters scheint jedoch zu glauben, daß sie bei ihrem Herrgott einen besonders großen Stein im Brette hat. Sonst würde sie nicht in der von ihr beliebten Weise mit der Wahrheit umspringen.

Hirsch-Dunckeriana.

Zureden hilft. Die Kritik, die an der mangelhaften Übersicht über die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine im Jahre 1907 von den Organen der freien Gewerkschaften geübt wurde, hat doch Erfolg gehabt. In Nr. 71 des Gewerkvereins wird einiges nachgeholt. Mit Ausnahme von zwei Gewerkvereinen werden da auch die Einzelergebnisse der Einnahmen aufgeführt. Von diesen zwei Gewerkvereinen hat der der Tabakarbeiter überhaupt keine Angaben gemacht, der der Maschinenbau- und Metallarbeiter aber gibt nur seine Gesamteinnahme mit 854103 M an. In der neuen Zusammenstellung im Gewerkverein sind für die Einnahmen folgende Rubriken vorhanden: Eintrittsgelder, Wochenbeiträge, Zinsen, Sonstige Einnahmen, Einnahme der Ortsverwaltungen aus Lokalbeiträgen. Der Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter aber, dessen Organ und dessen Beamte fortgesetzt überall herumschnüffeln, ob sie nicht durch lügnerische Darstellung der Verhältnisse des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ihre eigenen Mitglieder im Gewerkverein anschwindeln können, hat eine solche Zahlenscheu, daß er sich seine Einnahmen öffentlich nicht zu spezifizieren getraut. Er weiß auch warum: weil die Fluktuation in diesem Verein die aller anderen gewerkschaftlichen Vereine übertrifft — aus den Eintrittsgeldern wäre das zu ersehen —, weil man auf Grund der für Wochenbeiträge vereinnahmten Summen nachweisen könnte, daß entweder die Beitragzahlung sehr schlecht oder die Mitgliederzahl eine viel geringere ist als sie angegeben wird. Da die Einnahmen aus Lokalbeiträgen auch in der Gesamteinnahme enthalten sind, so ist unser Verdacht um so begründeter. Auch in der Spezifizierung der Ausgaben ist dieser Gewerkverein sehr zurückhaltend. Statt für die 19 Rubriken gibt er nur für 10 die Summen an, nämlich für Arbeitslosigkeit 82107 M, für Reise und Umzug 67330 M, Streik und Maßregelung 149895 M, Bildungszwecke 38922 M, Agitation und Arbeitersekretariate 141036 M, Verwaltungskosten der Hauptkasse 117773 M, Organ nebst Versand 59857 M, Rechtschutz 11810 M. Warum werden für die übrigen Rubriken keine Angaben gemacht? Wenn unser Verband sich in so geheimnisvolles Dunkel hüllte, dann könnte man im Regulator sicher lesen, es sei da „etwas faul im Staate Dänemark".

Vom Ausland.

England.

Einen Beweis von ungewöhnlicher Größe der Arbeitslosigkeit liefert die graphische Darstellung über die Zahl der unterstützungsberechtigten arbeitslosen Mitglieder des Maschinenbauerverbandes (Amalgamated Society of Engineers), die in jeder Nummer des monatlich erscheinenden Verbandsorgans gegeben wird. Die Form für das Klischee, worin Monat für Monat der Prozentsatz der arbeitslosen Mitglieder eingetragen wird, reicht für 12 Prozent aus. Im Juni stieg der Prozentsatz aber schon auf annähernd 13 und im Juli ist sie über 13 hinausgegangen. Die absolute Zahl stieg in dem letztgenannten Monat von 13418 auf 13718. Die Kurve mußte über den Rand des Klischees hinausgeführt werden, während der höchste Punkt der Kurven früherer Jahre (Anfang 1905, bei Einführung der graphischen Darstellung) bei 7 steht. Besonders bemerkenswert ist dabei, daß auch der sehr festgefügte Maschinenbauerverband an Mitgliedern verloren hat. Allein im Juli hat sich die Zahl um 485 vermindert. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, der etwa dreieinhalbmal so viel Mitglieder hat, ist im ganzen zweiten Quartal um 2290 zurückgegangen, prozentual also noch lange nicht so stark wie der britische Maschinenbauerverband. Ein gleicher Prozentsatz wäre erst vorhanden, wenn bei unserer Organisation ein Verlust von etwa 5000 Mitgliedern einträte, wofür aber, wie wir vermuten können, bis jetzt glücklicherweise keine Anzeichen vorhanden sind. —

In dem Posten des Generalsekretärs dieser Gewerkschaft, der durch den Rücktritt des Kollegen George N. Barnes frei wird, haben sich zehn Bewerber gemeldet, darunter zwei Mitglieder des Hauptbureaus und ein Bezirksleiter.

Rußland.

Das Organ des Petersburger Metallarbeiter-Verbandes hat wiederum seinen Titel geändert. Vermutlich wurde es wieder einmal von einem polizeilichen Verbot betroffen. Es heißt jetzt Nadeschda. Es bringt in seiner ersten Nummer interessante Daten aus der am 1. Januar 1908 begonnenen Statistik der Verbandsmitglieder. Am 1. Januar wurden im ganzen eingetragen 9338 Mitglieder. Bis zum 1. Juli schieden aus 235 und traten ein 1388 Mitglieder, was eine Zunahme der Mitgliederzahl um 435 oder 4,8 Prozent bedeutet. Die hohe Zahl der ausgeschiedenen Mitglieder ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß gegen die unpünktlichen Zahler energisch vorgegangen wurde. So wurden allein im Juni von 319 Personen, die aus dem Verband ausschieden, 198 wegen unpünktlicher Zahlung der Beiträge ausgeschlossen. Ferner schied eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedern infolge von Verhaftungen und Ausweisungen aus dem Verband aus. Was die neueintretenden Mitglieder betrifft, so läßt sich feststellen, daß die jugendlichen und unverheirateten Personen überwiegen. Infolgedessen sank die durchschnittliche Altershöhe der Verbandsmitglieder und der Prozentsatz der Verheirateten um ein beträchtliches. Während die Zahl der Unverheirateten während der Berichtsperiode von 36,5 auf 44,1 Prozent stieg, sank die Zahl der Verheirateten von 63,5 auf 55,9 Prozent. Entsprechend sank auch der Durchschnittslohn der Verbandsmitglieder: am 1. Januar betrug er sich auf 1 Rubel 67 Kopeken pro Tag, am 1. Juli (für die Neueingetretenen) auf 1 Rubel 54 Kopeken. „Offenbar — so folgert hieraus das zitierte Organ — hält sich die Arbeiteraristokratie vom Verbande fern: wir vertreten also die Interessen der materiell schlechter gestellten Schichten, die am meisten unter den gesellschaftlichen Zustände leiden. Diese Tatsache verbürgt uns eine gesunde und regelrechte Fortentwicklung unseres Verbandes." — Von Interesse sind ferner die Ergebnisse der Arbeitslosenstatistik während des verflossenen Halbjahrs. Es wurden im ganzen registriert 988 Arbeitslose (10 Prozent aller Verbandsmitglieder), von denen arbeitslos wurden: 605 wegen Betriebseinschränkung, 137 wegen Konflikten mit der Administration, 99 infolge Maßregelungen nach Streiks und Aussperrungen, 29 wegen Verhaftung und „politischer Unzuverlässigkeit" u. s. w. Mehr als die Hälfte der Entlassenen arbeitete auf der betreffenden Fabrik mehr als 5 Jahre, 34 Personen sogar mehr als 10 Jahre. Die Arbeitslosigkeit schonte weder jung noch alt. Im Gegenteil, unter den Arbeitslosen waren 65 Prozent Familienväter, 15,5 Prozent über 40 und 6 Prozent sogar über 55 Jahre alt.

Literarisches.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschien soeben: Die preußische Polenpolitik in ihren Ursachen und Wirkungen von Hermann Wendel. — Die Broschüre schildert Polen, als es noch ein selbständiges Reich war, und zeigt den Werdegang bis zu den heutigen Unterdrückungsmaßregeln, die ihren vorläufigen Abschluß gefunden haben in der Annahme des Enteignungsgesetzes im preußischen Abgeordnetenhause und der Polenparagraphen beim Reichsvereinsgesetz. Sie dürfte bei der Agitation unter den polnischen Arbeitern wertvolle Dienste leisten, da die darin zusammengestellten Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten jedem polnischen Arbeiter zum Bewußtsein bringen müssen, daß die preußisch-deutsche Reaktion alles anwendet, um die polnische Bevölkerung zu unterdrücken und ihnen jedes Selbstbewußtsein zu rauben. Doch auch von allen anderen, soweit sie Interesse am öffentlichen Leben zeigen und über die Maßnahmen der Regierung orientiert sein wollen, wird die vorliegende Arbeit gern gelesen werden. Der Preis ist 1,20 M, Agitationsausgabe 60 ₰. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporteure.

Hochkonjunktur und Wirtschaftskrisis. Unter diesem Titel erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, eine Broschüre, die den Genossen Max Schippel zum Verfasser hat. Durch die augenblicklich in der gesamten Industrie herrschende Krise wird diese Schrift besonderes Interesse erregen und sicher viel gelesen werden. Der Inhalt setzt sich aus folgenden Kapiteln zusammen: 1. Der Zusammenbruch in Amerika. 2. Deutschland bis zur amerikanischen Krise. 3. Der Niedergang der Produktion und der Arbeitsmarkt. 4. Schlußbemerkungen. Preis 1 M. Agitationsausgabe 50 ₰. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Protokoll über die Verhandlungen des vierten Allgemeinen Kongresses der Krankenkassen Deutschlands, abgehalten zu Berlin am 12. und 13. Mai 1908. Verlag der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte (E. Simanowski). 174 Seiten. Preis 60 ₰. — In diesem Protokoll sind besonders wichtig die Referate über die Bestrebungen zur Reform der Arbeiterversicherung und über die Bedeutung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und deren Gefährdung.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)

Samstag, 19. September:

Elbing. Vereinsgarten, 8 Uhr.
Glauchau i. S. Zentralhalle, halb 9.
Hall, Schwäb. Germania, 8 Uhr.
Heidenheim. Gesellschaftsgarten, 8.
Landshut. Hoferbräu, 8 Uhr.
Nossen i. S. Grumbach, halb 9 Uhr.
Offenburg. Zum Schützen, 8 Uhr.
Ravensburg. Bavaria, 8 Uhr.
Trossingen. Schlößle, 8 Uhr.
Tübingen. Lutz, Langegasse, 9 Uhr.
Wertheim a. M. Ochsen, halb 9 Uhr.

Sonntag, 20. September:

Hannov.-Ld. Heizgsm. Langestr. 2, 10.
Marburg. Daniel Jesberg, 2 Uhr.

Dienstag, 22. September:

Bochum-Herne. Bomm, halb 9 Uhr.
Gelsenkirchen Klempn. Eckermann, 8.
Hagen-Kückelh. Beuel, halb 9 Uhr.
Köln a. Rh. (Klempn.) Volkshaus, ½9.
Neu-Ruppin. Schwan, halb 9 Uhr.

Mittwoch, 23. September:

Differdingen. Nero, Großstr., ½9.

Samstag, 26. September:

Apolda. Vorwärts, halb 9 Uhr.
Aschaffenburg. Bayr. Hof, halb 9.
Aue i. Erzgeb. Reichshalle, halb 9
Aue-Sachsenfeld. Löwen, halb 9.
Augsburg. Drei König, 8 Uhr.
Baden-Baden. Bratwurstglöckle, ½9.
Bamberg. Gewerkschaftshaus, 8 Uhr.
Barmen-Elberfeld (Heizungsmont.) Volkshaus, Elberfeld, 9 Uhr.
Barmen-Elberf.-Sonborn. Faust, Sonborn, Hauptstraße, halb 9 Uhr.
Coburg. Neue Welt, halb 9 Uhr.
Delmenhorst. Weigel, halb 9 Uhr.
Döbeln. Muldenterrasse, halb 9 Uhr.
Duisburg. Gambrinus, 9 Uhr.
Eimbeck. Schusterkrug, halb 9 Uhr.
Essen. Mulhaup a. Weberplatz, 8 Uhr.
Freiberg i. S. Union, halb 9 Uhr.
Freiburg i. B. (Blechner u. Installl.) Santo zur Stadt Belfort, halb 9 Uhr.
Göttingen. Traube, Neustadt 29, ½9.
Greifswald. Penz, Kuhstr. 18, ½9.
Großenhain (Sa.) Nitzschke, 9 Uhr.
Güstrow. Wiese, halb 9 Uhr.
Hagen-Altenhagen. Jäger, halb 9.
Hagen-Eilpe. Steinhauer, halb 9.
Hagen-Eckesey. Schmalenbach, ½9.
Ilmenau. Deutsches Haus, halb 9.
Karlsruhe. Salmen, halb 9 Uhr.
Konstanz (Metallarb.). Helvetia, ½9.
Leer in Ostfriesland. Fischer, 8 Uhr.
Merseburg Kaiser Wilhelmshalle, ½9
Metz. Gewerkschaftshaus, Karlstr. 4, 9.
Minden. Zentralhalle, 7 Uhr.
Mühlhausen i. Th. Thür. Hof, ½9.
Mülhausen-Rixheim. Sperry, ½9.
Neustadt a. d. H. Ammersee, halb 9.
Nordhausen. Hirsch, halb 9 Uhr.
Nürnberg (Elektrom.) Sieb. Ecken, ½9.
Reutlingen. Forelle, halb 9 Uhr.
Schwerin. Gr. Moor 51, halb 9 Uhr.
Siegen. Brüach, halb 9 Uhr.
Stuttgart Bauschl. Gewerkschaftsh. 8.
Stuttgart. (Heizungsm.) Sämann, Wagnerstr. 47, abends 8 Uhr.
Suhl-Heinrichs. Löwen, halb 9 Uhr
Suhl-Mehlis. Post, halb 9 Uhr.
Wittenberg. Freudenberg, halb 9.

Sonntag, 27. September:

Brück-Merheim Rößler, Erkern. ½11
Duisburg-Hamborn. Großerlose, 4.
Dünnwald. Wasserfuhr, halb 11 Uhr.
Essen-Heissen. Möhlich, 11 Uhr.
Haspe (Hüttenarbeiter). Gößling, ½5.
Luxemburg. Ley, Fischmarkt, 10.
Mülheim-Saarn. Rosenbahl, 11.
M.-Gladbach. Heinen in Rheydt, 11.
St. Johann-Saarbrücken. Tivoli in St. Johann, 10 Uhr.
Waltershausen-Friedrichroda. Sachsenburg, nachmittags 3½ Uhr.

Montag, 28. September:

Rathenow (Horna.) Stockfisch, ½9.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Duisburg. (Vertrauensmännersitzg.) Donnerstag, 24. Sept., abends halb 9 Uhr, im „Gambrinus".
Elsterwerda. Bevollmächtigter ist jetzt Otto Thiemig, Schlosser, Rathausstr. 10.
M.-Gladbach. (Unterrichtskursus). Freitag, 25. Sept., abends halb 9 Uhr, bei H. Evertz.
Tuttlingen. Die Adresse des Kassiers ist vom 1. Oktober an Georg Feil, zum Hirsch, Kirchstraße. Wir bitten besonders die reisenden Kollegen dies zu beachten.

Gestorben.

Bant-Wilhelmshaven. A. Josephs, 28 Jahre, Schwindsucht.
Brandenburg. Hermann Schultz, Dreher, 20 Jahre, Blinddarmentz. — Marta Klisch, Arbeiterin, 17 Jahre, Halstuberkulose.
Darmstadt. Hubert Bong, Spengler, 21 Jahre, Tuberkulose. — Phil. Wedel, Gußputzer, 40 Jahre, Herzlähmung.
Essen. Theodor Wohlgefahrt, Schlosser, 28 Jahre.
Gera. Richard Grimm, Rheumatismus, Herzleiden.
Hanau. Ludwig Grün, Former, 49 Jahre, Freitod.
Kaiserslautern. H. Steingruber, Schlosser, 22 Jahre, Lungenleiden. — Karl Löls, Dreher, 31 Jahre, Lungenleiden.
Leipzig. Albert Emmerling, Schlosser, 22 Jahre, Lungentuberkulose.
Magdeburg. Anton Schäfer, Feilenhauer, 40 Jahre, Schwindsucht (113). — Wilhelm Eckardt, Feilenhauer, 38 Jahre, Magenleiden (114). — Walter Unverzagt, Dreher, 18 Jahre, Blinddarmentzündung. — Paul Mußmann, Arbeiter, 51 Jahre, Hitzschlag (115). — Wilh. Franke, Former, 65 Jahre, Lungenentzündung (116).
Mügeln. R. Dommasch, Bronzeur, 49 Jahre, Nervenleiden.
Siegen. Raimund Sahlinger, Schlosser, 28 Jahre, Herzleiden.

Privat-Anzeigen.

Tüchtiger Feilenhauer für sofort in dauernde Stellung gesucht. [1263
Wilhelm Buske, Greifswald i. P.

Für meine Feilenfabrik suche einen tüchtigen ersten **Vorarbeiter**, der in Raspeln u. Schlichtfeilenhauen vollständig fertig ist.
Off. erb. unt. **F. B. 1264** an den Verlag d. Bl. [1264

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 B.